

# EU-RUNDSCHREIBEN

herausgegeben vom Deutschen Naturschutzring (DNR) e.V.



# EU-RUNDSCHREIBEN

herausgegeben vom Deutschen Naturschutzring (DNR) e.V.

## EU-Rundschreiben

Umweltpolitik auf europäischer und internationaler Ebene  
Jahrgang 13 (2004), Heft 10

### Herausgeber

Deutscher Naturschutzring,  
Dachverband der deutschen Natur- und  
Umweltschutzverbände (DNR) e.V.

### Redaktion

#### DNR Geschäftsstelle Berlin/

**EU-Koordination und Internationales**  
Prenzlauer Allee 230, 10405 Berlin  
Juliane Grüning (jg), Nika Greger (ng),  
Daniel Unsöld (du), Thomas Frischmuth  
(tf), Bjela Vossen (bv), Almut Gaude (ag),  
Matthias Bauer (mb)

Tel. 030 / 443391-81, -86, Fax -80

eMail: [juliane.gruening@dnr.de](mailto:juliane.gruening@dnr.de)

Internet: [www.dnr.de/publikationen/eur](http://www.dnr.de/publikationen/eur)

#### DNR Geschäftsstelle Bonn

Am Michaelshof 8-10, 53177 Bonn

Tel. 0228 / 3590-05, Fax -96

eMail: [info@dnr.de](mailto:info@dnr.de), Internet: [www.dnr.de](http://www.dnr.de)

### Abonnement

Abo-Verwaltung: Thomas Kreuzberg,  
Geschäftsstelle Bonn (s. o.)

eMail: [thomas.kreuzberg@dnr.de](mailto:thomas.kreuzberg@dnr.de)

Preise: siehe 3. Umschlagseite, vergünstigte Abos bitte in der Redaktion erfragen

### Technik

Satz: DNR Redaktionsbüro, Berlin

Druck: Druckerei Eberwein, Bonn

### Gastbeiträge

Artikel aus Verbänden und Forschung sind willkommen. Die Redaktion muss sich Kürzung und redaktionelle Bearbeitung von Beiträgen vorbehalten. Mit Namen gezeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion bzw. des Herausgebers wieder. Redaktionsschluss ist jeweils der 15. des Vormonats.

### Copyright

Die Urheberrechte liegen beim Herausgeber. Einzelne Artikel können nachgedruckt werden, wenn die Quelle angegeben wird.

## Neue Kommissare im Öko-Test

### Liebe Leserinnen und Leser,

vom 27. September bis zum 8. Oktober befragt das Europäische Parlament die designierten EU-Kommissare und Kommissarinnen über ihre künftigen Arbeitsschwerpunkte und Prioritäten, um sie anschließend in ihrem neuen Amt zu bestätigen - oder abzulehnen.

Klar ist, dass nicht der neue Umweltkommissar allein über die Zukunft der europäischen Umwelt- und Naturschutzpolitik entscheidet. Zwar hat der neue Kommissionspräsident Barroso keinen "Superkommissar" eingesetzt, wozu ihn vor allem Bundeskanzler Schröder gedrängt hatte, und es gibt auch keine "Kommissare erster und zweiter Klasse". Allerdings ändert das wenig daran, dass Umwelt- und Naturschutz in Europa weniger zählt als Wirtschaftsförderung und die Stärkung der industriellen Wettbewerbsfähigkeit.

In diese Richtung zeigen auch die bereits vorliegenden schriftlichen Antworten der neuen Kommissar/innen: zwar spielen Nachhaltige Entwicklung und die Integration von Umweltschutz in andere Politikbereiche eine Rolle, ein starker Fokus liegt aber auf den "Lissabon-Zielen". So sieht der zukünftige Kommissar für Justiz und Sicherheit, Rocco Buttignole, Umweltschutz als "wertvollen Zusatz" für die verbesserte Wettbewerbsfähigkeit europäischer Unternehmen. Sein Kollege Jacques Barrot, der Verkehrskommissar werden soll, will Verkehrspolitik künftig an der Sicherheit der Bürger/innen und Beschäftigten sowie an der Qualität des Zugangs sowie dem Umweltschutz ausrichten. Zusätzlich verspricht er, sich in den kommenden fünf Jahren verstärkt für die Entwicklung von saubereren Motoren einzusetzen.

Louis Michel, zukünftiger Kommissar für Entwicklungspolitik, hofft durch die Überarbeitung der Folgenabschätzungen künftig auch die ökologischen, sozialen und wirtschaftlichen Auswirkungen europäischer Politik in Entwicklungsländern einbeziehen zu können.

Markos Kyprianou, der für Gesundheit und Verbraucherschutz zuständig sein soll, will sich vor allem den Zusammenhängen zwischen unterschiedlichen Verschmutzungsquellen widmen, um auf diese Weise gesundheitliche Gefahren auf der lokalen

Ebene zu mindern. Er spricht sich außerdem für eine bessere Koordinierung zwischen den Politikbereichen Umwelt- und Gesundheitsschutz aus.

Die für die Gemeinsame Fischerei- und Agrarpolitik Zuständigen, Joe Borg und Mariann Fischer Boel, äußern sich zu Ökologie eher allgemein. Sie fordern, dass die in der Lissabon-Strategie festgelegten Ziele für mehr Wettbewerbsfähigkeit die umwelt- und sozialpolitischen Bedingungen besser integrieren sollten. "Wettbewerbsfähigkeit und hohe Beschäftigungszahlen sind vereinbar mit umweltpolitischer Nachhaltigkeit und sozialer Integration", verspricht Borg, während Fischer Boel an eine friedliche Koexistenz zwischen gentechnisch veränderten und nicht veränderten Organismen glaubt.

Der neue Energiekommissar Laszlo Kovacs hat sich zumindest in einem Punkt von Beginn an bei den europäischen Umweltverbänden unbeliebt gemacht. Er ist der Meinung, dass Atomenergie "sauber" ist und zur Reduzierung von CO<sub>2</sub>-Emissionen genutzt werden sollte - auch wenn sich sonst stark macht für die weitere Entwicklung der erneuerbaren Energien.

Günter Verheugen, neuer und alter EU-Kommissar und künftig Vizepräsident für Industriepolitik, will zwar Zusammenhänge zwischen der Lissabon-Strategie und umweltpolitischen Ziele stärken, sieht allerdings vor allem in der Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit den Schlüssel zu mehr Umweltschutz. "Ich bin der festen Überzeugung, dass eine wettbewerbsfähige und innovative Wirtschaft eine grundlegende Voraussetzung für die effiziente Lösung von Umweltproblemen ist und bleibt, sowohl auf der Ebene der einzelnen Unternehmen und Sektoren als auch insgesamt gesehen. Florierende Unternehmen und wirtschaftliches Wachstum tragen wesentlich dazu bei, dass ausreichend Mittel zur Bewältigung von umweltpolitischen Herausforderungen zur Verfügung stehen und die politische Bereitschaft existiert, sich für die weitere Verbesserung der Qualität unserer Umwelt einzusetzen", so Verheugen in seiner schriftlichen Antwort an das Parlament.

Die ehemalige Umweltkommissarin Margot Wallström, die in den kommenden fünf Jahren als Vizepräsidentin für institutionelle Beziehungen und Öffentlichkeitsarbeit zuständig sein soll, äußert sich allgemein:

"Wir müssen eine positive Vision für die Europäische Union bekräftigen, bei der sich wirtschaftlicher Wohlstand, sozialer Zusammenhalt und Umweltverträglichkeit gegenseitig verstärken; wir müssen eine breite Akzeptanz für diese Vision gewinnen, indem alle relevanten Akteure auf EU-, nationaler und lokaler Ebene mobilisiert werden; wir müssen eine Palette konkreter Instrumente anbieten, um Investitionen in Wissen, Technologie und vor allem in Menschen zu fördern."

Last but not least hat sich auch der designierte Umweltkommissar Stavros Dimas schriftlich zu den Fragen der Parlamentarier/innen geäußert. In den kommenden fünf Jahren will er sich für die Integration von Umweltpolitik in andere Politikbereiche einsetzen. Als seine Hauptarbeitsfelder benennt er die Klimapolitik, die Erhaltung der natürlichen Ressourcen und Maßnahmen zum Schutz der menschlichen Gesundheit vor allem im städtischen Bereich. In Bezug auf die europäische Wettbewerbsfähigkeit geht diese für ihn Hand in Hand mit dem Schutz der Umwelt. "Zur Umsetzung nachhaltiger Entwicklung bedarf es einer politischen Kohärenz durch die Integration von Umweltpolitik in die anderen Bereiche sowie den Einsatz von entsprechenden Instrumenten, um sicherzustellen, dass die Kosten an der Umwelt in die Preise internalisiert werden", so Dimas in seinen Ausführungen.

Nun kommt es darauf an, inwieweit sich in der neuen Kommission um Barroso die durchsetzen, die Umweltschutz und Nachhaltigkeit als unabdingbar für die weitere Entwicklung Europas ansehen. Bisher hat die jahrzehntelange einseitige Förderung vermeintlich zukunftsfähiger Branchen in vielen Fällen der menschlichen Gesundheit und der natürlichen Umwelt geschadet. Schlimmer noch, sie hat auch volkswirtschaftlich und arbeitsmarktpolitisch wenig gebracht. Gemeinsam mit dem Team um Präsident Barroso wird sich Stavros Dimas in fünf Jahren daran messen lassen müssen, ob er neue Wege gefunden hat die sozialen und ökologischen Aspekte in Europa zu stärken.

Ich wünsche Ihnen eine anregende Lektüre!

Nika Greger  
DNR, Leiterin EU-Koordination und Internationales

### 3 Editorial

- Neue EU-Kommission: Erst die Wirtschaft, dann die Umwelt?

### 5 Global

- Globaler Standard für Naturtextilien
- WTO-Gipfel in Genf: Fortschritt?
- WTO: EU gewinnt und verliert
- BTC-Risikopipeline vorerst gestoppt
- Weltbank hält an Öföörderung fest

### 8 EU-Politik, Recht

- Die nominierte neue EU-Kommission
- Kommissare stellen sich Parlament
- Ausschüsse mit neuen Vorsitzenden
- Konsultation Nachhaltigkeitsstrategie
- Glosse: Bürgerbeschwerden
- Umweltdaten: Bayer-Klage scheitert
- Umweltrecht: Miserable Umsetzung

### 13 Abfall, Produktpolitik

- Elektroschrott-Richtlinien ignoriert
- Müllexport: 2. Lesung
- Kraftstoff-verseuchte Erde ist Abfall

### 14 Agarpolitik, Gentechnik

- EU-Richtlinie fördert Pestizideinsatz
- Agrarsubventionen unökologisch
- Gen-Saatgut: Entscheidung vertagt
- Polen: Gen-Mais auf Getreidemarkt
- Gentechnik-Versuchsfeld Osteuropa

- Französische Orte gegen Gentechnik
- Thailand: Gentechnik-Moratorium bleibt
- Rückverfolgbarkeit von Lebensmitteln

### 18 Chemikalien, Emissionen

- Kommission will mehr POP-Verbote
- Flammschutzmittel bleibt im Handel
- Vereinfachte REACH-Registrierung?
- REACH stärkt Wettbewerbsfähigkeit
- FAO warnt vor giftigem Pestizidmüll
- Syngenta wirbt weiter für Paraquat
- Nanotechnologie: Pro & Contra
- Phthalate für Allergien verantwortlich
- Formaldehyd offiziell Krebs erregend
- Bio-Baumwolle im Aufwind
- Dauergifte: Messungen in den Alpen
- Umweltfreundlichere Dieselmotoren
- Besserer Dieselmotorkatalysator entwickelt
- HCFC-Verbot: Doch keine Ausnahme?

### 23 Energie, Klima

- Effizienz-Richtlinie wird verschoben
- Stromkonzerne kaufen sich frei
- Klimapolitik: Konsultation gestartet
- Palacio will Nuklearpaket durchsetzen
- Nationale Allokationspläne ohne Biss
- Klimawandel: Europa stark betroffen

### 26 Naturschutz, Artenschutz

- LIFE-Programm bis 2006 verlängert
- Ukraine baut Kanal im Donaudelta

- Iberische Waldbrände hausgemacht
- Straßenbau: Pardelluchs stibt aus
- Wald/Holz: 10 Jahre FSC-Siegel
- Tierschutz-Aktion bei Agrarministern
- Singvogeljagd in Italien und Malta

### 29 Verkehr

- USA torpedieren Kerosinsteuer
- EU-Verkehrspolitik: Neue Prioritäten

### 30 Wasser, Meere

- UN-Weltwasserbericht alarmierend
- Psychopharmaka im Trinkwasser
- Europa/Asien: Korallenriffe bedroht
- Nord-/Ostsee: Schutzgebiets-Aktion
- Fischerei: EU-Druckmittel wirken nicht
- Schellfischfang soll gesteigert werden
- Meeresschutz- Recht: Neue Studie

### 33 Service

- Veröffentlichungen, Ausschreibungen, Wettbewerbe, Termine

### Sonderteil

(20 Seiten, separate Heftung)

- Meeresschutz in Europa

## Globaler Standard für Naturtextilien

Im Rahmen der 15. InNatex-Messe Ende Juli hat die "International Working Group on Global Organic Textile Standard" die erste öffentliche Version des internationalen Richtlinien-Entwurfs für Naturtextilien "Global Standard" bekannt gegeben. Neben dem Internationalen Verband der Naturtextilwirtschaft (IVN) sind gegenwärtig folgende weitere Vereinigungen Mitglieder der internationalen Arbeitsgruppe: Soil Association (Großbritannien), OTA (USA), IFOAM (weltweit), JOCA (Japan). Seit 2002 wird an einem globalen Standard für Naturtextilien gearbeitet.

Der endgültige "Global Standard" soll spätestens auf der BioFach-Messe im Februar 2005 von der internationalen Arbeitsgruppe verabschiedet werden und danach unverzüglich der internationalen Textilwirtschaft zur Zertifizierung von Naturtextilien zur Verfügung stehen. Bis dahin sollen auch die Kriterien und Verfahren für die Akkreditierung von Zertifizierungsorganisationen fertiggestellt sein. (jg) ■

### • Weitere Informationen

Internationaler Verband der Naturtextilwirtschaft e.V. (IVN), Haußmannstr. 1, 70188 Stuttgart  
 Fax 0711 / 232755  
[www.naturtextil.org/portal/news\\_liste\\_aktuell\\_de.html](http://www.naturtextil.org/portal/news_liste_aktuell_de.html)

## WTO-Gipfel in Genf: Farce oder Fortschritt?

### Vereinbartes Rahmenabkommen lässt mehr offen als es festlegt

Nach zähen Verhandlungen haben sich die 147 Mitglieder der Welthandelsorganisation WTO Anfang August auf ein Rahmenabkommen zur weiteren Liberalisierung des Welthandels geeinigt. Das Abkommen sieht den Abbau von Agrarsubventionen und anderen Handelshemmnissen vor, wie ein WTO-Sprecher in Genf mitteilte. Es soll die 2001 gestartete Welthandelsrunde zu einem Abschluss bringen. Über die Details muss jedoch in den kommenden Monaten weiter beraten werden, und erst ab 2005 wird mit einem endgültigen Abschluss gerechnet. Für den Handel mit Industriegütern stellt das Abkommen die Weichen für eine Senkung oder Abschaffung der Industriezölle. Zum Schutz der Entwicklungsländer sind Sonderregelungen mit längeren Übergangsfristen und Ausnahmen vom Zollabbau für einzelne Produkte vorgesehen. Die ärmsten Länder sollen von allen Zollsenkungen ausgenommen werden.

### Versucht die WTO nach dem Scheitern von Cancún ihr Gesicht zu wahren?

Die Umweltschutzorganisation Greenpeace ist der Ansicht, dass die WTO mit diesem Minimalkonsens versucht "ihr Gesicht zu wahren". Große Delegationen - wie die der EU und der USA - übten Druck auf die kleineren Länder aus, dem Abkommen zuzustimmen. Dies zeigte sich an den Vereinbarungen über die US-amerikanischen Subventionen für Baumwolle. Diese Subventionen machen es Kleinbauern in Westafrika erheblich schwerer, ihre Produkte auf dem Weltmarkt abzusetzen. Die USA versprachen jetzt eine schnellere Kürzung der Beihilfen. Im Tausch mussten sich Benin, Burkina Faso, Tschad und Mali zu einer Reduzierung der Einfuhrzölle auf Lebensmittel bereit erklären. Die Folgen der Vereinbarung werden vermutlich höhere Agrarexporte aus den USA in diese Länder sein. Die USA hingegen müssen ihre Subventionen ohnehin abbauen: Die WTO selbst hatte sie vor kurzem für nicht zulässig befunden.

### Handels-Lobby fordert Senkung der Agrarsubventionen im Norden

Die Deutsche Industrie- und Handelskammer (DIHK) forderte eine Verringerung der Agrarsubventionen, was sich auf viele Entwicklungsländer sehr positiv aus-

wirken würde. Da die Landwirtschaft entgegen ihrem ökonomischen Gewicht der "Schlüssel zum Erfolg der Gesamtverhandlungen" ist, fordert die DIHK die EU auf, substanzielle Reformen zu verwirklichen. "Die Landwirtschaftsinteressen einer Minderheit von Industrieländern dürfen nicht zum Hemmschuh für die Entwicklung der Weltwirtschaft werden", so die DIHK.

### Verheerende Folgen einer weiteren Liberalisierung befürchtet

Diese Position dürfe aber, so Greenpeace, nicht als gute Einsicht verstanden werden: Das neue Rahmenabkommen öffne die Tür für weitere Liberalisierungen nicht nur im Bereich Dienstleistungen, sondern auch in sensiblen Bereichen wie der Fischerei oder dem Handel mit Waldprodukten. Das könnte für die Armen und die Umwelt verheerende Konsequenzen haben. "Die Regierungen müssen sicherstellen, dass die WTO internationale Abkommen zum Schutz von Menschen und Umwelt nicht unterminieren kann", forderte Greenpeace-Handelsexperte Daniel Mittler. (du) ■

### • Weitere Informationen

Greenpeace, Daniel Mittler, Experte für Handel und Wirtschaft, Marienstr. 19-20, 10117 Berlin  
 Tel. 0171 / 8765345  
 eMail: [daniel.mittler@diala.greenpeace.org](mailto:daniel.mittler@diala.greenpeace.org)  
[www.greenpeace.org/international\\_en/campaigns/intro?campaign\\_id=3943](http://www.greenpeace.org/international_en/campaigns/intro?campaign_id=3943) Informationsdienste

## WTO: EU gewinnt Gentechnik- und verliert Zuckerstreit

### Teilerfolg für Gentech-Moratorium: WTO richtet Expertenbeirat ein

In zwei parallelen Entwicklungen im Rahmen der Verhandlungen der Welthandelsorganisation (WTO) im September stand die EU zeitweise sowohl als vorläufiger Sieger als auch als Verlierer da. So beschloss der Ausschuss der WTO, der die Beschwerde der USA, Kanadas und Argentiniens gegen das De-facto-Moratorium der EU für den Import gentechnisch veränderter Organismen (GVO) behandelt, einen wissenschaftlichen Expertenbeirat einzurichten. Dieser soll die WTO in technischen und wissenschaftlichen Fragen beraten.

### Effekt: Entscheidung des Ausschusses verzögert sich

Die Entscheidung den Beirat einzurichten wird als Sieg für die EU gesehen, da die Argumentation der EU gegen die Einführung von GVO sich u. a. auf deren "wissenschaftliche Unsicherheit" und die daraus resultierenden Risiken für die Gesundheit des Menschen und für die Umwelt gründete. Die USA hatten sich im Gegensatz dazu stark gegen die Einrichtung eines solchen Organs ausgesprochen, da GVO keine Unterschiede zu herkömmlichen Pflanzen aufwiesen und deshalb eine wissenschaftliche Untersuchung nicht notwendig sei. Die Weigerung der EU, ihre eigenen Zulassungsmechanismen auch wirklich anzuwenden, sei eine rein politische Tatsache.

Eine erste Anhörung des Expertengremiums soll Mitte November stattfinden, mit einer weiteren Verzögerung des Verfahrens wird gerechnet. Im Vorfeld dieser Entscheidung hatte der Ausschuss die Veröffentlichung seines Abschlussberichts bereits von September 2004 auf März 2005 verschoben.

### WTO erklärt Agrarsubventionen von EU und USA für rechtswidrig

Auf der anderen Seite musste die EU gemeinsam mit den USA eine Niederlage einstecken. Die WTO entschied, dass die meisten von Europa und den USA gezahlten Subventionen für Zucker- und Baumwollproduzenten gegen WTO-Recht verstoßen. In zwei separaten Fällen, die von Brasilien und anderen Entwicklungsländern vor das WTO-Streitschlichtungskomitee gebracht worden waren, unterlagen

EU und USA. Ihnen wird vorgeworfen, Subventionen zu zahlen, die Überproduktion fördern und das "Dumping" von Agrarüberschüssen auf dem Weltmarkt zulassen. Arme Bauern in der Dritten Welt werden dadurch ihrer ökonomischen Lebensgrundlage beraubt.

### WTO-Entscheidung wichtiger Schritt für Entwicklungsländer

Diese Entscheidungen wurden von Oxfam International<sup>1</sup> als Erfolg für den Süden gesehen: "Die Entwicklungsländer haben auf moralischer, intellektueller und jetzt auch auf rechtlicher Ebene gewonnen", so die Hilfsorganisation. "Dies zeigt, dass die bisherige Vorgehensweise der Reichen und Mächtigen innerhalb der WTO - alles durchzusetzen, was in ihrem Interesse liegt - nicht länger toleriert wird."

### Baumwolle: 50 % aller US-Exportkredite nicht WTO-konform

Im Streitfall Baumwolle befand das WTO-Streitschlichtungskomitee, dass US-Baumwollsubventionen in Höhe von 3,2 Milliarden US-Dollar und US-Exportkredite für Baumwolle und andere Handelsgüter in Höhe von 1,6 Milliarden US-Dollar gegen die WTO-Regeln verstoßen. Dies sind fast die gesamten US-Baumwollsubventionen sowie annähernd 50 % der gesamten US-Exportkredite im Jahr 2002.

### Zucker: EU subventioniert fünfmal mehr als erlaubt

Im Streitfall Zucker befand das WTO-Streitschlichtungskomitee, dass die EU ihre eingegangenen Verpflichtungen gegenüber der WTO verletzt, indem sie fünf Mal mehr subventionierten Zucker auf den Weltmarkt exportiert als erlaubt.

### Beschlüsse erst 2005 rechtskräftig

In beiden Fällen haben die Parteien die Möglichkeit, gegen die Entscheidungen Beschwerde einzulegen, bevor diese im nächsten Jahr rechtskräftig werden. (du)

■

### • Weitere Informationen

Oxfam Deutschland, Jörn Kalinski,  
Greifswalder Str. 33 a, 10405 Berlin  
Tel. 030 / 42850621  
eMail: jkalinski@oxfam.de

Hintergrund zur WTO-Klage gegen das GVO-Moratorium:  
[www.trade-environment.org/page/theme/tewto/biotechcase.htm](http://www.trade-environment.org/page/theme/tewto/biotechcase.htm)

<sup>1</sup> Im Rahmen seiner "Make Trade Fair"-Kampagne hat Oxfam die Auswirkungen der Agrarsubventionen reicher Länder dokumentiert ([www.maketrade-fair.com](http://www.maketrade-fair.com)). Oxfam schätzt, dass das US-Baumwoll-Dumping Afrika im Zeitraum von 2001 bis 2002 mehr als 300 Millionen US-Dollar kostete. Mosambik, Malawi und Äthiopien haben in Folge des beschränkten Marktzugangs für Zucker zu Europas Märkten seit 2001 238 Millionen US-Dollar verloren.

## BTC-Risikopipeline in Georgien vorerst gestoppt

### Regierung schreitet ein: Keine ausreichenden Sicherheitsmaßnahmen

Der Bau der umstrittenen BTC-Pipeline<sup>1</sup> in der Region Borjomi ist von der georgischen Regierung vorerst gestoppt worden, weil das BTC-Konsortium um den Ölkonzern BP die vertraglich festgelegten Umweltauflagen nicht erfüllt. Die Nichtregierungsorganisationen WWF, CEE Bankwatch Network und Friends of the Earth International erhoffen sich vom georgischen Umweltministerium Schützenhilfe, um die schlimmsten Auswirkungen des Mega-Projekts auf die Umwelt zu verhindern. Das Ministerium wirft BP u. a. vor, keine ausreichenden Sicherheitsmaßnahmen gegen Erdbeben und Terroranschläge getroffen zu haben. Im südlichen Kaukasus treten etwa alle 30 Jahre Erdbeben der Stärke 7 auf.

### Trassenführung nicht genehmigt

Die Streckenführung war unter dem ehemaligen georgischen Präsidenten Eduard Schewardnadse festgelegt worden, der im November 2003 zurücktreten musste. Die jetzige Umweltministerin hatte der Trassenführung durch die Region Borjomi nicht zugestimmt. Die Pipeline-Trasse führt u. a. durch das direkte Umfeld des 80.000 Hektar großen Borjomi-Kharagauli-Nationalparks. Dieser erste Nationalpark Georgiens wurde 2001 mit Hilfe des WWF und der deutschen Kreditanstalt für Wiederaufbau eingerichtet. Der WWF protestiert seit Monaten gegen den Bau der Pipeline, da sie unter anderem durch wertvolle Schutzgebiete führt.

In der 1.760 Kilometer langen, 3,6 Mrd. Euro teuren BTC-Pipeline soll ab 2005 Öl von Baku (Aserbaidshan) über Tbilissi (Georgien) bis nach Ceyhan (Türkei) fließen. Sie sichert BP den Zugriff auf eines der größten Ölvorkommen der Welt im Kaspischen Meer. (du) ■

### • Weitere Informationen

Friends of the Earth International,  
Hannah Griffiths, London  
Tel. 0020 07 / 855 841 994  
eMail: hannahg@foe.co.uk  
www.foe.org/camps/intl/institutions/  
bakuceyhan.html

<sup>1</sup> Baku-Tbilissi-Ceyhan-Pipeline (Aserbaidshan/Georgien/Türkei) (EUR 08/09.04, S. 5)

## Weltbank hält an Ölförderung fest

### Experten-Empfehlungen der Salim-Kommission weitgehend abgelehnt

Der Verwaltungsrat der Weltbank hat im August beschlossen, die Vorschläge einer Expertenkommission über die zukünftige Kreditvergabe im Energiesektor (EUR 08/09.04, S. 5) nur zum Teil umzusetzen. Bis auf ein paar kosmetische Korrekturen wird alles beim Alten bleiben.

### Expertengremium hatte radikalen Kurswechsel gefordert

Im Jahr 2000 hatte Weltbank-Präsident James Wolfensohn eine Expertengruppe unter der Führung des ehemaligen idonesischen Umweltministers Emil Salim beauftragt, Leitlinien zu erarbeiten, nach denen die Bank künftig Förderprojekte im Bereich Energie auswählt. Der Salim-Bericht empfahl der Weltbank einen radikalen Kurswechsel für die Förderbank und kritisierte die bisherige Praxis der Kreditvergabe durch die Bank scharf: Kein einziges Rohstoffprojekt habe bisher die Armut gemindert. Im Gegenteil sei in den meisten Fällen die Armut in den Projektgebieten noch angestiegen.

### "Erneuerbare Energien statt Öl und Kohle, Menschenrechte achten"

Der Salim-Bericht beinhaltet folgende Punkte:

- Von 2008 an soll die Bank keine Kredite mehr für die Förderung von Kohle und Öl vergeben.
- Statt dessen sollen Projekte zum Ausbau von Erneuerbaren Energien (Sonne-, Wasser- und Windkraft) gefördert werden.
- Projekte sollten nicht mehr gegen den Willen der Bevölkerung durchgesetzt werden.
- Eine gute Regierungsführung müsse die Vorbedingung für eine Finanzaussagen sein (good governance).
- Die Menschenrechte müssen in den Weltbank-Richtlinien verankert werden.

### Weltbank plant sogar Ausweitung der Öl-Förderung

Die Weltbank hat nun lediglich den Ausbau der Förderung Erneuerbarer Energien in ihre Konzepte aufgenommen. Letztendlich sollen sie aber von einer minimalen Ausgangsbasis (200 Mio. Dollar) um nur 20 Prozent pro Jahr gesteigert werden. Ansonsten ist von Salims Vorgaben nur wenig übrig geblieben. "Zwar macht die Bank

jetzt kleine Zugeständnisse, aber im Großen und Ganzen geht es weiter wie bisher", urteilt die Nichtregierungsorganisation Urgewald.

So ist statt eines Ausstiegs aus der Ölförderung nun dessen Ausweitung geplant. Der von den Projekten betroffenen Bevölkerung wird lediglich ein Konsultationsrecht zugestanden. Die Betroffenen können damit die Durchführung von Projekten nicht verhindern. Die Frage der Menschenrechte wird auf zukünftige Beratungen verschoben. "Rohstoff-Projekte verursachen immer wieder massive Menschenrechtsverletzungen, besonders gegenüber indigenen Völkern" kritisiert die Menschenrechtsorganisation FIAN. Gute Regierungsführung wird zwar angemahnt, soll aber nicht Voraussetzung für Projekte werden.

Dass der Verzicht auf solche Vorbedingungen enorme Risiken birgt, hatte das Weltbank-Vorzeigeprojekt Tschad-Kamerun-Pipeline gezeigt. Die ersten Einnahmen aus dem Ölexport wurden von der Regierung des Tschad zum Waffenkauf benutzt. (tl) ■

### • Weitere Informationen

Urgewald e.V., Knud Vöcking, Von-Galen-Str. 4, 48336 Sassenberg  
Tel. 02583/ 1031, Fax 4220  
eMail: urgewald@urgewald.de  
www.urgewald.de

FIAN-Deutschland e.V., Uli Müller, Overwegstr. 31, 44625 Herne  
Tel. 02323 / 4900-99, Fax -18  
eMail: fian@fian.de  
www.fian.de

**Die nominierte EU-Kommission unter Führung von Kommissionspräsident José Manuel Barroso**

Amt	Name	Herkunftsland	Bisherige Aufgaben
Kommissionspräsident	José Manuel Barroso	Portugal	Seit 1980 Mitglied der liberal-konservativen Partido Social Democrata (PSD). Abgeordneter des portugiesischen Parlaments seit 1985. 1999-2002: Vizepräsident der Europäischen Volkspartei. Seit April 2002 Ministerpräsident Portugals.
Erste Vizepräsidentin Kommissarin für institutionelle Beziehungen und Öffentlichkeitsarbeit	Margot Wallström	Schweden	Seit 1999 EU-Umweltkommissarin. 1979 erstmals Abgeordnete für die Sozialdemokratische Partei im schwedischen Reichstag. Von 1988-91: Ministerin für Jugend, Frauen und Verbraucherfragen. 1994-96: Kulturministerin. 1996-98: Sozialministerin.
Vizepräsident Kommissar für Industriepolitik	Günter Verheugen	Deutschland	Seit 1999 EU-Kommissar für die Erweiterung. 1983 erstmals Abgeordneter für die SPD im Bundestag. Von 1998-99: Staatsminister im Auswärtigen Amt.
Vizepräsident Kommissar für Verkehr	Jacques Barrot	Frankreich	Seit März 2004 EU-Kommissar für Institutionelle Reformen und Regionalpolitik. Bis zu seinem Amtsantritt Fraktionschef der konservativen Regierungspartei UMP. 1978-79: Minister für Handel und Handwerk. 1979-81: Minister für Gesundheit und soziale Sicherheit. 1995-97: Minister für Arbeit und soziale Angelegenheiten.
Vizepräsident Kommissar für Verwaltungsangelegenheiten, Rechnungsprüfung und Betrugsbekämpfung	Siim Kallas	Estland	Seit Mai 2004 Ko-Kommissar für das Ressort Wirtschaft und Finanzen. 1975-79: Finanzminister. 1991-95: Leiter der estnischen Nationalbank. 1995: Gründer der rechtsliberalen Reformpartei. 1995-96: Außenminister. 1999-2002: Finanzminister. 2002-03: Premierminister.
Vizepräsident Kommissar für Justiz, Freizügigkeit und Sicherheit	Rocco Butti	Italien	Seit 2001 Europaminister in der Regierung Berlusconi. 1994: Gründung der "Christiani Democratici Uniti", die Koalitionspartner der "Forza Italia" ist. Von 1999-04 Mitglied des Europäischen Parlaments. Er legte jedoch in dieser Zeit keinen einzigen Bericht vor. Er gilt als enger Vertrauter des Papstes. Er unterstützte die Idee des deutschen Innenministers Schily, in Nordafrika ein Aufnahmefeld für afrikanische Flüchtlinge einzurichten.
Kommissarin für Medien und Informationsgesellschaft	Viviane Reding	Luxemburg	Seit 1999 Kommissarin für Jugend, Kultur und Bildung. 1979-99: Mitglied des Europäischen Parlaments für die Christlich-Demokratische/Konservative Fraktion.
Kommissar für Umwelt	Stavros Dimas	Griechenland	Seit 2000: EU-Kommissar für Beschäftigung und Soziales. Bis zu seinem Amtsantritt war er Abgeordneter der konservativen Partei „Neue Demokratie“ im griechischen Parlament. Von 1970 bis 1975 war er als Anwalt in der Weltbank tätig. 1981: Handelsminister. 1989: Minister für Landwirtschaft. 1990: Minister für Industrie, Energie und Technologie.
Kommissar für Wirtschaft und Währungspolitik	Joaquín Almunia	Spanien	Seit 1997 Mitglied des spanischen Nationalparlaments für die sozialistische Partei PSOE. 1982-86: Minister für Arbeit. 1986-91: Minister für öffentliche Verwaltung. 1997-2000: Generalsekretär des PSOE.
Kommissarin für Regionalpolitik	Danuta Hübner	Polen	Seit Mai 2004 Ko-Kommissarin für Handelspolitik. Mitglied im Europäischen Konvent. Seit 2003 Ministerin für die Koordinierung der Europapolitik. Sie ist das einzige parteilose Mitglied in der Kommission. Sie gilt als sehr pro-europäisch, weshalb ihre Berufung in Polen umstritten ist.
Kommissar für Fischereipolitik	Joe Borg	Malta	Seit Mai 2004 Ko-Kommissar für Entwicklungspolitik. Seit 1995 sitzt er für die mitte-rechts gerichtete Nationalen Partei Maltas im maltesischen Parlament. 1999-2004 Außenminister. Er leitete für Malta die Beitrittsverhandlungen.
Kommissarin für Finanzplanung und Haushalt	Dalia Grybauskaitė	Litauen	Seit Mai 2004 Ko-Kommissarin für Bildung und Kultur. 1994/95 handelte sie das Freihandelsabkommen mit der EU aus und war im Team der Beitrittsverhandlungen aktiv. Von 2001-04 war sie Finanzministerin.

Fortsetzung auf der folgenden Seite

Amt	Name	Herkunftsland	Bisherige Aufgaben
Kommissar für Wissenschaft und Forschung	Janez Potocnik	Slowenien	Seit Mai 2004 Ko-Kommissar für die Erweiterung. 2002-04: parteiloser Minister für europäische Angelegenheiten. Seit 1998 leitete er die Beitrittsverhandlungen.
Kommissar für Erziehung, Bildung und Kunst und Vielsprachigkeit	Jan Figel	Slowakei	Seit Mai 2004 Ko-Kommissar für europäische Wirtschafts- und Informationsgesellschaft. 1998-2002: Staatssekretär im Außenministerium. Er war Chef-Unterhändler bei den Beitrittsverhandlungen. Er ist stellvertretender Vorsitzender der mitte-rechts gerichteten Christdemokratischen Bewegung.
Kommissar für Gesundheit und Verbraucherschutz	Markos Kyprianou	Zypern	Seit 1991 sitzt er für die Demokratische Partei Zyperns im zypriotischen Parlament. Von März 2003 bis April 2004 war er Finanzminister.
Kommissar für die Erweiterung	Olli Rehn	Finnland	Seit Juli 2004 Kommissar für europäische Wirtschafts- und Informationsgesellschaft. 1995-96 Mitglied im Europäischen Parlament für die liberale Fraktion. 1998-02: Kabinettschef des finnischen Kommissars Eric Leibermann. Seit 2003 wirtschaftlicher Berater des finnischen Premiers.
Kommissar für Entwicklungshilfe	Louis Michel	Belgien	Mitglied des Europäischen Konvents. 1999-2004 stellvertretender Ministerpräsident und Außenminister. Von 1978-99 Mitglied des belgischen Parlaments für die französischsprachige liberale Partei PRL.
Kommissar für Energiepolitik	László Kovács	Ungarn	Seit 1990 Mitglied des ungarischen Parlaments für die Sozialistische Partei. 1994-98: Außenminister. 1995: Vorsitzender der OSZE. Seit 2002 Außenminister.
Kommissarin für Wettbewerb	Neelie Kroes	Niederlande	1971-77: Mitglied des niederländischen Parlaments. 1982-89: Verkehrsministerin. Seit 2000 sitzt sie in mehreren Aufsichtsräten (in erster Linie Verkehrsunternehmen).
Kommissarin für Agrarpolitik	Mariann Fischer Boel	Dänemark	Seit 1990 Mitglied des dänischen Parlaments für die rechtsliberale Liberale Partei. 1994-98: Vorsitzende des Parlamentarischen Ausschusses für Nahrung, Landwirtschaft und Fischerei, 1998-99: Ausschussvorsitzende für Handel und Industrie. 1999-01: Vorsitzende des Finanzausschusses. Seit 2001 Agrar- und Fischereiministerin.
Kommissarin für Außenbeziehungen und Nachbarschaftspolitik	Benita Ferrero-Waldner	Österreich	Ab 1984 diplomatischer Dienst. 1994 wurde sie als erste Frau Protokollchefin des damaligen UN-Generalsekretärs Boutros-Ghali. Seit 2000 erste österreichische Außenministerin (ÖVP). 2004 verlor sie die Präsidentschaftswahl gegen den Sozialdemokraten Heinz Fischer.
Kommissar für den Binnenmarkt	Charlie McCreevy	Irland	Seit 1977 Parlamentsabgeordneter für die mitte-rechts Partei "Fianna Fáil". 1992-93 Sozialminister. 1993-94 Minister für Tourismus und Handel. Seit 1997 Finanzminister.
Kommissar für Arbeit, Soziales und Chancengleichheit	Vladimír Špidla	Tschechien	Ab 1990 baut er die Sozialdemokratische Partei mit auf. Ab 1996 Abgeordneter im tschechischen Parlament. 1998-2001: Minister für Arbeit und Soziales. 2002: Ministerpräsident. Špidla trat 2004 nach den Verlusten der Sozialdemokraten bei den Europawahlen von seinem Amt zurück.
Kommissar für Handelspolitik	Peter Mandelson	Großbritannien	Seit 1992 Mitglied des britischen Parlaments für die Labour-Party. 1997-99: Industrieminister, 1999-2001: Minister für Nordirland. Er musste von beiden Posten wegen Korruptionsaffären zurücktreten. Er gilt als ausgesprochen pro-europäische und ist ein enger Freund Tony Blairs.
Kommissarin für Steuern und Zollunion	Ingrida Udre	Lettland	Ab 1998 Mitglied des lettischen Parlaments (Centrist Party). 1999: Wirtschaftsministerin. Seit 2002 ist sie die lettische Parlamentspräsidentin. Sie ist Mitglied der Union "Bauern und Grüne"

(tl) ■

Siehe auch Beitrag auf der nächsten Seite.

## EU-Kommissar/innen müssen sich dem Parlament stellen

### Befragungen der Kommissar/innen im September und Oktober

Mitte August hat der künftige EU-Kommissionspräsident José Barroso die Zuständigkeiten seines neuen 25 Mitglieder starken Teams vorgestellt (siehe vorhergehende Seiten). Acht Frauen werden in der neuen Kommission sitzen - der höchste Frauenanteil in der Geschichte der Kommission, aber trotzdem nur ein Drittel der Stellen. Forderungen der Industrie und von Deutschland, Frankreich und Großbritannien, einen "Superkommissar" für Wirtschaft und Industrie zu bestellen, der u. a. auch den Umweltsektor "koordinieren" sollte, wies Barroso allerdings zurück: "Ich möchte keine Kommissare erster und zweiter Klasse." Der deutsche SPD-Politiker Günter Verheugen, den Bundeskanzler Schröder für den Posten vorgeschlagen hatte, übernimmt nun ab 1. November "nur" das Amt des Vizepräsidenten und Kommissars für Unternehmen und Industrie. Umweltkommissar Stavros Dimas will die "gute Arbeit" seiner Vorgängerin Wallström fortsetzen: Klimapolitik, Gesundheit und Umwelt sowie Biodiversität stehen auf seiner Prioritätenliste.

Bevor die neue Kommission ihr Amt antritt, ist die Zustimmung des Parlaments erforderlich. Die Kommissar/innen in spe stellen sich in öffentlichen Anhörungen den zuständigen Ausschüssen vor. Das Parlament wählt dann mit der Mehrheit der abgegebenen Stimmen die gesamte Kommission oder lehnt sie ab, wobei namentlich abgestimmt wird. Seit dem 24. September sind der Fragekatalog der Parlamentsmitglieder an die einzelnen Kommissare/innen und deren Antworten auch im Internet nachzulesen (umweltpolitische Auswertung folgt in EUR-Sonderteil). Im Oktober sollen die Parlamentarier/innen dann eine Entscheidung treffen, damit am 1. November die fünfjährige Amtszeit der Kommission beginnen kann. (jg) ■

### • Weitere Informationen

Europäisches Parlament, Fragenkatalog mit Antworten: [www.europarl.eu.int/hearings/commission/2004\\_comm/questionnaires\\_en.htm](http://www.europarl.eu.int/hearings/commission/2004_comm/questionnaires_en.htm) (jeweils "de" anklicken)

Quellen: Environment Daily 23.8.2004, Cordis Nachrichten 16.8.2004

## Parlamentarische Ausschüsse mit neuen Vorsitzenden

### Neuer Umweltausschuss-Vorsitzender Florenz: Markt soll Ökologie regeln

Der Deutsche Christdemokrat Karl-Heinz Florenz hat Ende Juli den Vorsitz beim Umweltausschuss des Europäischen Parlaments übernommen. Florenz sieht Bedarf an einer "besseren Kosten-Nutzen-Abwägung". Die "Verhältnismäßigkeit umweltpolitischer Maßnahmen" und die Frage, ob die verwandten Mittel richtig eingesetzt würden, müssten stärker Beachtung finden. "Der Emissionshandel ist der Testfall", so Florenz in einer Erklärung zur Wahl. "Wenn es gelingt, umweltpolitische Ziele wie den CO<sub>2</sub>-Ausstoß durch ein marktwirtschaftliches Instrument wie den Zertifikatehandel zu erreichen, sollte uns das motivieren, auch in anderen Bereichen den Markt stärker wirken zu lassen."

### Anstehende Themen: REACH, Grundwasser, Verpackungen

Der Umweltausschuss ist der größte Parlamentarische Ausschuss mit 63 Vertreter/innen, Deutschland ist mit 10 Parlamentarier/innen und sechs Stellvertreter/innen vertreten. In diesem Herbst stehen wohl vor allem Diskussionen um die EU-Chemikalien-Verordnung REACH, die Regelungen zu Grundwasser und die Verpackungs-Richtlinie an. Außerdem müssen die nominierten neuen Kommissar/innen auch dem Umweltausschuss Rede und Antwort stehen (siehe Seite 3).

Die Kompetenzen des Umweltausschusses haben sich etwas verschoben, weil Verbraucherangelegenheiten nicht mehr zu den Aufgaben zählen. Da aber 95 % der Vorschläge, über die das Parlament abgestimmt hat, in den Bereichen Umwelt, Lebensmittelsicherheit und Gesundheit liegen, wird sich der Arbeitsaufwand des Umweltausschusses kaum verringern. (jg) ■

### • Weitere Informationen

Europäisches Parlament, Ausschuss für Umweltfragen, Volks Gesundheit und Lebensmittelsicherheit, Rue Wiertz 60, B-1047 Brüssel  
Tel. 0032 2 / 284-2111, Fax -9014  
[www.europarl.eu.int/comparl/envi/default\\_en.htm](http://www.europarl.eu.int/comparl/envi/default_en.htm)

## Überblick: Ausschuss-Vorsitzende

### A. Interne Politiken

#### Haushalt (BUDG)

Janusz Lewandowski (EVP-ED, Polen)

#### Haushaltskontrolle (CONT)

Szabolcs Fazakas (SPE, Ungarn)

#### Wirtschaft und Währung (ECON)

Pervenche Beres (SPE, Frankreich)

#### Beschäftigung und soziale Angelegenheiten (EMPL)

Ottavio Del Turco (SPE, Italien)

#### Umweltfragen, Volksgesundheit und Lebensmittelsicherheit (ENVI)

Karl-Heinz Florenz (EVP-ED, Deutschland)

#### Industrie, Forschung und Energie (ITRE)

Giles Chichester (EVP-ED, Großbritannien)

#### Binnenmarkt und Verbraucherschutz (IMCO)

Philip Whitehead (SPE, Großbritannien)

#### Verkehr und Fremdenverkehr (TRAN)

Paolo Costa (ALDE, Italien)

#### Regionale Entwicklung (REGI)

Gerardo Galeote (EVP-ED, Spanien)

#### Landwirtschaft (AGRI)

Joseph Daul (EVP-ED, Frankreich)

#### Fischerei (PECH)

Philippe Morillon (ALDE, Frankreich)

#### Kultur und Bildung (CULT)

Nikolaos Sifounakis (SPE, Griechenland)

#### Recht (JURI)

Giuseppe Gargani (EVP-ED, Italien)

#### Bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres (LIBE)

Jean-Louis-Bourlanges (ALDE, Frankreich)

#### Konstitutionelle Fragen (AFCO)

Jo Leinen (SPE, Deutschland)

#### Rechte der Frau und Gleichstellung der Geschlechter (FEMM)

Anna Zaboraska (EVP-ED, Slowakei)

#### Petitionen (PETI)

Marcin Libicki (UEN, Polen)

## B. Externe Politiken

### Auswärtige Angelegenheiten (AFET)

Elmar Brok (EVP-ED, Deutschland)

#### Unterausschuss Menschenrechte (DROI)

Hélène Flautre (GR, Frankreich)

#### Unterausschuss für Sicherheit und Verteidigung (SEDE)

Karl von Wagu (EVP-ED, Deutschland)

### Entwicklungsausschuss (DEVE)

Luisa Morgantini (VEL, Italien)

### Internationaler Handel (INTA)

Enrique Baron Crespo (SPE, Spanien)

Namen der Fraktionen mit Erläuterungen:

[www.europa-digital.de/dschungelbuch/top3/parlament/fraktionen2.shtml](http://www.europa-digital.de/dschungelbuch/top3/parlament/fraktionen2.shtml) (jg) ■

### • Weitere Informationen

Europäisches Parlament, Rue Wiertz  
97-113, B-1047 Brüssel  
Tel. 0032 2 / 2842111

eMail-Adressen der Abgeordneten und Ausschussvorsitzenden:

Anfangsbuchstabe/n des Vornamens + Nachname (in einem Wort) und "@europarl.eu.int"

Beispiel: Karl-Heinz Florenz:  
[khflorenz@europarl.eu.int](mailto:khflorenz@europarl.eu.int)

Ausschüsse: [www.europarl.eu.int/committees/home\\_de.htm](http://www.europarl.eu.int/committees/home_de.htm)

## Bis 31.10. Konsultation zur Nachhaltigkeitsstrategie

### Vorschläge sollen in Strategie-Überprüfung integriert werden

Die Europäische Kommission hat Anfang August eine breit angelegte 12-wöchige Konsultation zu der EU-Strategie für Nachhaltige Entwicklung eingeleitet. Damit will sie Meinungen und Vorstellungen zum Thema nachhaltige Entwicklung einschließlich der bisher erzielten Fortschritte der Strategie und über das weitere Vorgehen in diesem Bereich einholen. Die Ergebnisse der Konsultation sollen als "wichtiger Beitrag" zu der geplanten Überprüfung dieser Strategie dienen. Die Überprüfung umfasst neben einer Bewertung der Fortschritte seit 2001 auch die Festlegung weiterer Maßnahmen zur Erreichung des Ziels einer dauerhaft tragfähigen Entwicklung.

► Im Rahmen der Konsultation haben die breite Öffentlichkeit wie auch Akteure und Experte im Bereich der nachhaltigen Entwicklung bis zum 31. Oktober 2004 Gelegenheit ihre Kommentare einzureichen.

### Bisherige Schwerpunkte der Nachhaltigkeitsstrategie

Die EU-Nachhaltigkeitsstrategie hat bisher die Schwerpunkte Klimaänderungen, Verkehr, öffentliche Gesundheit und natürliche Ressourcen. Sie fügt dem so genannten Lissabon-Prozess, der die EU bis zum Jahr 2010 zur "wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissensbasierten Wirtschaftszone der Welt" machen will, eine Umweltdimension hinzu. Auch der "Cardiff-Prozess", der darauf abzielt, Umweltbelange in alle anderen Politikbereiche zu integrieren, sowie das 6. Umweltaktionsprogramm der EU sind mit der Strategie verknüpft.

### Konsultation auf zwei Wegen

Die öffentliche Konsultation finden auf zwei Wegen statt: Ein kurzer Online-Fragebogen richtet sich an alle, die sich für nachhaltige Entwicklung interessieren. Eine zweite, detailliertere Befragung ist vor allem für Akteure und Experten gedacht, die sich mit spezifischen Aspekten der Strategie beschäftigen. (ag) ■

### • Weitere Informationen

Zugang zur Konsultation:  
<http://europa.eu.int/yourvoice> oder  
[http://europa.eu.int/comm/sustainable/pages/consult\\_en.htm](http://europa.eu.int/comm/sustainable/pages/consult_en.htm)  
(Fragebögen auch auf deutsch)  
Auch die Ergebnisse der Konsultation sollen hier veröffentlicht werden.

Europäische Kommission, Rue de la Loi  
200, B-1049 Brüssel  
Tel. 0032 2 / 299-111  
<http://europa.eu.int/rapid>,  
Reference:IP/04/1010

Quelle: Environment Daily, 2.8.2004,  
eco-Umweltinstitut, 27.08.2004

## Das Letzte

### EU-Bürger werden künftig schneller informiert, warum sie nichts erfahren

Eigentlich könnte man sich über die Meldung, dass in Zukunft die EU auf Bürgerbeschwerden schneller reagieren will, freuen - wäre da nicht der Zusatz "nachdem diesen der Zugang zu gewissen EU-Dokumenten verweigert wurde". Wir dürfen also zukünftig schon innerhalb von zwei Monaten, nicht erst nach drei Monaten eine Stellungnahme der jeweiligen EU-Institution erwarten, warum wir gewisse Dokumente nicht sehen dürfen. Wir dürfen uns beschweren und - ja, wir dürfen eine Antwort erwarten. Ob hier allerdings "zweifellos ein Beitrag zur Verbesserung der Transparenz unserer Institutionen gegenüber den Bürgern geleistet" wird, wie Kommissionspräsident Prodi behauptet, darf angezweifelt werden. ■

Autorin: Juliane Grüning, DNR Berlin

### • Weitere Informationen

<http://europa.eu.int> (Reference EO/04/21)

## Umweltdaten veröffentlicht: Bayer scheitert mit Klage

### Einschüchterungsversuche gegen Friends of the Earth ohne Erfolg

Juristische Drohveruche des Bayer-Konzerns gegenüber dem britischen Umweltverband Friends of the Earth (FoE) sind gescheitert. Das Unternehmen wollte FoE daran hindern, Studienergebnisse über Risiken des Pestizids Glufosinat zu veröffentlichen. Obwohl die Untersuchungen in mehreren Ländern frei zugänglich sind, hatte der Konzern bei Zuwiderhandlung hohe Strafzahlungen gefordert. Vor Gericht erhielt FoE jedoch Recht. Bayer wurde verpflichtet, den Verband in vergleichbaren Fällen nicht mehr zu verklagen.

Philipp Mimkes von der Coordination gegen Bayer-Gefahren (CBG) verurteilte die "aggressiven Einschüchterungsversuche von Bayer gegenüber Umweltorganisationen". Mit der Macht starker Rechtsabteilungen verhinderten Konzerne immer wieder, dass Informationen über Gesundheitsrisiken in die Öffentlichkeit gelangen.

### Studien zum Herbizid Glufosinat zurückgehalten

Da Glufosinat zu den meistverwendeten Herbiziden in Europa gehört, hatte FoE im Jahr 2000 die britische Umweltbehörde Pesticides Safety Directorate aufgefordert, die Studienergebnisse zu veröffentlichen. Bayer ging gerichtlich gegen die Weitergabe der Daten vor. Doch der Umweltverband kontaktierte parallel auch skandinavische Ministerien. Schweden und Dänemark sandten die Untersuchungsergebnisse zu. Dagegen zog Bayer vor Gericht.

Bayer gehört zu den größten Pestizidherstellern der Welt. Der Wirkstoff Glufosinat wird u. a. im Obst-, Getreide- und Gemüsebau eingesetzt und von Bayer auch in Kombination mit gentechnisch verändertem Saatgut angeboten. (ag, du) ■

### • Weitere Informationen

Friends of the Earth, 26-28 Underwood Street, London, GB - N1 7JQ  
Tel. 0044 20 / 7490-1555, Fax -0881  
[www.foe.co.uk](http://www.foe.co.uk)

Coordination gegen Bayer-Gefahren,  
PF 150418, 40081 Düsseldorf  
Tel. 0211 / 3339-11, Fax -40  
eMail: [cbgnetwork@aol.com](mailto:cbgnetwork@aol.com)  
[www.cbgnetwork.com](http://www.cbgnetwork.com)

## Miserable Umsetzung von EU-Umweltrecht

### EU-Jahresbericht listet 301 Versäumnisse auf

In dem Mitte August von der EU-Kommission veröffentlichten "Fünften Jahresbericht über die Durchführung und Durchsetzung des Umweltrechts der EU" werden erhebliche Mängel und Verstöße von Seiten der Mitgliedstaaten festgestellt. Bis Ende 2003 wurden demnach in 88 Fällen Umweltrichtlinien nicht fristgemäß und in 118 Fällen Richtlinien nicht ordnungsgemäß umgesetzt. In 95 Fällen erfüllten die Mitgliedstaaten nicht die "sekundären" Verpflichtungen im Rahmen der Richtlinien, beispielsweise Fristen für die Vorlage bestimmter Pläne, die Vorlage von Daten oder die Ausweisung von Schutzgebieten. Dadurch erhalten die Bürger nicht das von ihnen erwartete hohe Umweltschutzniveau.

### Negativ-Rekordler Frankreich, Griechenland, Irland, Spanien

Die negativen Spitzenreiter dabei sind Frankreich, Griechenland, Irland, Italien und Spanien. Die "Topverzugsthemen" sind Wasser, Abfälle, Naturschutz und Umweltverträglichkeitsprüfungen. Die Gesamtzahl der laufenden Vertragsverletzungsverfahren wegen Verstößen gegen das EU-Umweltrecht betrug 509, die Zahl der neuen Beschwerden 505. Damit entfielen wie in den vergangenen Jahren über ein Drittel aller Beschwerden und laufenden Vertragsverletzungsverfahren wegen Verstößen gegen EU-Recht auf den Umweltbereich.

### Auch Deutschlands Leistungen unbefriedigend

Auch Deutschland wurden mehrere Mahnungen wegen seiner Verstöße gegen das EU-Umweltrecht übermittelt. Deutschland wird unter anderem vorgeworfen, die Altfahrzeugrichtlinie im Zusammenhang mit der Verwertung von Altfahrzeugen nur unvollständig in nationales Recht umgesetzt zu haben. Außerdem erhielt Deutschland zusammen mit einigen anderen Mitgliedstaaten drei weitere schriftliche Mahnungen wegen fehlender Pläne zur Verbesserung der Luftqualität, wegen unzulänglicher Kontrollen von Stoffen, die zu einem Abbau der Ozonschicht führen und unbefriedigender Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie.

Um die Umsetzung des Umweltrechts zu verbessern hat die Generaldirektion "Umwelt" der Kommission einen neuen Ansatz sowohl für die Ausarbeitung als auch die Umsetzung des Umweltrechts entwickelt, der unter anderem regelmäßige Kontakte mit den auf nationaler Ebene für die Umsetzung zuständigen Beamten und das Angebot "technischer Hilfe" einschließt.

### Änderung in Sicht? Spanien will "Wachhund" für Umweltgesetze

Eine unabhängige Kommission soll in Spanien künftig die Umsetzung und Wirkung von Umweltgesetzen überwachen, verkündete die neue Umweltministerin Cristina Narbona Ende August. Diese Kommission soll auch Vorschläge für die Gestaltung zukünftiger Politik machen und ähnlich arbeiten wie die Europäische Umweltagentur. Der Start ist für den nächsten März vorgesehen. Die Finanzierung über eine Stiftung soll die Unabhängigkeit gewährleisten. Auch für die Umsetzung der Umwelthaftungs-Richtlinie will Spanien schon im nächsten Jahr Vorschläge ausarbeiten - weit vor dem eigentlichen Pflichttermin des In-Kraft-Tretens am 30.4.2007. Der Regierungswechsel scheint der Umweltpolitik in Spanien neuen Auftrieb zu geben. ■ (tf, ag, jg)

### • Weitere Informationen

Europäische Kommission, Rue de la Loi 200, B-1049 Brüssel  
Tel. 0032 2 / 299-111  
<http://europa.eu.int//rapid>,  
Reference: IP/04/1038

Quellen: vista verde news, 20.8.2004, Environment Daily, 11./25.08.04, 14.9.2004

## Elektroschrott-Richtlinien nicht umgesetzt

### Alle Mitgliedstaaten außer Griechenland versäumten Frist

Bis zum 13. August sollten alle EU-Mitgliedstaaten zwei Richtlinien zur Wiederverwertung von Elektro- und Elektronikaltgeräten in einzelstaatliches Recht umgesetzt haben. Dies gelang lediglich Griechenland, alle anderen 24 Staaten haben die Frist versäumt.

### Richtlinien verbieten Gefahrstoffe und erleichtern Wiederverwertung

Die beiden Richtlinien verpflichten die Hersteller, Elektro- und Elektronikgeräte in einer Weise herzustellen, welche ihre Demontage, Wiederverwendung und Verwertung erleichtert, und alle damit verbundenen Kosten zu übernehmen. Die Richtlinie über Elektro- und Elektronikaltgeräte verlangt von den 15 EU-Mitgliedstaaten ab dem 15. August, Sammelsysteme für Elektronikgeräte einzurichten. Sobald dies geschehen ist, können die Verbraucher solche Geräte kostenlos zu den Geschäften und Sammelstellen zurückbringen. Die Richtlinie zur Beschränkung der Verwendung bestimmter gefährlicher Stoffe verbietet ab 1. Juli 2006 die Verwendung bestimmter Stoffe wie Blei und Cadmium in Elektronikgeräten.

### Bisherige Entsorgung gefährdet Gesundheit

Derzeit gelangen die meisten Geräte in die kommunalen Abfälle und kommen dann auf eine Deponie oder werden verbrannt. Aufgrund ihrer gefährlichen Bestandteile werden auf der Deponie oder bei der Verbrennung Schadstoffe freigesetzt, welche die Luft, das Wasser und den Boden verseuchen und sich so schädlich auf die Gesundheit auswirken können. (ag) ■

### • Weitere Informationen

Europäische Kommission, Rue de la Loi 200, B-1049 Brüssel  
Tel. 0032 2 / 299-1111

<http://europa.eu.int/rapid/>  
Reference: IP/04/1033

## Grenzüberschreitende Abfallverbringung: 2. Lesung

### Regelung zur Müllverschiffung in der Revision, Einigung wahrscheinlich

Nachdem es im Juni durch Streitigkeiten im Umweltministerrat nicht zu einem gemeinsamen Standpunkt bei der Revision der grenzüberschreitenden Abfallverbringung<sup>1</sup> kam (EUR 08/09.04, S. 7), scheinen die Regierungen sich jetzt auf einen Text für die zweite Lesung zu einigen. Italien hatte bei der letzten Umweltratssitzung Vorbehalte geäußert, weswegen keine Einstimmigkeit erreicht werden konnte. Die zehn Jahre alte Regelung soll an die Revision internationaler Vereinbarungen wie der Basler Konvention und an die OECD-Regeln angepasst werden.

### Öko-Dumping soll verhindert werden

Hauptinteresse der Mitgliedstaaten ist eine Vermeidung von "Ökodumping", also die Möglichkeit, Müll in Länder zu verschiffen, deren Regelungen weniger streng sind. Der Entwurf soll Behörden mehr Möglichkeiten geben, solche Exporte zu stoppen, die in Länder mit geringeren Standards verschifft werden. Weil aber ein Missbrauch dieser neuen Befugnisse befürchtet wird, müssen Behörden unter Bezug auf die nationale Rechtsprechung früher und offen darlegen, aus welchen Gründen sie einen Export verhindern wollen. Darüber hinaus sollen Militärmüll und tierische Abfälle aus der bisherigen Regelung herausgenommen werden. Griechenland bestand auf Sicherungsregeln für Transitländer zur Verfolgung von militärischen Abfällen. Deutschland und Österreich haben die EU-Kommission aufgefordert, Sonderregelungen für die Behandlung und den Export von tierischen Abfällen zu erwägen.

### Neues Parlament weniger "radikal"?

Das Europäische Parlament wird nun noch einmal über das Paket verhandeln - in der ersten Lesung hatte das Parlament sehr viel radikalere Veränderungen und das Verbot bestimmter Arten von Müllverschiffung gefordert sowie den Vorrang von umweltpolitischen vor handelspolitischen Aspekten (EUR 01/02.04, S. 27). Da sich die Mehrheiten im neuen Europaparlament aber nach rechts verschoben haben, sei es jedoch unwahrscheinlich, dass diese radikaleren Forderungen die zweite

Lesung überdauern, schätzt der Umweltinformationsdienst Environment Daily ein. (jg) ■

### • Weitere Informationen

Europäisches Umweltbüro/European Environmental Bureau (EEB), Melissa Shinn, Referentin für Abfall-, Produkt- und Ressourcenpolitik, Boulevard de Waterloo 34, B-1000 Brüssel  
Tel. 0032 2 / 289-1300, Fax -1099  
eMail: [melissa.shinn@eeb.org](mailto:melissa.shinn@eeb.org)  
[www.eeb.org](http://www.eeb.org)

Quelle: Environment Daily, 13.9.04  
Vorschlag des Ministerrats:  
<http://register.consilium.eu.int/pdf/en/04/st10/st10973.en04.pdf>

## Gerichtshof: Kraftstoff-verseuchtes Erdreich ist Abfall

### Urteil C-1/03 könnte Auswirkungen auf andere Fälle haben

"Kraftstoffe, die unabsichtlich ausgebracht worden sind und eine Verunreinigung des Erdreichs und des Grundwassers verursacht haben, sind Abfälle (...). Das Gleiche gilt für mit Kraftstoffen verunreinigtes Erdreich, auch wenn es nicht ausgehoben worden ist." So lautet das Urteil der Zweiten Kammer des Europäischen Gerichtshofes (EuGH). Das bedeutet, dass der Abfall bzw. das Erdreich unter die EU-Abfall-Rahmenrichtlinie fällt und der Verursacher - in diesem Fall Texaco als Produzent des Kraftstoffes - für eine fachgerechte Entsorgung zuständig ist. Zwar führte der EuGH diese Interpretation nicht weiter aus, aber demnach könnte eine mögliche Erweiterung dieser Rechtsauffassung sein, dass auf diese Weise kontaminiertes Erdreich unter die strenge EU-Deponie-Richtlinien fallen müsste. (jg) ■

### • Weitere Informationen

Europäischer Gerichtshof (EuGH), L-2925 Luxemburg  
Tel. 0035 2 / 4303-1, -2600  
Urteil (deutsch):  
[www.curia.eu.int/jurisp/cgi-bin/form.pl?lang=de&Submit=Submit&docrequire=alldocs&numaff=c-1/03](http://www.curia.eu.int/jurisp/cgi-bin/form.pl?lang=de&Submit=Submit&docrequire=alldocs&numaff=c-1/03)

<sup>1</sup> 259/93/EWG

## **EU-Richtlinie fördert unnötigen Pestizideinsatz**

### **Verfehlte EU-Politik am Beispiel der Bekämpfung des Maiswurzelbohrers**

Im vergangenen Jahr waren in der Nähe des Euroairports Basel-Mulhouse-Freiburg einige Exemplare des Maiswurzelbohrers, eines vermutlich per Flugzeug eingeführten Maisschädlings, aufgetaucht. Daraufhin wurden im Elsass über 1,5 Tonnen Insektizide per Hubschrauber ausgebracht. Auch auf der deutschen Seite wurde ein Gebiet entlang des Rheins mit Insektiziden vorsorglich "behandelt", was der BUND verurteilte.

### **BUND: Fruchtfolge ökonomisch und ökologisch sinnvoller als Pestizide**

Die direkt benachbarte Schweiz praktizierte dagegen alternative Abwehrmethoden gegen den Schädling: Dort wird der Maiswurzelbohrer ohne Gifteinsatz mit Fruchtfolge-Vorschriften bekämpft. Den Bauern im Umkreis von zehn Kilometern um die Fundorte in der Nähe von Therwil wurde verboten, Mais anzubauen, wo im letzten Jahr bereits Mais stand.

Eine erweiterte Fruchtfolge ist laut BUND eine wirksame und nachhaltige Bekämpfungsmaßnahme. Die Vermeidung des Anbaus von Mais nach Mais führt beim Schlupf der überwinterten Eier im Frühjahr dazu, dass die obligatorisch auf Mais angewiesenen Larven keine Nahrung vorfinden und absterben. Doch im Elsass wurde der Maiswurzelbohrer auch in diesem Jahr wieder mit Pestiziden bekämpft, im Grenzgebiet Deutschlands wurde das Saatgut mit Insektiziden gebeizt und auch im Landkreis Lörrach wurden an der Grenze wieder großflächig Insektizide ausgebracht.

### **EU-Richtlinie für extreme Maßnahmen entscheidend mitverantwortlich**

In einer Richtlinie der EU wird der Maiswurzelbohrer unter den Schadorganismen als sogenannter Quarantäneschadorganismus eingestuft. Danach muss im Befallsjahr eine Befallszone von mindestens einem Kilometer Radius rund um ein Feld, in dem der Schadorganismus festgestellt wurde, und eine Sicherheitszone von mindestens fünf Kilometer Radius um die Befallszone ausgewiesen werden. Die aktuellen, massiven Bekämpfungsmaßnahmen mit Pestiziden im Elsass und Südbaden sind auf diese EU-Richtlinie zurückzuführen, die eine Ausrottung des Maiswurzel-

bohrers erreichen will. Solche Maßnahmen könnten das Auftreten des Käfers jedoch nur verzögern, nicht aber verhindern, so der BUND. Das sieht angeblich inzwischen auch der baden-württembergische Landwirtschaftsminister Stächele so. Dieser wolle über den Bundesrat eine Aufhebung der Einstufung des Westlichen Maiswurzelbohrers als Quarantäneschadorganismus durch die EU erreichen, so der BUND. Mitte August äußerte der Minister, ein großflächiger Einsatz von Pflanzenschutzmitteln müsse "zum Wohle der Umwelt vermieden werden".

### **Hintergrund: Profiteur Agrochemie**

Der BUND hatte bereits in der Vergangenheit auf die Folgen des bisherigen Dünger- und Pestizideinsatzes beim Maisanbau und auf die massiven Folgen und Belastungen für das Grundwasser hingewiesen. Es gehe wie bei vielen Umweltkonflikten auch um massive wirtschaftliche Interessen der Agrochemielobby. Diese hoffe auf den Mehrabsatz von Pestiziden und vor allem auf eine größere Akzeptanz für gentechnisch veränderten Mais. Die EU-Quarantäneverordnung für den Maiswurzelbohrer dient nach Ansicht des BUND nur den wirtschaftlichen Interessen der Agrochemielobby: "Ökologisch sinnvolle Fruchtfolgen bringen keine Gewinne. Leidtragende des neuen Schädlings sind die Landwirte - durch den aktuellen Pestizideinsatz -, aber auch alle anderen Menschen, das Grundwasser und die Umwelt." (du) ■

### **• Weitere Informationen**

BUND-Regionalverband Südlicher Oberrhein, Geschäftsführer Axel Mayer, Wilhelmstr. 24a, 79098 Freiburg/Br. Tel. 0761-30383, Fax -23582 eMail: bund.suedlicher-oberrhein@bund.net [http://vorort.bund.net/suedlicher-oberrhein/projekte/gen\\_idx.htm](http://vorort.bund.net/suedlicher-oberrhein/projekte/gen_idx.htm)

## **Studie: Agrarsubventionen unökologisch**

### **Verbände: EU-Agrarreform nur erster Schritt hin zu Umweltverträglichkeit**

Die Bundesregierung soll ihre Agrarsubventionen auf den ökologischen Prüfstand stellen. Das fordern der Förderverein Ökologische Steuerreform (FÖS), die Gregor-Louisoder-Umweltstiftung und der Naturschutzbund NABU als Konsequenz einer gemeinsamen Studie. Zwar sei die Umsetzung der EU-Agrarreform bereits ein Schritt in die richtige Richtung, dennoch muss nach Auffassung der drei Organisationen noch viel getan werden, um umweltschädigende Produktionsweisen unrentabel zu machen.

### **"Steuervergünstigungen abschaffen, ökonomische Anreize entwickeln"**

So dürfe den Agrarbetrieben keine Steuervergünstigung für fossile Energieträger wie Agrardiesel mehr gewährt werden. Stattdessen sollten energiesparende und ressourcenschonende Betriebe sowie die Einführung von Biokraftstoffen gezielt gefördert werden. "Angesichts der fortdauernden Umweltprobleme in der Landwirtschaft ist ein konsequenter Abbau umweltschädlicher Subventionen sowie die Einführung ökonomischer Anreizinstrumente überfällig", mahnte Kai Schlegelmilch vom Ökosteuer-Förderverein. Wichtig sei insbesondere eine stärkere Integration von ökologischen Aspekten in die Steuer- und Finanzpolitik zur Förderung einer nachhaltigen Landwirtschaft.

### **Abgaben auf Pestizide und Düngemittelüberschüsse gefordert**

Die Studie belegt nach Ansicht der Organisationen auch die Eignung ökonomischer Instrumente zur Reduzierung des Pestizid- und Düngemittelverbrauchs. Daher schlagen sie eine zeitlich gestaffelte Einführung von Abgaben auf Pestizide und Düngemittelüberschüsse vor. Die Einnahmen sollten durch eine gezielte Rückführung in den Agrarsektor möglichst aufkommensneutral sein, um Wettbewerbsnachteile zu vermeiden und die ökologische Wirkung zu verstärken. (du) ■

### **• Weitere Informationen**

NABU, Agrar-Experte Florian Schöne, Herbert-Rabius-Str. 26, 53225 Bonn Tel. 0228 / 4036-0, Fax -200 eMail: [florian.schoene@nabu.de](mailto:florian.schoene@nabu.de) [www.nabu.de](http://www.nabu.de)

## Saatgut-Schwellenwert: Entscheidung verschoben

### Druck erfolgreich: GVO-Grenzwert soll erst neue EU-Kommission festlegen

Die Europäische Kommission hat im September aufgrund des öffentlichen Drucks die Entscheidung über Gentech-Saatgut verschoben. Weitere Umweltverträglichkeitsprüfungen seien notwendig, hieß es in Brüssel. Nun wird erst die neue Kommission, die am 1. November ihre Arbeit aufnimmt, über die Kennzeichnung von gentechnisch verunreinigtem Saatgut entscheiden.

Die Umweltorganisation Greenpeace reagierte vorsichtig optimistisch. Da bisher in den Mitgliedstaaten keine Regelungen zur "Koexistenz" von genmanipulierten Pflanzen und gentechnikfreier Landwirtschaft bestehen, wären Verbraucher und Landwirte vor vollendete Tatsachen gestellt worden, bevor notwendige Vorschriften zum Schutz gentechnikfreier Landwirtschaft in Kraft hätten treten können. Zudem hätte die Kommission mit ihrer Entscheidung auch bereits bestehendes EU-Recht in Form der Verordnung über gentechnisch veränderte Lebens- und Futtermittel sowie der Freisetzung-Richtlinie unterminiert.

### EU-Parlament soll an Entscheidung beteiligt werden

Das EU-Parlament hat sich in der Vergangenheit mehrfach kritisch in Sachen Saatgut-Kontamination geäußert. Die Grünen-Abgeordnete Hiltrud Breyer mahnte, die neuen Kommissare sollten sich an der Forderung ihrer dänischen Kollegin Else Mariann Boel orientieren, die sich in ihrer Funktion als dänische Agrarministerin für den 0,1%-Grenzwert eingesetzt hatte. Auch Greenpeace fordert für alle Pflanzenarten die technische Nachweisgrenze von derzeit 0,1 Prozent Verunreinigungen im Saatgut. (du) ■

### • Weitere Informationen

Dokumentation relevanter Gentechnik-Entscheidungen im Internet:  
[www.keine-gentechnik.de](http://www.keine-gentechnik.de)

Hiltrud Breyer MdEP, Europäisches Parlament, ASP 8 G 265, Rue Wiertz, B-1047 Brüssel  
Tel. 0032 2 / 284 5287, Fax -9287  
eMail: [hbreyer@europarl.eu.int](mailto:hbreyer@europarl.eu.int)  
[www.hiltrud-breyer.de](http://www.hiltrud-breyer.de)

## Gen-Mais in Polen

### Gentechnisch verändertes Saatgut kommt auf den Markt

In einigen Wochen werden die Saatgut-Produzenten den polnischen Bauern erstmals gentechnisch veränderten Mais anbieten. Da der Anbau von Gen-Mais deutlich geringere Kosten verursacht, könnte es zu drastischen Veränderungen auf dem polnischen Getreidemarkt kommen. Andererseits lehnen 70 Prozent der polnischen Konsumenten Genfood ab, berichtete die Tageszeitung "Rzeczpospolita" Mitte September.

### Einführung gegen den Willen der polnischen Regierung?

Die polnische Regierung hatte lange Zeit versucht, die Markteinführung von Gentech-Lebensmitteln zu verhindern. Seit Polens EU-Beitritt am 1. Mai war diese Frage bereits zweimal Thema im EU-Ministerrat. Beim ersten Mal stimmte der polnische Umweltminister gegen Gentechnik, beim zweiten Mal enthielt er sich der Stimme. Das Kräfteverhältnis der Befürworter und Gegner war ausgeglichen. Die EU-Kommission entschied am 8. September, den Gen-Mais "MON 810" des US-Konzerns Monsanto in die Liste jener Pflanzen aufzunehmen, die im vereinten Europa angebaut werden dürfen.

### Polnische Agrarprodukte riskieren ihr gutes Image

Nach neuesten Umfragen sorgen sich 70 Prozent der Polen vor negativen gesundheitlichen Folgen durch den Verzehr von Genfood. Umweltschützer warnen, die Einführung der neuen Maissorte werde das Image Polens als Herkunftsland gesunder Lebensmittel beschädigen.

### Regierung könnte Genmais-Anbau noch verbieten

Theoretisch könnte die Regierung den Genmais-Anbau noch verbieten. Sie müsste sich dabei auf eine Gefährdung der Umwelt und der Gesundheit ihrer Bürger berufen. Wie es aus dem Umweltministerium in Warschau heißt, ist daran jedoch nicht gedacht. Der erste gentechnisch veränderte Mais könnte also schon im kommenden Frühjahr ausgesät werden. "Wir können uns nicht isolieren. Wenn wir uns neuen Technologien verschließen, werden wir an Konkurrenzfähigkeit verlieren und den Gentechnik-Mais schließlich importieren müssen", erklärte Landwirtschaftsminister Wojciech Olejniczak gegenüber "Rzeczpospolita".

schaftsminister Wojciech Olejniczak gegenüber "Rzeczpospolita".

### Absatz von Genmais in der EU unsicher

Polen ist nach Frankreich und Spanien der drittgrößte Mais-Produzent in der EU mit einer Anbaufläche von 700.000 ha. Der Anbau der neuen Maissorte ist nach Angaben von Experten um 30 Prozent billiger als jener herkömmlicher Sorten. Schon im kommenden Jahr könnte auf einer Gesamtfläche von 30.000 ha der neue MON-810-Mais ausgesät werden. Fraglich ist aber, ob sich für den Gentech-Mais auch Abnehmer finden werden. Bis jetzt bietet sich für Produzenten noch das Schlupfloch der Vermarktung als Futtermittel. Umweltverbände und Verbraucherschützer/innen kämpfen aber schon länger massiv gegen den Missstand, dass Fleisch von Tieren, die Gentech-Futtermittel erhalten haben, nach EU-Recht nicht gekennzeichnet werden muss. Dadurch würden die Verbraucher/innen getäuscht und eine freie Kaufentscheidung, die mögliche Risiken aus der gentechnischen Veränderung einbezieht, unmöglich gemacht.

Bei einer Kennzeichnungspflicht für Gentechnik-Futtermittel wird mit einem massiven Verfall des Absatzes von derartigen Produkten gerechnet, da die Konsument/innen in Europa Gentechnik-Produkten gegenüber überwiegend kritisch eingestellt sind. (du) ■

### • Weitere Informationen

Bund Ökologische Lebensmittelwirtschaft (BÖLW) e.V., Marienstr. 19-20, 10117 Berlin  
Tel. 030 / 28482-300, Fax -309  
eMail: [info@boelw.de](mailto:info@boelw.de)  
[www.boelw.de](http://www.boelw.de)

## Versuchsfeld Osteuropa

### Stille Invasion grüner Gentechnik in Polen, Bulgarien und Rumänien

Biotech-Konzerne wie Monsanto engagieren sich seit einigen Jahren verstärkt in Polen, Bulgarien und Rumänien. Und das nicht ohne Grund. Brigitte Zarzer vom Internetmagazin Telepolis ist dem nachgegangen und hat in einem Mitte August erschienenen Artikel einige interessante Fakten zusammengestellt.

#### Polen: Behörden überfordert

So waren als Ergebnis einer Stichprobenkontrolle bei 85 Unternehmen, die Soja oder Mais einführen und verarbeiten - im letzten Jahr rund 170.000 Tonnen - bei der Ankunft in Polen 99 Prozent als gentechnisch veränderte Organismen (GVO) gekennzeichnet. Zwar hätten zahlreiche Firmen diese Information an die Konsumenten weitergegeben, allerdings oft missverständlich. 34 der untersuchten 85 Unternehmen verkauften ihre Ware in Polen als GVO-freie Produkte. Ein Gutachten des Freiburger Öko-Instituts bringt die prekäre Lage in Polen auf den Punkt: Es gebe zwar seit dem Jahr 2001 ein Gesetz zu GVO, jedoch sei die Situation von "behördlichem Chaos" geprägt. Es existierten zur Zeit keine ausführenden Bestimmungen und es bestehe Verwirrung hinsichtlich der Kompetenzverteilung für die Vergabe von Zulassungen.

#### Bulgarien: Aggressive Politik der Biotech-Konzerne

In Bulgarien wurde 1999 gentechnisch veränderter Mais von Monsanto auf 13.000 ha angepflanzt, im Jahr 2000 auf 19.000 ha, 2002 auf 2.200 ha, 2003 auf 2.195 ha. Monsanto habe Verträge mit bulgarischen Bauern abgeschlossen, die die Aussaat von herbizid- und insektenresistentem Gentechnik-Mais, nicht jedoch den Verkauf auf den einheimischen Märkten erlaubten, so das Institut. Die Gentechnik-Saat von nahezu 20.000 ha Land sei als "Versuchsanbau" deklariert worden.

#### US-Senat gibt 30 Mio \$ für Einführung grüner Gentechnik in Osteuropa

Aufgrund dieser groß angelegten "Feldversuche" mit Mais nimmt Brigitte Zarzer an, dass GVO-Verunreinigungen bereits weit um sich gegriffen haben. Die bulgarische Organisation "Agrolink" geht sogar davon aus, dass sich inzwischen bereits GVO-haltige Nahrungsmittel auf dem bulgarischen Markt befinden. Dass es über-

haupt zu großflächigem GVO-Anbau kam, liegt laut Agrolink an den "aggressiven Marketingkampagnen" und der "intensiven Lobbyingarbeit" großer Konzerne wie Monsanto und Pioneer. Diese würden von der US-Regierung massiv gefördert. Im Herbst 2000 bewilligte der US-Senat 30 Millionen Dollar, um die US-Konzerne bei der Einführung von grüner Gentechnik in den Ländern Osteuropas zu unterstützen, berichtete die Tageszeitung taz. Inzwischen habe zumindest die bulgarische Regierung aus Sorge um den Verlust von Exportmärkten die staatliche Finanzierung der Forschung und Entwicklung von Gentechnik-Tabak und -Weintrauben eingestellt, nicht aber für Gentechnik-Mais.

#### Rumänien: Gensoja-Felder mit "Roundup Ready" von Monsanto

Ähnlich wie in Bulgarien wurden laut Öko-Institut auch in Rumänien großflächige Freisetzungsversuche (Mais, Kartoffel und Soja) durchgeführt. Seit 1999 würden in Rumänien transgene "Roundup-Ready"-Sojabohnen kommerziell angebaut. Nach Italien und Serbien-Montenegro bewirtschafteten Rumäniens Landwirte mit rund 75.000 ha die drittgrößte Sojaanbaufläche Europas. Der Anteil an transgenem Soja soll zwischen 55 und 60 % der Anbaufläche liegen. Bulgarien und Rumänien haben neben den großen GVO-Anbauflächen auch eine restriktive Informationspolitik gemeinsam. Ebenso fehlt es an einer breiten öffentlichen Diskussion über Nutzen und Gefahren der Biotechnologie.

#### Situation in den neuen Mitgliedstaaten "problematisch"

Ganz allgemein hält das Öko-Institut die Situation in den EU-Beitrittsstaaten für problematisch. In einem Bericht zur Agrotechnik heißt es abschließend: "In welchem Ausmaß schon gentechnisch veränderte Lebensmittel, Futtermittel oder Saatgut auf den Märkten der Beitrittsstaaten zirkuliert, ist weitgehend unbekannt. Nur Ungarn und Tschechien haben bisher zertifizierte Labore, die es ermöglichen, gentechnisch veränderte Organismen oder deren Bestandteile nachzuweisen. Doch selbst in diesen Staaten gibt es noch keine regelmäßigen Kontrollen für Nahrungs- und Futtermittel."

#### Gentechnikfreie Zone zwischen Adria und Alpen?

In Slowenien und der Slowakei gebe es bislang keine Freisetzungsversuche, so Telepolis-Autorin Zarzer. Slowenien, das

sich als "gentechnikfreie Region" etablieren wollte, habe seit dem EU-Beitritt ein anderes Problem: Die EU verbietet staatlich verordnete gentechnikfreie Zonen. Dadurch wurde eine Initiative vorerst gestoppt, im Alpen-Adria-Raum in Slowenien, Italien (Friaul - Julisch-Venetien) und Österreich (Kärnten) eine grenzüberschreitende Zone ohne GVO-Einsatz in der Landwirtschaft zu installieren (EUR 01.03, S. 51).

#### Öffentlicher Druck und Transparenz können Entwicklung beeinflussen

Wie empfindlich eine öffentliche Diskussion die Pläne der Gentechnik-Industrie stören kann, zeigt Zarzer am Beispiel Tschechiens. Laut Öko-Institut hat es dort zunächst zahlreiche GVO-Freisetzungsversuche gegeben. Nachdem sich insbesondere Greenpeace mit großen Anti-Gentechnik-Kampagnen einmischte, wurden diverse Freisetzungsversuche jedoch frühzeitig abgebrochen. ■

Autor: Daniel Unsöld, DNR Berlin

#### • Weitere Informationen

Gen-ethischer Informationsdienst (GID), Brunnenstr. 4, 10119 Berlin  
Tel. 030-6857073, Fax -6841183  
eMail: gid\_magazin@web.de  
www.gen-ethisches-netzwerk.de

Quelle: Internet-Magazin Telepolis, Artikel von Brigitte Zarzer vom 13.8.2004 mit weiterführenden Links: [www.telepolis.de/deutsch/special/leb/18042/1.html](http://www.telepolis.de/deutsch/special/leb/18042/1.html)

## Französische Bürgermeister wehren sich gegen Gentechnik

### Französische Regierung erleidet Niederlage vor Verwaltungsgericht

Am 18. Mai erließ der Bürgermeister der französischen Kleinstadt Bax ein Dekret, um den Anbau von gentechnisch veränderten Pflanzen auf der Gemarkung seiner Gemeinde zu verbieten. Umgehend reagierte der Präfekt des Departements Haute-Garonne als Vertreter der Pariser Zentralregierung und verklagte den Bürgermeister, der partout sein "illegales" Dekret nicht zurücknehmen wollte. Das zuständige Verwaltungsgericht in Toulouse gab dem Bürgermeister Recht. Das berichtete die Aktion Gen-Moratorium im August.

### Verwaltungsgericht sieht Risiken von Gentech-Pflanzen für Tatsache an

Das Verwaltungsgericht in Toulouse begründete sein Urteil damit, dass ein Bürgermeister sehr wohl kompetent sei, die örtliche Bevölkerung zu schützen. Es bestätigte insbesondere, dass es Risiken bei der Koexistenz zwischen gentechnik-freier Landwirtschaft und dem Anbau genmanipulierter Pflanzen gebe. Corinne Lepage, frühere Umweltministerin unter einer "konservativen" Regierung und Advokatin des Bürgermeisters von Bax erklärte: "Dieses Urteil ist ein Sieg für all jene, die eine gesunde Landwirtschaft verteidigen."

Bürgermeister Philippe Bedel will nun eine konzertierte Aktion von Bürgermeister/innen auf den Weg bringen, die sich seinem Vorgehen anschließen. Allein in den Monaten Mai, Juni und Juli haben sich in Frankreich bereits Vertreter/innen von über 1000 Gemeinden bereit erklärt, dem Vorbild von Bax zu folgen. (du) ■

### • Weitere Informationen

Initiative "Moratorium gegen Gen-Food", Klaus Schramm, Jakob-Dürsse-Str. 25, 77955 Ettenheim  
eMail: klaus.schramm@bund.net  
www.gen-moratorium.de

## Thailand verlängert Gentechnik-Moratorium

### Kabinett widersetzt sich Premierminister Thaksin

Das thailändische Kabinett hat eine Entscheidung des Premierministers Thaksin Shinawatra umgestoßen, das seit drei Jahren bestehende Moratorium auf gentechnisch veränderte Organismen (GVO) aufzuheben. Stattdessen soll die Regelung solange in Kraft bleiben, bis nationale Gesetze die biologische Sicherheit garantieren können.

Das Kabinett hat vorgeschlagen, einen Expertenbeirat einzurichten, der zu drei möglichen Optionen Stellung nehmen soll:

- freie Verbreitung und Förderung von GVO in Thailand
- kontrollierte Koexistenz von konventionellem Anbau und GVO-Anbau
- totales Verbot von GVO

### Übten USA Druck auf thailändischen Premier aus?

Die Ankündigung Ende August, das Moratorium zu beenden, hatte zu Protesten geführt. Gegner der Einführung von GVO führen an, dass die überhöhten Preise, die US-amerikanische und europäische Firmen für das Saatgut verlangten, zu einer weiteren Verarmung der ohnehin verarmten thailändischen Landwirte führen werde. Sie warnen, GVO könnten sowohl die natürliche Umwelt beeinträchtigen als auch zum Auftreten neuer Gifte und Allergene in der Nahrung beitragen. Beobachter gingen davon aus, dass der Versuch Thaksins, das Moratorium zu beenden, durch Druck im Rahmen der Verhandlungen um ein Freihandelsabkommen mit den USA zustande gekommen war - was dieser der Nachrichtenagentur AFP zufolge aber heftig bestritt. (du) ■

### • Weitere Informationen

DNR, EU-Koordination, Gentechnik-Experte Daniel Unsöld, Prenzlauer Allee 230, 10405 Berlin  
Tel. 030 / 44-043470, Fax -339180  
eMail: eur2@dnr.de

## Rückverfolgbarkeit von Lebensmitteln bald Pflicht

### Handel bei Vorbereitungen in Verzug

95 Prozent der Lebensmittelhersteller, aber nur 35 Prozent der Handelsunternehmen sind dabei, Systeme für die Rückverfolgbarkeit von Lebensmitteln aufzubauen. Das ist das Ergebnis einer Studie, die das Prüfungs- und Beratungsunternehmen Deloitte und die "Lebensmittel Zeitung" im Juni und Juli erarbeitet haben. Die ab 1. Januar 2005 geltende EU-Verordnung 178/2002/EG zur Lebensmittelsicherheit fordert von allen Teilnehmern der Wertschöpfungskette in der Lebensmittelbranche, eine lückenlose Rückverfolgbarkeit ihrer Produkte zu gewährleisten.

Während die Industrie darauf bedacht sei, eigene Qualitätssicherung zu betreiben, um wiederum den Anforderungen des Handels zu genügen, verlasse sich ein großer Teil des Handels auf die Qualitätskontrollen und Rückverfolgbarkeitssysteme der Industrie oder sei der Meinung, dass die vorhandenen Systeme ausreichten, um den Anforderungen des Gesetzgebers zu entsprechen, berichtete die "Lebensmittel Zeitung". Ob damit eine schnelle und lückenlose Information der Behörden nach Schadenseintritt möglich sei, bleibe unklar. (jg) ■

### • Weitere Informationen

Quelle: Deloitte&Touche,  
<http://presseportal.de/story.htm?firmaid=37353>

### EU-Kommission will weitere neun Dauergifte verbieten

#### Neuer Vorschlag zur Bekämpfung von schwer abbaubaren POP-Chemikalien

Im Rahmen eines neuen Vorschlages wird sich die EU-Kommission für das Verbot von neun gefährlichen Chemikalien innerhalb von zwei internationalen Verträgen einsetzen. Die betreffenden Chemikalien gehören der Gruppe der schwer abbaubaren organischen Schadstoffe (POPs) an.

Die Kommission schlägt vor, die neun Stoffe zwei bereits bestehenden Listen verbotener Stoffe hinzuzufügen: in die Liste der "schmutzigen Duzend" Chemikalien der Stockholmer Konvention über POPs von 2001 und zu den 16 Schadstoffen, die in dem Protokoll über POPs der UN-Wirtschaftskommission für Europa von 1998 aufgelistet sind. Der Vorschlag muss noch vom Europäischen Rat beschlossen werden, bevor er dann mit den anderen Vertragspartnern verhandelt werden kann.

POPs sind giftig, bleiben über Generationen bestehen, können weite Strecken zurücklegen und sammeln sich im Körper von Mensch und Tier. Die meisten POPs werden im großem Umfang als Industriechemikalien und Pestizide genutzt; einige wenige fallen als Nebenprodukte bei Verbrennungsprozessen und der Produktion anderer Chemikalien an.

Die neun Substanzen, die die Kommission den Internationalen Verträge zufügen will, werden bereits in der EU kontrolliert: ihre Herstellung und Vermarktung wurde bereits verboten oder stark eingeschränkt. In Ländern außerhalb der EU muss dies jedoch nicht der Fall sein. Aufgrund ihrer Langlebigkeit und weiten Verbreitbarkeit reichen Regelungen auf der nationalen oder europäischen Ebene nicht aus. Aus diesem Grund fordert die Kommission ein Handeln auf der internationalen Ebene. (ag) ■

#### • Weitere Informationen

Europäische Kommission, Rue de la Loi 200, B-1049 Brüssel  
Tel. 0032 2 / 299-1111

<http://europa.eu.int/rapid> (Reference: IP/04/1039)

### Deca-BDE-Flammschutzmittel bleibt im Handel

#### EU-Vermarktungsverbot klammert gefährliche Chemikalie aus

Mitte August ist das EU-weite Vermarktungsverbot für zwei besonders gefährliche Chemikalien in Kraft getreten. Es handelt sich dabei um die bromierten Flammschutzmittel Penta-BDE und Octa-BDE aus der Gruppe der polybromierten Diphenylether (PBDE). Das dritte weltweit eingesetzte Flammschutzmittel aus dieser Stoffgruppe, Deca-BDE, der kommerziell wichtigste Vertreter, darf hingegen weiterhin in Alltagsprodukten wie Elektronikgeräten und Textilien eingesetzt werden, obwohl Deca-BDE nachweislich in die beiden verbotenen Stoffe zerfällt. Wissenschaftler hatten erst kürzlich bekannt gegeben, dass in Lachsproben aus der ganzen Welt PBDEs gefunden wurden, einschließlich der Abbauprodukte von Deca-BDE.

#### Meeresschützer fordern Verschärfung der EU-Chemikalienpolitik

Die Aktionskonferenz Nordsee (AKN) kritisierte die Ausklammerung von Deca-BDE als "unverantwortlich". Sie fordert die Verschärfung der geplanten EU-Chemikalienpolitik REACH (Registration, Evaluation, Authorisation of Chemicals), so dass in Zukunft Chemikalien vor ihrem weitverbreiteten Einsatz auf Unbedenklichkeit geprüft werden müssen und Unternehmen verpflichtet werden, besonders gefährliche Stoffe durch ungefährlichere zu ersetzen. (ag) ■

#### • Weitere Informationen

Aktionskonferenz Nordsee (AKN) e.V.,  
Nadja Ziebarth, Kreuzstr. 61, 28203  
Bremen  
Tel. 0421-77675, Fax -78931  
[www.aknev.org](http://www.aknev.org)

### REACH-Registrierung soll vereinfacht werden

#### Britisch-ungarischer Vorschlag für Sammel-Registrierung aller Hersteller

Das britische Umweltministerium hat Ende Juli einen gemeinsamen Vorschlag Ungarns und Großbritanniens zur Vereinfachung eines zentralen Punktes des REACH<sup>1</sup>-Chemikalien-Entwurfs vorgelegt. Der Plan "Eine Substanz, eine Registrierung" würde es Unternehmen, die die gleiche Chemikalie produzieren, erlauben, eine einzige Registrierungsakte vorzulegen. So müsste nicht, wie vorgesehen, jedes Unternehmen einzeln ein solches Dossier einreichen.

#### 80 % gleiche Inhaltsstoffe sollen schon als eine Substanz gelten

Der Vorschlag richtet sich auf den Vorregistrierungsprozess von REACH, während dem Unternehmen bekannt geben müssen, welche Produkte sie herstellen und vorhaben, zu registrieren. Je größer die Produktions- und Importmenge von chemischen Substanzen desto schneller müssten nach dem Vorschlag die Unternehmen diese vorab registrieren. Die Informationen über die Substanzen würden dann von einem europäischen Forum zum Informationsaustausch der Unternehmen veröffentlicht. Für diesen Registrierungsprozess würden alle Produkte, die zu mindestens 80 % aus den gleichen Inhaltsstoffen bestehen, als eine einzelne Substanz gelten.

#### "Weniger Tierversuche"

Durch die somit erzielte Reduzierung der Registrierungszahl würde, so das britische Umweltministerium, die Notwendigkeit von Tierversuchen geringer werden. Dänemark, Deutschland, die Niederlande und Schweden haben bereits ihre Unterstützung für den Vorschlag geäußert. (ag) ■

#### • Weitere Informationen

Quelle: Environment Daily, 26.7.2004

"Eine Substanz, eine Registrierung"  
(Vorschlag des britischen Umweltministeriums zu REACH; engl.):  
[www.defra.gov.uk/environment/chemicals/pdf/osor-proposal.pdf](http://www.defra.gov.uk/environment/chemicals/pdf/osor-proposal.pdf)

<sup>1</sup> Verordnung für die Registrierung, Bewertung und Zulassung chemischer Stoffe (Registration, Evaluation and Authorisation of Chemicals - REACH)

## REACH stärkt Wettbewerbs- und Innovationsfähigkeit

### Neue deutsche Studie zur EU-Chemikalienpolitik

Die in der Europäischen Union geplante Neuorientierung bei der Registrierung, Evaluierung und Zulassung von Chemikalien (REACH) trägt nicht nur zur Verbesserung des Umwelt- und Gesundheitsschutzes bei, sondern stärkt auch die Wettbewerbs- und Innovationsfähigkeit der europäischen Chemiebranche. Zu diesem vorläufigen Ergebnis kommt ein Forschungsprojekt im Auftrag des Bundesumweltministeriums (BMU) und des Umweltbundesamtes (UBA), das Anfang September in Berlin auf einem internationalen Workshop vorgestellt wurde. Das Fraunhofer Institut für Systemtechnik und Innovationsforschung (ISI) und das Institut für Ökologie und Politik (Ökopol) untersuchten am Beispiel von Wasch- und Reinigungsmitteln sowie Lacken den Nutzen von REACH einerseits und die Belastung der Unternehmen andererseits.

Die Studie zeigt, dass REACH - im Rahmen eines globalen Trends zu einer transparenteren Chemikalienpolitik - fortschrittlichen Unternehmen zu Innovationsvorsprüngen, Planungssicherheit und langfristig zufriedenen Kunden verhelfen kann. Darüber hinaus trage die Verbesserung der Chemikaliensicherheit durch REACH längerfristig u. a. zur Senkung der volkswirtschaftlichen Ausgaben für chemikalienbedingte Berufskrankheiten, Gesundheitskosten sowie Kosten für Abwasserreinigung und Wasseraufbereitung bei.

### Umweltverbände: Neue Chemikalienpolitik annehmen

DNR, WWF, BUND und Greenpeace fordern angesichts dessen die Industrie auf, ihren Widerstand gegen die neue EU-Chemikalienpolitik aufzugeben. Die Studie mache deutlich, dass sich durch das REACH-System konkrete Verbesserungen für die Unternehmen ergeben würden, u. a. weil sie durch die Anmeldung ihrer Chemikalien vor Imageschäden und Haftungsrisiken geschützt würden. (ag) ■

### • Weitere Informationen

Umweltbundesamt, PF 330022,  
14191 Berlin  
Tel. 030 / 8903-2215, Fax -2798  
eMail: pressestelle@uba.de  
www.umweltbundesamt.de

## Zeitbombe Pestizidmüll

### FAO warnt vor hochgiftigem Pestizidmüll in zahlreichen Ländern

Umfangreiche Mengen an Pestizid-Giftmüll bedrohen in Osteuropa, Afrika, Asien, Lateinamerika und im Mittleren Osten Gesundheit und Umwelt. Davor hat die Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO) Mitte September in Rom gewarnt. In der Ukraine lagern laut FAO rund 19.500 Tonnen an ungenutzten, oft hochgiftigen Schädlingsbekämpfungsmitteln, in Mazedonien rund 10.000 Tonnen, in Polen 15.000 und Moldawien etwa 6.600 Tonnen.

### Großer Bedarf an Beratung, aber zu wenig Geld

Viele Länder wendeten sich hilfesuchend an die UN-Organisation, um die Pestizid-Altbestände loszuwerden. Sie wollen außerdem Schädlingsbekämpfungsmittel gezielter und umweltverträglicher anwenden, um zu vermeiden, dass sich weiter Pestizidmüll aufhäuft. Wegen fehlender finanzieller Mittel - eine Tonne Pestizid-Giftmüll zu beseitigen kostet rund 3500 Dollar - könne die FAO nur noch bis Ende Dezember 2004 technische Hilfe anbieten

### Gesundheitsschäden weit verbreitet

Bei den Giftmüllbeständen handelt es sich nach den Angaben um gefährliche Produkte, die oft verboten sind und nie benutzt oder beseitigt wurden. Sie sind hochgiftig und enthalten Insektizide wie DDT, Chlordan, Dieldrin, oder Monocrotophos. Viele Produkte haben längst das Verfallsdatum überschritten, Rost hat die Behälter beschädigt und die Chemikalien sind im Erdreich versickert. Deshalb müssten nicht nur die Produkte selbst, sondern auch große Mengen an belasteter Erde beseitigt werden.

Der Giftmüll lagere oft in Dörfern. Viele Menschen leben in unmittelbarer Nähe dieser Giftmülldepots, Umwelt- und Gesundheitsschäden seien weit verbreitet. (jg) ■

### • Weitere Informationen

FAO Food and Agricultural Organization, Erwin Northoff  
Tel. 0039 6 / 5705 3105  
eMail: erwin.northoff@fao.org  
www.fao.org.

## Syngenta wirbt für hochgiftiges Pestizid Paraquat

### Pestizid-Werbung verstößt gegen FAO-Verhaltenskodex

In Thailand bewirbt der Schweizer Chemiekonzern Syngenta das umstrittene Herbizid Paraquat (Handelsmarke Gramoxone) mit einer Gewinnspiel-Kampagne, die einen klaren Verstoß gegen den Verhaltenskodex der Lebensmittel- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen FAO zur Verteilung und dem Gebrauch von Pestiziden darstellt. Nichtregierungsorganisationen aus Asien und Europa, darunter das Pestizid-Aktions-Netzwerk (PAN) Deutschland, fordern von Syngenta den sofortigen Abbruch der Werbekampagne und die konsequente Einhaltung des Kodex. "Der revidierte Verhaltenskodex ist ein Zeichen der Einsicht von Regierungen, der Industrie und Nichtregierungsorganisationen, dass es mehr Anstrengungen braucht, um das Pestizidrisiko in Entwicklungsländern zu bekämpfen. Es ist enttäuschend, dass die wichtigen Verpflichtungen, welche die Werbung betreffen, nicht eingehalten werden" erklärt Barbara Dinham von PAN Großbritannien. Im Nachbarland Malaysia ist Paraquat verboten.

### Werbeprosch "Glück in jeder Flasche" - schon viele Todesopfer

Der Verstoß gegen den Kodex wird von PAN Germany als besonders verantwortungslos angesehen, da es sich bei dem Produkt um ein hochgiftiges Herbizid handelt, welches schon zu vielen Todesopfern und Vergiftungen geführt habe. Der Syngenta-Werbeprosch "Glück in jeder Flasche" könne in diesem Zusammenhang nur noch als zynisch beurteilt werden. Eine große Koalition von Nichtregierungsorganisationen und auch Regierungen fordert das totale Verbot des Produktes. (du) ■

### • Weitere Informationen

Pestizid-Aktions-Netzwerk, Simone Hueber, Nernstweg 32, 22765 Hamburg  
Tel. 040-399191026, Fax -3907520  
eMail:  
simone.hueber@pan-germany.org

Verhaltenskodex der FAO:  
www.fao.org/WAICENT/FAOINFO/  
AGRICULT/AGP/AGPP/Pesticid/Code/  
PM\_Code

## Europäische Strategie für Nanotechnologie

### EU-Kommission leitet Konsultationsverfahren ein

Um herauszufinden, wie es um die Nanotechnologie in Europa steht, hat die EU-Kommission Ende Juli eine Konsultation zu ihrer Mitteilung "Entwicklung einer europäischen Strategie für Nanotechnologie" eingeleitet. Alle interessierten Personen waren aufgefordert, sich an dem Konsultationsprozess bis zum 30. September 2004 zu beteiligen. In der Mitteilung hat die Kommission ein Konzept für die Entwicklung der Nanowissenschaften und der Nanotechnologie in Europa vorgeschlagen.

### Was ist Nanotechnologie?

Nanotechnologie ist ein neues Konzept der Forschung und Entwicklung, das auf die Steuerung der grundlegenden Struktur und des Verhaltens der Materie auf atomarer und molekularer Ebene abzielt. Anwendungen ergeben sich in zahlreichen unterschiedlichen Bereichen wie Gesundheitsversorgung, Informationstechnologien, Werkstoffwissenschaften, Verarbeitung, Messgeräte, Energie, Sicherheit und Raumfahrt.

### Aktionsplan für Nanotechnologie

Die Diskussionen um ein Konzept für die Entwicklung der Nanotechnologie im Europäischen Rat begannen unter dem irischen Vorsitz, werden unter dem niederländischen Vorsitz fortgeführt und sollen in diesem Jahr abgeschlossen werden. Dann folgt ein "Aktionsplan". (ag) ■

### • Weitere Informationen

Europäische Kommission, Rue de la Loi 200, B-1049 Brüssel  
Tel. 0032 2 / 299-1111

<http://europa.eu.int/rapid> (Reference: IP/04/1005)

[www.nanoforum.org](http://www.nanoforum.org)

Mitteilung der Kommission "Entwicklung einer europäischen Strategie für Nanotechnologie":  
[www.cordis.lu/nanotechnology](http://www.cordis.lu/nanotechnology)

## Warnung vor Nanotechnologie

### Britische Regierungs-Studie für strengere Gesetze und Kontrollorgan

Eine von der britischen Regierung in Auftrag gegebene und Ende Juli veröffentlichte Studie über die Auswirkungen der Nanotechnologie auf Gesundheit, Sicherheit, Umwelt, Ethik und Sozialwesen stärkt Skeptikern der Nanotechnologie den Rücken. In ihrem Ergebnis mahnt die Studie der Königlichen Gesellschaft: "Möglichkeiten und Ungewissheiten der Nanowissenschaft und Nanotechnologie" zu einem vorsichtigen Umgang mit der Technologie sowie zu strengeren Gesetzen. Sie empfiehlt die Einsetzung einer Gruppe aus verschiedenen Interessenvertretern, die neu aufkommende Technologien beobachten und mögliche Auswirkungen auf die Gesundheit und Sicherheit, Umwelt, Soziales, Ethik und gesetzliche Fragen so früh wie möglich identifizieren und öffentlich machen soll.

### Nanotechnologie-Kritiker: Studie ist guter Anfang

Die Biotechnologie-kritische Wissenschaftlervereinigung ETC Group<sup>1</sup> beurteilte die Studie als guten Anfang für die Bekanntmachung potentiell negativer Einflüsse von Nanoteilchen auf die Gesundheit und die Umwelt. Der Vorschlag, ein Kontrollorgan einzurichten wurde ebenfalls sehr positiv aufgenommen. Die ETC Group hatte ein ähnliches Organ bereits für die internationale Ebene gefordert. Darüber hinaus erkenne die Studie, so ein Sprecher der ETC Group, die Themen Wirkung und Kontrolle von Nanotechnologie als zentral an, allerdings fehle die Diskussion um Monopolstellungen bei der Herstellung sowie um die Einflüsse der Nanotechnologie auf Landwirtschaft und Lebensmittelherstellung.

### Moratorium abgelehnt, dafür strenge Regeln gefordert

Die Studie lehnt auch das von der ETC Group geforderte Moratorium für Nanotechnologie ab, stellt aber eindeutig fest, dass man sich sofort mit den Gefahren für Arbeiter und Konsumenten durch Nanopartikel befassen müsse. Diesbezüglich stellt die Studie u. a. folgende Forderungen:

- Inhaltsstoffe in Form von Nanopartikeln sollen einer kompletten Sicherheitsprüfung unterzogen werden.
  - Die Nutzung von Nanoteilchen in Kontakt mit der Umwelt - zum Beispiel bei Sanierungen - soll verboten werden, bis eindeutige Forschungsergebnisse zu den Auswirkungen bestehen.
  - Fabriken und Forschungslabore sollen Nanoteilchen so behandeln, als gehörten sie zu der Gruppe gefährlicher Stoffe, und sie damit auch aus der Abfallkette heraushalten.
  - Die Industrie soll alle relevanten Daten zur Sicherheitsüberprüfung von Nanoteilchen der Öffentlichkeit zugänglich machen.
  - Konsumprodukte, die Nanoteilchen enthalten, sollen gekennzeichnet werden.
  - In Großbritannien und auf EU-Ebene soll überprüft werden, ob die bestehenden gesetzlichen Regelungen ausreichen, um die Menschen und die Umwelt vor potentiellen Gefahren der Nanotechnologie zu schützen.
- (ag) ■

### • Weitere Informationen

ETC Group, Jim Thomas  
Tel. 0044 1865 / 201719  
eMail: [jim@etcgroup.org](mailto:jim@etcgroup.org)  
[www.etcgroup.org](http://www.etcgroup.org)

Studie: Königliche Gesellschaft des Vereinigten Königreiches (Hrsg.), "Chancen und Risiken von Nanowissenschaft und Nanotechnologie" (engl.):  
[www.nanotec.org.uk/finalReport.htm](http://www.nanotec.org.uk/finalReport.htm)

<sup>1</sup> Action Group on Erosion, Technology and Concentration

## Studie: Phthalate für Allergien und Asthma verantwortlich

### EU-Kommission kündigt neuen Richtlinienvorschlag an

Das Risiko, Asthma und Allergien zu bekommen, wird bei Belastung durch Weichmacher in PVC-Böden und anderen Plastikprodukten verdreifacht. Zu diesem Ergebnis kommt die Technische Universität von Dänemark bei einer Untersuchung von 11 000 schwedischen Kindern bis zu 6 Jahren. Hauptverantwortlich für Allergien und Asthma seien die Phthalate DEHP (Diethyhexylphthalat) und BBP (Butylbenzylphthalat). Die Universität empfiehlt eine verringerte Nutzung von PVC-Böden und anderen weichen Plastikarten sowie ein besseres Belüftungssystem in Häusern.

### Weichmacher in Kinderspielzeug soll verboten werden

Die EU-Kommission hat einen neuen Richtlinienvorschlag zur gemeinschaftsrechtlichen Regelung von Phthalaten, sogenannten Weichmachern für Kunststoffe, in Spielzeug und Babyartikeln für Kinder unter drei Jahren angekündigt. Eine solche Regelung für die Weichmacher in Kinderspielzeug wird EU-weit seit 1999 angestrebt. Da in den Mitgliedstaaten unterschiedliche Positionen zu einem solchen Verbot vertreten werden, konnte bislang keine Einigung in der EU erzielt werden. Die deutsche Bundesregierung hält den von der EU-Kommission bisher eingebrachten Richtlinienvorschlag für nicht ausreichend im Sinne des vorsorgenden gesundheitlichen Verbraucherschutzes: Warnhinweise böten keinen ausreichenden Verbraucherschutz. Darüber hinaus hatte der Bundestag die Regierung im Jahr 2000 dazu aufgefordert, sich für ein Verbot von allen Phthalaten in Babyartikeln und Kinderspielzeug für Kinder bis zu 36 Monaten einzusetzen. (ag) ■

### • Weitere Informationen

Deutscher Bundestag, Pressezentrum,  
Platz der Republik 1, 11011 Berlin  
Tel. 030 / 2273-5642, Fax -6191  
[www.bundestag.de](http://www.bundestag.de)

Quelle: Environment Daily, 18.08.04

## Formaldehyd als Krebs erregend eingestuft

### Bisher galt der Stoff nur als "wahrscheinlich Krebs erregend"

Das der Weltgesundheitsorganisation (WHO) zugehörige Internationale Krebsforschungsinstitut IARC<sup>1</sup> hat Formaldehyd als Krebs erregend für Menschen eingestuft. Bisherige Studien hatten lediglich ergeben, dass der viel genutzte Stoff "wahrscheinlich Krebs erregend" ist. Neue Untersuchungen von Personen, die Formaldehyd ausgesetzt sind, haben nun jedoch den Beweis, dass der Stoff den seltenen Nasenrachenkrebs hervorruft, erhärtet. Es gibt auch starke, aber nicht abschließende Beweise, dass Formaldehyd Leukämie auslöst.

### Produktion in großem Umfang

Formaldehyd wird weltweit in großem Umfang produziert. Es wird vor allem bei der Herstellung von Kunstharz eingesetzt, das als Klebstoff und Bindemittel für Holzprodukte, Zellstoffe, Papier, Glas- und Steinwolle genutzt wird. Außerdem wird Formaldehyd umfangreich in der Produktion von Kunststoffen und Beschichtungen, in der Textilabfertigung und bei der Herstellung von industriellen Chemikalien angewendet.

### Belastung durch Abgase, Lacke, Baumaterialien, Zigarettenrauch

Allgemeine Quellen für die Belastung durch Formaldehyd sind Fahrzeugabgase, Spanplatten, ähnliche Baumaterialien, Farben, Lacke, Lebensmittel, Zigarettenrauch und Desinfektionsmittel. Es wird geschätzt, dass in der EU mehr als eine Million Beschäftigte, z. B. Pathologen sowie Arbeiter in der Papier-, Plastik- und Kunstharzindustrie, Formaldehyd bis zu einem bestimmten Grad ausgesetzt sind. (ag) ■

### • Weitere Informationen

Quelle: eco-info, 13.08.2004

Internationales Krebsforschungsinstitut (IARC)  
[www.iarc.fr](http://www.iarc.fr)

## Bio-Baumwolle im Aufwind

### Konferenz beschließt Stärkung des EU-Biobaumwollmarktes

Europäische Unternehmen sowie staatliche und nicht staatliche Entwicklungsorganisationen wollen sich für die Ausweitung des Bio-Baumwollmarktes in Europa einsetzen. Diesen Entschluss bekräftigten sie mit einer gemeinsamen Erklärung auf einer internationalen Konferenz zum Thema Bio-Baumwolle. Das Treffen fand auf Einladung des Pestizid-Aktions-Netzwerks (PAN) und seiner Partner in Großbritannien und Benin in Hamburg statt.

### Bessere Zusammenarbeit zwischen Herstellern, Handel und NGOs

Durch die Konferenz sollte die Zusammenarbeit zwischen afrikanischen Bio-Baumwollprojekten, der europäischen Textilbranche sowie aktiven Nichtregierungsorganisationen verbessert werden. Insgesamt 37 Unternehmen und Organisationen aus Deutschland, den Niederlanden, Frankreich, Italien, der Schweiz, Großbritannien, Portugal, Ägypten, Benin, Mali, Senegal, Indien und Peru verpflichteten sich, verstärkt für pestizidfreie Bio-Baumwolle zu werben und das Thema voranzubringen.

### PAN: Bio-Baumwolle kommt

#### Kleinbauern und Gesundheit zugute

Wenn Textilunternehmen und Verbraucher in Europa mehr Bio-Baumwolle nutzen, trägt das laut PAN Germany nicht nur zur Verbesserung der wirtschaftlichen Situation baumwollproduzierender Kleinbauern in Afrika bei. Der Verzicht auf Pestizide, die im konventionellen Baumwollanbau intensiv eingesetzt werden, komme auch der Gesundheit der Bauern und der Umwelt zugute. (ag) ■

### • Weitere Informationen

Pestizid Aktions-Netzwerk (PAN) e.V.,  
Norbert Reintjes, Nernstweg 32,  
22765 Hamburg  
Tel. 040 / 39-9191025, Fax -07520  
eMail: [presse@pan-germany.org](mailto:presse@pan-germany.org)  
[www.pan-germany.org](http://www.pan-germany.org)

Informationen zur Konferenz:  
[www.OrganicCottonEurope.net/conference.htm](http://www.OrganicCottonEurope.net/conference.htm)

<sup>1</sup> International Agency for Research on Cancer

### Messung von Dauergiften in den Alpen

#### POP-Belastung der Bergluft soll an 40 Messpunkten ermittelt werden

Fünf Alpenanrainer-Staaten wollen in einer groß angelegten Studie die Belastung des Alpenraums durch langlebige Schadstoffe untersuchen. Anfang August gaben sie unter Federführung von Österreich den Startschuss für ein groß angelegtes Monitoring-Projekt zur Untersuchung von Persistent Organic Pollutants (POPs), langlebigen hochtoxischen Substanzen, die bereits in sehr geringen Konzentrationen eine Reihe von unerwünschten toxischen Wirkungen zeigen können. In der EU ist ihr Vertrieb zwar schon lange verboten oder streng beschränkt, als äußerst langlebige Vertreter ihrer Familie findet man sie dennoch heute fast überall in der Umwelt, so auch in der Luft über dem Alpenraum.

#### Auch deutsche

#### Wissenschaftseinrichtung beteiligt

Das Forschungszentrum für Umwelt und Gesundheit (GSF) ist in den Verbund als maßgebliche deutsche Wissenschaftseinrichtung integriert. Mit seiner Hilfe sollen die Substanzen vor Ort für den Bereich der bayerischen Alpen erfasst und im Anschluss ein Teil davon im Labor untersucht werden. Insgesamt sind im Rahmen des Vorhabens, das mit 1,8 Millionen Euro ausgestattet ist, Messungen in sechs Ländern und Regionen an etwa 40 Messpunkten in den Alpen vorgesehen.

#### Dauergifte lagern sich bevorzugt in kalter Umgebung ab

Manche der POPs werden trotz gesetzlicher Regelungen immer noch als unerwünschte Nebenprodukte emittiert, andere gelangen aus weit entfernten Teilen der Welt in die Alpen. POPs lagern sich bevorzugt in kalten Regionen wie an den Polen oder im Gebirge ab, wo sie sich an fettreiche oder organische Substanzen binden. Besonders gefährdet sind daher laut GSF im Alpenraum Pflanzen, Tiere und Böden der höheren Regionen und damit - am Ende der Nahrungskette - auch der Mensch. (ag) ■

- **Weitere Informationen**

Quelle: vista verde news, 9.8.2004

### Ursache für Sommersmog bald beseitigt?

#### Neuer Katalysator filtert Stickoxide aus Diesel-Abgasen

Das Paul-Scherrer-Institut (PSI) in der Schweiz hat ein neuartiges Katalysatorsystem entwickelt, das Dieselabgase nahezu frei von Stickoxiden macht. Dadurch entfallen die Hauptverursacher des Ozon-Sommersmogs. Der Prozess benötigt eine Harnstofflösung, die zukünftige Nutzfahrzeuge mit Dieselmotor in einem separaten Nachfülltank mitführen können.

#### Dieselmotoren Hauptverursacher für bodennahes Ozon

Weil Dieselmotoren ihren Treibstoff effizienter nutzen als Benzinmotoren, gelten sie als vergleichsweise ökonomisch und umweltfreundlich. Doch die Dieselverbrennung hat gravierende Nachteile: Sie produziert Dieselruß und Stickoxide. Letztere fördern bei starker Sonneneinstrahlung die Bildung von bodennahem Ozon und sind damit Hauptverursacher des Sommersmogs. Aus diesem Grund werden 2005 die Abgasnormen für Dieselmotoren europaweit verschärft. Weitere Senkungsschritte sind bereits geplant.

#### Katalysator und Harnstofflösung wandeln Stickoxide um

Um die neuen Grenzwerte zu erfüllen, setzen Motorenhersteller zur Zeit auf eine Technik mit der Bezeichnung SCR (Selective Catalytic Reduction). Dabei werden Stickoxide mit Hilfe eines Katalysators und unter Zugabe einer ungiftigen Harnstofflösung in Luftstickstoff und Wasserdampf umgewandelt. (ag) ■

- **Weitere Informationen**

Quelle: vista verde news, 5.8.2004

### Doch keine Ausnahme bei Ozongas-Verbot?

#### EU-Kommission will Lizenzen für Schadstoffnutzung reduzieren

50 Schaumstoffproduzenten sollen für ihren Produktionsprozess nun möglicherweise doch keine Ausnahmeregelung im Rahmen des neuen Verbots Ozonschichtschädigender Teilhalogenerter Fluor-Chlor-Kohlenwasserstoffe (HCFC) erhalten. Darüber denkt zumindest die EU-Kommission nach. Die Generaldirektion Umwelt hat einen neuen Konsultationsprozess mit den Mitgliedstaaten eingeleitet, um die Zahl der befristeten Lizenzen zur Nutzung des verbotenen Stoffes zu reduzieren.

#### Produktionsengpass führt zu Ausnahmeregelung

Das Verbot von HCFCs bei der Schaumstoffproduktion trat Anfang dieses Jahres in Kraft. Kurze Zeit später bekam jedoch die einzige Firma, die in Europa den Alternativstoff herstellt, Produktionsprobleme. Dieser Engpass führte dazu, dass die Schaumstoffhersteller die Weiternutzung von HCFCs forderten. Die Kommission will nun wissen, was die Hersteller in den fünf Monaten bis zur Entscheidung über die Bewilligung der Ausnahmen verwendet haben.

#### Herstellern war alternativer Stoff zu teuer

Der Wandel bei der EU-Kommission folgt einem Treffen mit der US-Firma Honeywell Anfang August, die den Originalvorschlag der Ausnahmeregelung als zu großzügig kritisierte. Die Firma produziert eine viel teure Alternative zu HCFCs und behauptet, dass einige Firmen bereits bei ihr Nachschub geholt hätten, nun aber das billigere HCFC verwenden würden, um Kosten zu sparen. Ein Vertreter der Kommission sagte, dass wenn diese Behauptungen wahr seien, einige Firmen ihre Ausnahmelizenzen aberkannt bekommen würden. (ag) ■

- **Weitere Informationen**

Quelle: Environment Daily, 18.08.04

## Energieeffizienz-Richtlinie wird verschoben

### Ratspräsidentschaft legt Priorität auf Strominfrastrukturmaßnahmen

Der niederländische EU-Ratsvorsitz hat angekündigt, dass die Richtlinie zur Energieversorgungssicherheit und Energieinfrastruktur ganz oben auf ihrem Programm steht. Damit wird für die Richtlinie über Energieeffizienz keine Zeit bleiben.

### Emissionen könnten bis 2012 um sechs Prozent vermindert werden

Der Richtlinienvorschlag über Energieeffizienz ist ebenso wie der Richtlinienvorschlag zur Energieversorgungssicherheit und Energieinfrastruktur Teil des im Dezember 2003 von Energiekommissarin Loyola de Palacio vorgeschlagenen Energiepakets. Es soll sicherstellen, dass alle Mitgliedstaaten jährlich mindestens ein Prozent Energie einsparen. Im Jahr 2012 käme dies einer zusätzlichen Energieeinsparung von sechs Prozent gleich. Die Richtlinie sieht außerdem Maßnahmen vor, um den Markt für Energiedienstleistungen auszuweiten. Umweltschützer bewerten die Richtlinie als grünes Feigenblatt des unter Klimaschutzgesichtspunkten kontraproduktiven Energiepakets.

### Energieinfrastrukturmaßnahmen untergraben Klimaschutzbemühungen

Die Richtlinie zur Energieversorgungssicherheit und Energieinfrastruktur soll die Sicherheit der europäischen Übertragungs- und Verteilungsnetze stärken. Sie stellt den Kern des Energiepakets dar. Kritiker der Richtlinie halten die Maßnahmen auch im Sinne der Energieversorgungssicherheit für zu kostspielig und ineffektiv. Für Umweltorganisationen wie den WWF ist sie der bedenklichste Punkt des Energiepakets. Der Ausbau der Energieversorgungs- und Übertragungskapazitäten sei mit einer nachhaltigen Entwicklung nicht zu vereinbaren. (tl) ■

#### • Weitere Informationen

Quelle: EurActiv 01.09.2004  
Europäische Kommission, Brüssel  
Tel. 0032 2 / 299-1111  
<http://europa.eu.int/comm>

Germana Canzi, WWF Energy Office,  
Avenue de Tervuren 36, Box 12,  
B-1040 Brüssel  
Tel. 0032 2 / 74388-00, Fax -19  
Internet. [www.panda.org](http://www.panda.org)

## Stromkonzern Vattenfall kauft sich frei

### Anstatt in Erneuerbare zu investieren zahlt der Konzern lieber eine Strafe

Der schwedische Stromproduzent Vattenfall verfügt nicht über die gesetzlich vorgeschriebene Anzahl Zertifikate für grünen Strom aus Windkraft, Sonnen- oder Bioenergie und muss daher eine Strafgebühr zahlen.

### Acht Prozent des Stroms müssen aus erneuerbaren Quellen kommen

Seit Mai 2003 müssen die schwedischen Stromhersteller für einen bestimmten Anteil ihrer Produktion grüne Zertifikate nachweisen. In diesem Jahr müssen acht Prozent der ins Netz eingespeisten Megawattstunden (MWh) aus erneuerbaren Energiequellen stammen, 2010 sollen es 16 Prozent sein. Besitzen die Konzerne zu wenig Zertifikate, müssen sie grüne Zertifikate dazukaufen. Andernfalls droht eine Strafe, die an den schwedischen Staat gezahlt wird. Die Strafgebühren fließen allerdings nicht in Förderung erneuerbarer Energien, sondern direkt in den Staatshaushalt.

Was zunächst als Ausnahme gedacht war, wurde zur Regel: Ein Fünftel aller Betreiber zahlen lieber die Strafgebühren, als in Erneuerbare Energien zu investieren oder Zertifikate dazuzukaufen. Schon wenige Monate nach der Einführung des Systems im Mai 2003 waren die Zertifikatspreise höher als die angesetzte Strafgebühr von 20 Euro pro MWh. (tl) ■

#### • Weitere Informationen

Quelle: taz 09.09.2004

## Konsultation zur künftigen Klimapolitik gestartet

### Bis 31. Oktober Forderungen für Post-Kioto-Zeit nach 2012 einreichen

► Die EU-Kommission führt Konsultationen über die künftige Klimapolitik durch. Über das Internet-Forum "Action on Climate Change post 2012" können alle Interessierten Vorschläge und Forderungen einstellen und an der Diskussion über die künftige globale Klimapolitik teilnehmen. Wie sollte die künftige Strategie der EU bei den internationalen Bemühungen zur Bekämpfung der Klimaänderung aussehen? Wie sollten die EU-Länder nach 2012 bei der Bekämpfung der Klimaänderung zusammenarbeiten, wenn die Laufzeit der gegenwärtigen Ziele des Kioto-Protokolls endet? Diese Fragen sind Teil einer Konsultation, die die Kommission noch bis Ende Oktober über das Internet durchführt.

### Materialsammlung für den Frühjahrsrat 2005

Die Stakeholder-Konsultation soll Material für den Bericht der Kommission zur Klimaänderung für den Rat im Frühjahr 2005 liefern, auf dem die künftige Klimapolitik auf globaler und EU-Ebene erörtert werden soll. Die Kommission wird in ihrem Bericht Nutzen und Kosten mittel- und längerfristiger Strategien analysieren.

Alle Beteiligten sind aufgefordert, "konstruktive Beiträge" einzureichen. Das Forum steht bis zum 31. Oktober offen. Die Kommission plant ferner eine Stakeholder-Konferenz für Mitte November. (jg) ■

#### • Weitere Informationen

Europäische Kommission, Rue de la Loi  
200, B-1049 Brüssel  
Tel. 0032 2 / 299-111

Informationen zur Klimaänderung:  
[http://europa.eu.int/comm/environment/climat/home\\_en.htm](http://europa.eu.int/comm/environment/climat/home_en.htm)

Informationen zur Stakeholder-Konsultation:  
[http://europa.eu.int/comm/environment/climat/future\\_action.htm](http://europa.eu.int/comm/environment/climat/future_action.htm)

## Atompolitik: Sicherheitsfragen weiterhin weltweit ungeklärt

### Energie-Kommissarin de Palacio will Nuklearpaket durchsetzen

Die scheidende EU-Energiekommissarin Loyola de Palacio hat Anfang September die überarbeitete Fassung von zwei Richtlinienvorschlägen über die Sicherheit von Atomkraftwerken und die Entsorgung von Atommüll ("Nuklearpaket") vorgelegt. Die Kommissarin will damit die Inspektionskriterien für Atomanlagen europaweit vereinheitlichen und geht davon aus, dass die beiden Vorschläge vom Ministerrat unverzüglich erörtert werden, um eine rasche Verabschiedung der neuen Rechtsvorschriften zu ermöglichen.

Die Kommissarin ist der Ansicht, dass die EU in den nächsten 50 Jahren nicht auf die zivile Nutzung der Atomkraft verzichten kann. Gerade deshalb müsse durch einheitliche Sicherheitsstandards ein größtmögliches Maß an Sicherheit und Transparenz gewährleistet sein. Für die Atombefürworterin de Palacio ist genauso wichtig, dass "die öffentliche Diskussion nüchterner geführt und die Bedenken der europäischen Bürger gegenüber dieser Energiequelle ausgeräumt werden."

Bisher - und zuletzt vor zwei Monaten - war das Paket vom EU-Ministerrat abgelehnt worden. Der erste Vorstoß der Kommission vom November 2002 war damals u. a. am Widerstand Deutschlands an der Frage der Endlagerung gescheitert. Bei der Endlagerung hatte die Energiekommissarin vorgeschlagen, dass die EU-Staaten spätestens bis 2008 Genehmigungen für die Wahl der Lagerstätte erteilen sollten; das sahen viele Mitglieder als Eingriff in ihre staatlichen Kompetenzen.

### Kritik von Umweltverbänden und Grünen

Umweltschützer kritisieren das Nuklearpaket, da es zum Beispiel ermöglichen soll, Atommüll zur Lagerung nach Russland zu verschieben. Auch die Fraktion der Grünen im Europäischen Parlament lehnt das Paket ab. Es sei sinnvoller, in den EU-Staaten, die Atomprogramme haben, eine systematische, sicherheitsorientierte, vergleichende Suche nach einem geeigneten Endlager in nationaler Verantwortung zu forcieren.

### Forderung nach Aufklärung über Verwendung von Rückstellungen

Das EU-Parlament sieht außerdem das Problem der Rückstellungen nicht berücksichtigt. De Palacio, deren Amtszeit Ende Oktober ausläuft, hatte dem Parlament versprochen, das Problem der enormen Wettbewerbsverzerrungen zwischen den Stromerzeugern aufgrund der unterschiedlichen Verwendung dieser Rückstellungen zu lösen. Auch die Umweltorganisation Friends of the Earth forderte die Kommission auf, verstärkt der Frage nachzugehen, wo eigentlich die Milliarden-Rückstellungen der Atomindustrie geblieben sind, wie sie verwendet werden und inwiefern staatliche und europäische Gelder hierbei eine Rolle spielen. Das alte Nuklearpaket hatte hierfür immerhin strikte Vorschriften für die Verwaltung der Stilllegungsfonds vorgesehen, die nicht zweckentfremdet eingesetzt werden und nur dem tatsächlichen Abbau von Atomanlagen dienen sollten. De Palacio hatte eine entsprechende gesetzliche Regelung gefordert, um die Finanzmittel der Konzerne aus den Stilllegungsfonds von den anderen Finanzressourcen des Unternehmens zu trennen, was aber im neuen Entwurf nicht mehr enthalten ist.

### WAA Sellafield: Streit um EU-Inspektionen vor dem EuGH

Die EU-Kommission ist auch in anderen Bereichen der nuklearen Sicherheit aktiv: Sie will die britische Regierung nun gerichtlich zwingen, Sicherheitsinspektionen in der umstrittenen Wiederaufbereitungsanlage in Sellafield zuzulassen. Seit fünf Jahren verweigert Großbritannien den EU-Kontrolleuren den Zugang zur Anlage, die nach Auffassung der Kommission nicht den EU-Sicherheitsregeln entspricht. Im März 2004 hatte die Kommission Großbritannien außerdem aufgefordert, bis Juni einen Aktionsplan für die Behandlung des anfallenden radioaktiven Abfalls vorzulegen. Die britische Regierung legte aber lediglich einen Entwurf vor, der nicht den Vorgaben der EU-Kommission entsprach.

### Katastrophale Sicherheitsmängel, Fälschung von Zertifikaten vermutet

Bei den von der EU verlangten Inspektionen, die sich auf ein bestimmtes Lagerbecken beziehen, geht es vor allem um den Verbleib radioaktiven Materials. In der Vergangenheit waren in Sellafield katastrophale Sicherheitsmängel festgestellt worden. Zudem sollen Sicherheitszertifikate systematisch gefälscht worden sein.

Die Wiederaufbereitungsanlage in Sellafield gehört der regierungseigenen British Nuclear Fuels Ltd. (BNFL). Weltweit gibt es nur noch in La Hague (Frankreich) und Majak (Russland) solche Anlagen. Bei der zunächst zu militärischen Zwecken entwickelten Technik werden aus verbrauchten Brennstäben rund zwei Prozent für Atombomben und Mischoxid-Brennstäbe sowie Uran für Brennstäbe extrahiert - 98 Prozent hoch radioaktiver Abfall bleiben.

Derzeit werden in Europa von 18 Konzernen 140 Atomkraftwerke an 64 Standorten in 13 Staaten betrieben. Fast ein Drittel der in der erweiterten EU produzierten Elektrizität wird durch Atomenergie erzeugt.

### Atomunfall in Japan

Anlässlich des Unfalls im japanischen Atomkraftwerk Mihama am 9. August forderte die atomkritische Ärzteorganisation IPPNW, die deutschen Atomkraftwerke sofort vom Netz zu nehmen. In dem japanischen Druckwasserreaktor vom Biblis-Typ war eine Leitung des Sekundärsystems geplatzt, woraufhin Dampf in die Turbinenhalle ausströmte und mindestens fünf Arbeiter starben. Der Unfall in Japan zeigt laut IPPNW erneut, dass es - entgegen der Theorien und Berechnungen von Gutachtern und Atomindustrie - zum Platzen von Rohrleitungen kommen kann. Platze beispielsweise eine Hauptkühlmittelleitung, dann könnten auch die Sicherheitssysteme einen Super-GAU nicht mehr verhindern. (tl, jg) ■

### • Weitere Informationen

Europäische Grüne Partei, Rue Wiertz 31, B-1050 Brüssel  
Tel. 0032 2 / 284 -66 77, Fax -4915  
eMail: [efgp@europarl.eu.int](mailto:efgp@europarl.eu.int)  
[www.europeangreens.org](http://www.europeangreens.org)

Friends of the Earth, Mark Johnston, Rue Blanche 15, B-1050 Brüssel  
Tel. 0044 79 / 7331 9249  
eMail: [mark.johnston@foeeurope.org](mailto:mark.johnston@foeeurope.org)  
[www.foeeurope.org](http://www.foeeurope.org)

Quellen: EurActiv 06.09.2004  
Environment Daily 08.09.2004  
taz 03.09.2004  
<http://europa.eu.int/rapid> (Reference: IP/04/1080)  
[www.ippnw.de/presse/presse.htm](http://www.ippnw.de/presse/presse.htm) (9.8.2004)

## Neue nationale Allokationspläne vorgelegt

### Nachzügler Spanien wenig ehrgeizig

Spanien hat Anfang August seinen nationalen Allokationsplan (NAP)<sup>1</sup> an die EU-Kommission gesandt. Mit der gleichzeitigen Umsetzung der EU-Richtlinie zum Emissionshandel in nationales Recht hat Spanien nun zwei laufende Mahnverfahren wegen nicht fristgemäßer Umsetzung von EU-Recht abgewendet<sup>2</sup>.

Der spanische NAP sieht vor, Emissionsberechtigungen für eine Gesamtmenge von 155 Mio. t CO<sub>2</sub> an die Industrie zu verteilen. Inklusive einer Reservemenge von 3,5 % für Neueinsteiger wird die Gesamtallokation bei 160 Mio. t CO<sub>2</sub> liegen. Der Plan sieht eine CO<sub>2</sub>-Reduktion von 0,2 % in dem Zeitraum von 2005 bis 2007 vor (bemessen an dem Verbrauch im Jahr 2002), was nur noch der Hälfte des in dem ursprünglichen NAP-Entwurf (6/04) geforderten Reduktionsziels entspricht. Diese Diskrepanz soll nun durch verstärkte Einsparanstrengungen aus den Bereichen Haushalte und Verkehr ausgeglichen werden.

Eine stufenweise Reduzierung zur Erreichung der im Kioto-Protokoll vorgegebenen Werte soll ab 2008 stattfinden. Für Spanien bedeutet das, dass zwischen 2008 und 2012 die im Jahr 1990 festgestellten CO<sub>2</sub>-Emissionen nicht um mehr als 15 % überschritten werden dürfen - damit sollte dem wirtschaftlichen Nachholbedarf Spaniens im europäischen Kontext Rechnung getragen werden. Derzeit überschreiten die CO<sub>2</sub>-Emissionen den Wert aus dem Jahr 1990 jedoch um ca. 40 %. Mit dem jetzigen NAP wird mit einem Schadstoffmehrausstoß für 2012 von 24 % gerechnet. Dieser soll voraussichtlich durch Wiederaufforstungsmaßnahmen und das Zukaufen von Emissionszertifikaten ausgeglichen werden.

<sup>1</sup> Der Nationale Allokationsplan (NAP) legt die Gesamtmenge an Treibhausgasen fest, die die Energiewirtschaft und Industrie eines Landes in Zukunft ausstoßen dürfen, sowie die Verteilung von Emissionszertifikaten auf die einzelnen Unternehmen. Der NAP bildet die Grundlage für das Zuteilungsgesetz, das die Zuteilung rechtsverbindlich regelt.

<sup>2</sup> Bis 31.12.2003 hätte die EU-Richtlinie 2003/87/EG umgesetzt und bis Juni 2004 der NAP verabschiedet sein sollen (EUR 08/09.04, S. 43)

### Auch Italien und Polen legen NAPs vor

Italien, auch von der EU-Kommission gemahnt, verabschiedete Ende Juli seinen NAP. Dieser sieht eine geringere Zertifikat-Verteilung vor als zuerst geplant - was jedoch nicht an ehrgeizigen Einsparzielen liegt, sondern daran, dass die Anzahl der in den Allokationsplan aufgenommenen Industrien reduziert wurde.

Der polnische NAP wurde Ende Juli der EU-Kommission gemeldet. Die geplante Emissionszertifikatverteilung würde eine Gesamtallokation von 285 Mio. t CO<sub>2</sub> für die Jahre 2005 bis 2007 gestatten, um Wachstum in den Energie- und Industriebranchen zu ermöglichen.

### Kioto-Ziele werden wohl kaum erreicht

Nach Einschätzung des britischen Umweltministeriums werden voraussichtlich nur die NAPs von Großbritannien, Deutschland, Litauen und Lettland die Voraussetzungen für die Erreichung der Ziele des Kioto-Protokolls erreichen. Vor allem die Pläne von Spanien, Frankreich und eventuell Italien würden den Erfordernissen und Zielen der EU-Emissionshandelsrichtlinie nicht gerecht und führten außerdem zu Wettbewerbsverzerrungen. Erwartet wird eine entsprechende Beurteilung durch die EU-Kommission.

### Überforderte Unternehmen?

Laut einer Studie des Wirtschaftsprüfungunternehmens Ernst and Young sind die größten europäischen Unternehmen nur sehr schlecht auf den Emissionshandel vorbereitet. Außerdem glauben weniger als die Hälfte der befragten Firmen, dass der Handel wie geplant Anfang 2005 beginnen kann. Nur 39 % rechnen damit, dass er die erhofften Reduktionsminderungen bewirken und bereits in der ersten Phase einen liquiden Markt für Emissionszertifikate schaffen kann. Die Autoren der Studie fordern die EU-Kommission auf, die Interessen der Unternehmen stärker zu berücksichtigen und einen übersichtlichen organisatorischen Rahmen zu schaffen. (tf, tl) ■

### • Weitere Informationen

EU-Kommission, Stand Emissionshandel:  
[http://europa.eu.int/comm/environment/climat/emission\\_plans.htm](http://europa.eu.int/comm/environment/climat/emission_plans.htm)

Quelle: Environment Daily 4./18./23.8.

## Temperaturen steigen in Europa überdurchschnittlich

### Neuer Bericht der Europäischen Umweltagentur zum Klimawandel

Die Europäische Umweltagentur (EUA) hat in einem neuen Bericht über die Auswirkungen des Klimawandels festgestellt, dass die Temperaturen in Europa schneller als im weltweiten Durchschnitt steigen. Anhand von 22 Schlüsselindikatoren und Daten des Zwischenstaatlichen Ausschusses für Klimafragen (Intergovernmental Panel on Climate Change, IPCC) ermittelte die EUA die aktuelle Situation sowie Prognosen für dieses Jahrhundert.

### Erwärmungstrend beschleunigt sich

Deutlich wurde, dass Ausmaß und Geschwindigkeit der derzeit ablaufenden Klimaänderungen alle natürlichen Klimaschwankungen der letzten 1000 Jahre und vielleicht darüber hinaus übertreffen. Die 1990er-Jahre waren das wärmste Jahrzehnt seit Beginn der Aufzeichnungen. Das Tempo der globalen Erwärmung hat jetzt fast 0,2 Grad pro Dekade erreicht. Dabei verläuft die Erwärmung in Europa schneller als im weltweiten Durchschnitt. Der Temperaturanstieg betrug hier in den letzten 100 Jahren im Schnitt 0,95 Grad. Für dieses Jahrhundert wird wegen des zunehmenden Ausstoßes von Treibhausgasen sogar mit einem Anstieg von 2,0 bis 6,3 Grad gerechnet.

Die Auswirkungen der Klimaerwärmung, wie folgenschwerere Stürme, Hochwasser, feuchteres Wetter in Nordeuropa und trockeneres im Süden oder das Abschmelzen der Gletscher (in den Schweizer Alpen werden 75 % bis 2050 verschwinden) werden sich den Prognosen zu Folge verstärken. (tf)

### • Weitere Informationen

Europäische Umweltagentur, Kongens Nytorv 6, DK-1050 Kopenhagen K  
 Tel. 0045 / 333671-00, Fax -99  
 eMail: [tony.carritt@eea.eu.int](mailto:tony.carritt@eea.eu.int)  
[www.local.de.eea.eu.int](http://www.local.de.eea.eu.int)  
 Bericht: [http://reports.eea.eu.int/climate\\_report\\_2\\_2004/en](http://reports.eea.eu.int/climate_report_2_2004/en)

Umweltbundesamt, Thomas Voigt,  
 Postfach 33 00 22, 14191 Berlin  
 Tel. 030 / 8903-0, Fax -2285  
[www.umweltbundesamt.de](http://www.umweltbundesamt.de)

Quelle: Environment Daily, 18.8.2004

### EU-Mittel für Umweltprojekte fließen weiter

#### LIFE-Programm bis 2006 verlängert

Das Umwelt-Finanzierungsprogramm LIFE<sup>1</sup> wird um zwei Jahre bis Ende 2006 verlängert. Dies haben die EU-Umweltminister Ende Juli beschlossen. Ursprünglich sollte das Programm Ende 2004 auslaufen. Der Entscheidung war eine Vorentscheidung im Europäischen Parlament vorausgegangen. Sie basiert auf einen Vorschlag der Kommission, durch den sie LIFE auf eine Linie mit dem allgemeinen Zeitplan der EU-Finanzierung bringen wollte. Portugal stimmte gegen die Verlängerung, Griechenland, Polen und Spanien enthielten sich. In einer beigefügten Stellungnahme, die auch Zypern und Tschechien unterzeichneten, forderten diese Staaten, dass LIFE mehr Geld sowie einen repräsentativeren Management-Ausschuss erhält.

Im Jahr 2004 wurden insgesamt 160 Mio. Euro für LIFE genehmigt. 77 Natura-2000-Projekte<sup>2</sup> und 109 "innovative Umweltprojekte" in 18 Mitgliedstaaten wurden mit zusammen 152 Mio. Euro gefördert.

#### Kommission lehnt neues Natura-2000-Finanzierungsinstrument ab

Zukünftige EU-Fonds zur Co-Finanzierung des Natura-2000-Netzwerks werden in bestehende Instrumente eingebunden. Dies gab die Europäische Kommission Mitte Juli in einem Papier über die Natura-2000-Finanzierung bekannt und lehnte damit die Schaffung eines neuen Finanzierungsinstrumentes ab. Zur Begründung hieß es, dass durch die Integration die Verwaltung der Natura-2000-Gebiete zu einem Teil einer größeren EU-Landverwaltungsstrategie gemacht werden sowie Überschneidungen bei Finanzierungsinstrumenten vermieden werden könnten. (ag, jg) ■

#### • Weitere Informationen

Environment Daily, 26./28.07.2004  
EU-Kommission: <http://europa.eu.int>,  
Reference IP/04/1088 und /1087

1 L'Instrument Financier pour L'Environment: Das einzige Finanzierungsprogramm in der EU, das ausschließlich für die Umwelt gilt.

2 Natura 2000: Europaweites Netz von Schutzgebieten zur "Erhaltung der natürlichen Lebensräume sowie der wild lebenden Tiere und Pflanzen"

### Naturzerstörung im Donaudelta

#### Ukraine baut Kanal trotz starker internationaler Proteste weiter aus

Trotz massiver Proteste von Umweltorganisationen und Kritik der rumänischen und der deutschen Regierung an dem Projekt baut die Ukraine den Bystroje-Kanal im Donaudelta weiter aus. Auch die EU-Kommission hat die Berichte über den Ausbaus "mit großem Bedauern zur Kenntnis genommen". Bei den Bauarbeiten, mit denen im Mai begonnen wurde, soll ein Seitenarm des Deltas so ausgebaut werden, dass Schiffe vom Schwarzen Meer über ukrainisches Territorium in die Donau fahren können.

Die von den Bauarbeiten betroffenen Flächen sind Kernzone eines Biosphärenreservats und gehören seit 1990 zum Weltkulturerbe der UN-Kulturorganisation Unesco sowie zu den nach der internationalen Ramsar-Konvention<sup>3</sup> geschützten Feuchtgebieten. An dem Bau maßgeblich beteiligt ist die Hamburger Firma Möbius Bau.

#### Bedeutende Drehscheibe für Vogelzug

Die Bauarbeiten gefährden Europas zweitgrößtes Feuchtgebiet und die wichtigste Drehscheibe des Vogelzuges im westlichen Schwarzmeerraum. Sechs verschiedene Zugwege kreuzen sich auf dem Gebiet, Vögel aus Sibirien, dem Baltikum und Skandinavien rasten auf der Reise zwischen ihren Brut- und Überwinterungsgebieten. Im Donaudelta brüten auch zahlreiche äußerst seltene Vogelarten wie Rosa- und Krauskopfpelikan, Sichler, verschiedene Reiherarten, Moorente und Seeadler. Allein von der bedrohten Brandseeschwalbe sind nach Informationen der Stiftung Europäisches Naturerbe (Euronatur) bereits 1.380 Paare aus ihren angestammten Brutkolonien vertrieben worden, was einem Todesurteil für die zurückgebliebenen Küken gleichkomme.

#### Umweltverträglichkeitsprüfung negativ

Nach Informationen des NABU ist die Umweltverträglichkeitsprüfung für dieses Projekt negativ ausgefallen. Auch die zustän-

3 Übereinkommen über Feuchtgebiete, insbesondere als Lebensraum für Wasser- und Watvögel, von internationaler Bedeutung, siehe [www.ramsar.org/key\\_conv\\_g.htm](http://www.ramsar.org/key_conv_g.htm)

dige Naturschutzbehörde streitet ab, jemals eine Baugenehmigung erteilt zu haben. Der NABU forderte die deutsche Firma Möbius Bau auf, die Arbeiten sofort zu stoppen. Das Auswärtige Amt solle zudem politischen Druck auf die Ukraine ausüben. Bundeskanzler Schröder bezeichnete es während seines Besuchs in der rumänischen Hauptstadt Bukarest Mitte August als "unverantwortlich", dass mit dem Bau des Kanals begonnen worden sei, ohne die Auswirkungen auf die Umwelt angemessen zu prüfen, und unterstützte damit die Kritik der rumänischen Regierung an dem Bauvorhaben nahe der rumänischen Grenze.

#### WWF: Auch Existenz der lokalen Bevölkerung bedroht

Auch der WWF fürchtet, dass dem Ökosystem des 417.800 ha großen Donaudeltas durch den Kanalbau erheblicher Schaden zugefügt wird. Das Projekt stelle jedoch nicht nur einen "Anschlag auf die Natur" dar, der Kanal gefährde auch die Existenz der lokalen Bevölkerung, die von Fischerei und Naturtourismus lebt. Aus diesem Grund fordert der WWF einen sofortigen Stopp der Bauarbeiten im ukrainischen Donaudelta und die Wiederaufnahme der Planungsgespräche für eine ökologisch verträglichere Variante des Ausbaus. (ag) ■

#### • Weitere Informationen

NABU-Bundesgeschäftsstelle, Herbert-Rabius-Str. 26, 53225 Bonn  
Tel. 0228 / 4036-0, Fax -200  
eMail: [nabu@nabu.de](mailto:nabu@nabu.de)  
[www.nabu.de](http://www.nabu.de)

WWF Deutschland, Rebstocker Str. 55, 60326 Frankfurt a. M.  
Tel. 069-791440, Fax -617221  
[www.wwf.de](http://www.wwf.de)

Stiftung Europäisches Naturerbe (Euronatur), Konstanzer Str. 22, 78315 Radolfzell  
Tel. 07732 / 9272-0, Fax -22  
eMail: [info@euronatur.org](mailto:info@euronatur.org)  
[www.euronatur.org](http://www.euronatur.org)

Weitere Quellen: taz 16.08.2004, Europäische Kommission, <http://europa.eu.int> (Reference: IP/04/1043)

## Iberische Waldbrände hausgemacht

### Verfehlte Forstpolitik in Spanien und Portugal

Die meisten Waldbrände im Mittelmeerraum - wie diesen Sommer in Südspanien und Portugal - sind Folge einer verfehlten Forst- und Agrarpolitik. Darauf wies im August die Umweltstiftung Euronatur hin, die zahlreiche Projekte im Mittelmeerraum betreut. Vor allem großflächige Monokulturen wie Kiefern- oder Eukalyptus-Pflanzungen begünstigen Waldbrände.

### Natürlicher Waldbestand geht zurück

Mit den Feuern gehen nach Angaben von Euronatur unersetzliche Rast-, Nahrungs- und Überwinterungsgebiete für Mio. von Zugvögeln verloren. So gelten Spanien und Portugal als Hauptüberwinterungsgebiet von Kranich, Rotmilan und zahlreichen Entenarten. Gerade in Spanien ist die Fläche natürlicher Wälder in den vergangenen Jahrzehnten stark zurückgegangen. Nur zwölf Prozent, also 60.000 Quadratkilometer der etwa 500.000 Quadratkilometer großen Landesfläche sind noch mit natürlichen oder naturnahen Wäldern bedeckt. Ebenfalls 60.000 Quadratkilometer wurden mit landschaftsfremden Eukalyptus- und Kiefernplantagen aufgeforstet. Wenn die ursprüngliche Vegetation aber zerstört ist und sich die fremden Baumarten durchgesetzt haben, sinkt in vielen Gebieten der Grundwasserspiegel und erhöht sich die Waldbrandgefahr.

### Europäische Feuerpolizei, ökologischer Waldbau

Die Stiftung erachtet es als unerlässlich, dass eine europäische Feuerpolizei geschaffen und die EU-Forstpolitik verändert wird. Euronatur fordert die Entwicklung einer Langzeitstrategie zum Schutz und Wiederaufbau naturnaher Wälder im Mittelmeerraum, die Hinwendung zum ökologischen Waldbau und verstärkte Bemühungen um Erhaltung und Aufbau naturnaher Wälder mit den jeweils einheimischen Gehölzarten. (jg) ■

#### • Weitere Informationen

Stiftung Europäisches Naturerbe, Euronatur, Bahnhofstr. 35, 71638 Ludwigsburg  
Tel. 07141- 920321, Fax -901183  
eMail: ludwigsburg@euronatur.org  
www.euronatur.org

## Seltenste Katze der Welt vom Aussterben bedroht

### Pardelluchse sterben Unfalltod

Das Aussterben von Wildtieren gilt allgemein als ein Phänomen ferner Länder. Der Pardel- oder Iberische Luchs (*Lynx pardinus*) lebt jedoch auf der Iberischen Halbinsel und ist "inzwischen seltener als der Sibirische Tiger und wohl die bedrohlichste Wildkatze der Welt", so der WWF.

In der Roten Liste der Internationalen Naturschutzorganisation IUCN rangiert der Pardelluchs in der Kategorie "unmittelbar vom Aussterben bedroht". Noch Anfang der 90er Jahre streiften etwa 1.200 Luchse durch Spanien und Portugal - heute sind es höchstens noch 250. Lebensraumzerstörung, direkte Nachstellungen sowie dramatischer Rückgang ihrer natürlichen Beute galten bisher als die wesentlichen Gründe ihrer Bedrohung.

Nun droht eine neue Gefahr: Immer mehr Luchse finden den Tod auf der Straße - erst Anfang des Monats wurde wieder ein totgefahrenes Tier auf einer Straße gefunden, die mitten durch das andalusische Coto-Doñana-Schutzgebiet führt. Nach Erhebungen des WWF starben in den vergangenen vier Jahren 15 Tiere und damit mehr als die Hälfte der tot aufgefundenen Luchse auf spanischen Straßen. Gerade in den südlichen und westlichen Provinzen, die als "Armenhäuser" Spaniens gelten, wurde in den letzten Jahren der Straßenbau forciert - mit Hilfe von EU-Geldern aus Brüssel. Auf Umweltverträglichkeitsprüfungen wurde zumeist verzichtet.

Hier zeigt sich wieder einmal das Dilemma der EU: Wenn es um wie auch immer geardete "wirtschaftliche Entwicklung" geht, haben Umwelt- und Naturschutz zurückzustecken. Dies kann bedeuten, dass der Pardelluchs als erste Wildkatze des 21. Jahrhunderts endgültig von dieser Erde verschwunden sein wird - nicht in irgend-einem fernen Land, sondern in der EU. ■

Gastautor: Axel Goldau, Kritische Ökologie

#### • Weitere Informationen

Kritische Ökologie, Axel Goldau, Malteserstr. 99k, 12249 Berlin  
Tel. 030 / 767034-98, Fax -99  
eMail:  
redaktion@kritische-oekologie.de

## Zehn Jahre FSC-Siegel

### Zertifikat für nachhaltige Holzwirtschaft begeht Jubiläum

Der Weltforstrat "Forest Stewardship Council" (FSC), ein Zusammenschluss aus Umweltschutzgruppen, Forstindustrie und Handelsunternehmen, feierte im September den zehnten Geburtstag. Durch die Vergabe von Zertifikaten ("FSC-Siegel") garantiert er, dass die Holzproduzenten Rücksicht auf die Umwelt und die sozialen Belange der Bevölkerung nehmen. So muss sich der Waldbesitzer unter anderem an alle Gesetze halten, er muss die Arbeiter schützen, die Rechte der indigenen Waldbewohner achten, Kahlschläge eng begrenzen und einen Teil des Waldes unangetastet lassen.

### Gemischte Bilanz

Die Bilanz ist jedoch gemischt: Einerseits ist das FSC-Siegel ein erfolgreiches Beispiel dafür, wie Unternehmen Gewinn machen, die Umwelt schützen und die sozialen Bedürfnisse der Menschen befriedigen können - ganz im Sinne der "Nachhaltigkeit". Andererseits bedient das FSC-Siegel global gesehen bisher nur einen Nischenmarkt. Erfolgreich ist es besonders in den Industriestaaten, aber kaum in Entwicklungsländern, wo noch immer vor allem der illegale Einschlag das dringlichere Problem ist.

Bislang sind 42 Mio. Hektar Wald in mehr als 60 Ländern FSC-zertifiziert - ein Prozent der globalen Waldfläche und zwischen fünf und zehn Prozent des weltweit bewirtschafteten Waldes. Die meisten dieser Wälder liegen in den Industriestaaten: in Schweden, Australien, Neuseeland und Kanada. In Südostasien, Zentralafrika und Südamerika, wo die Tropenwälder mit unvernünftiger Geschwindigkeit kahl geschlagen werden, spielt das Siegel dagegen nur eine geringe Rolle. (bv) ■

#### • Weitere Informationen

Quelle: taz 14.9.2004, S. 7, Bernhard Pötter

### Aktiverer Staat für mehr Tierschutz

#### Minister zum Nachdenken aufgefordert

Als sich die Landwirtschaftsminister der EU auf einem inoffiziellem Treffen in den Niederlanden zusammenfanden, fanden sie auf ihren Servietten eine eindringliche Nachricht vor. Stichting Natuur en Milieu (SNM), die Mitgliedsorganisation des Europäischen Umweltbüros, und Dierenbescherming, Mitglied der Eurogruppe für Tierschutz hatten sich die Worte des niederländischen Schriftstellers Koos van Zomeren zu Nutze gemacht und auf die Servietten der Minister gedruckt. Damit wurde den Politiker/innen die Gelegenheit gegeben, während des Essens über diese Nachricht nachzudenken: nämlich, dass Tierschutz und nachhaltige Landwirtschaft eine aktive Einbeziehung der Regierungen/des Staates brauchen.

"Tiere, Natur und Umwelt brauchen eine aktive Politik, weil der Markt kein Gewissen hat", schrieb Van Zomeren.

"Der niederländische Vorsitz will alles dem Markt überlassen, was unakzeptabel ist", sagte SNM-Sprecher Arjan Berkhuysen. "Außerdem will der niederländische Landwirtschaftsminister Veerman, der bei diesem Treffen den Vorsitz führt, keine Verantwortung übernehmen und keine geeigneten Vorschriften durchsetzen. Aus Veermans Sicht sollten die sich auftürmenden Probleme mit der Bio-Industrie von den involvierten Parteien wie Verbraucher, Landwirte, Supermärkte, Fleischindustrien usw. selbst gelöst werden."

Natur- und Tierschutzorganisationen wollen, dass die Preisspannen zwischen nachhaltigen und konventionellen Produkten niedriger angelegt werden, um sicherzustellen, dass sich alle Verbraucher nachhaltige Lebensmittel leisten können. (db) ■

#### • Weitere Informationen

Stichting Natuur en Milieu, Arjan Berkhuysen, Donkerstraat 17, NL-3511 KB Utrecht  
Tel. 0031 30 / 23-48218, Fax-31311  
eMail: a.berkhusen@snm.nl  
www.snm.nl

### Vogeljagd hat begonnen, Füchse haben ab 2006 Ruhe

#### Jäger auf Malta und in Italien schießen Singvögel ab

Ab 1. September sind Zugvögel auf Malta nicht mehr sicher: zu diesem Zeitpunkt hat die Jagdsaison begonnen. Nach Angaben des Bonner Komitees gegen den Vogelmord dürfen ganz offiziell mehr als 6000 bis zu 50 Quadratmeter große Fangnetze für den Fang von Singvögeln, Turteltauben und Goldregenpfeifern aufgestellt werden. Etwa 12.000 registrierte Jäger werden mit der Flinte auf die Vogelpirsch gehen. In Italien sieht es nicht besser aus, nur dass es dort noch viel mehr Jäger, nämlich 715.000 sind. Allein im Veneto dürfen vom 19. September bis Ende Dezember ganz offiziell bis zu 6 Mio. Stare, 2,4 Mio. Buchfinken, 1,2 Mio. Bergfinken sowie mehr als 12 Mio. Sperlinge geschossen werden. Ein entsprechendes Regionalgesetz wurde im August von Silvio Berlusconi's Partei "Alleanza Nazionale" im Regionalparlament von Venedig vorgelegt und verabschiedet. Deshalb werden ab 1. Oktober in der Region um den Gardasee wieder Vogelschutzcamps eingerichtet, um den vor allem im Norden Italiens weit verbreiteten illegalen Vogelfang mit Bogenfallen und Netzen zu bekämpfen.

#### Großbritannien verbietet Fuchsjagd - aber erst nach den nächsten Wahlen

Begleitet von heftigen Protesten mehrerer Tausend Gegendemonstranten, hat das britische Unterhaus mit 356 zu 166 Stimmen Mitte September ein Verbot der traditionellen Fuchsjagd beschlossen. Mehrfach waren Abstimmungsversuche in den letzten Jahren gescheitert. Von der traditionellen Hetzjagd mit Hunden hingen Tausende Arbeitsplätze ab, argumentieren die Jäger. Tierschützer verurteilen die Tradition als Tierquälerei, weil die Füchse dabei von den Hunden erst bis zur Erschöpfung gehetzt und dann zerfleischt werden. (jg) ■

#### • Weitere Informationen

Komitee gegen den Vogelmord, Axel Hirschfeld  
Tel. 0228 / 665-521, Fax -280  
eMail: axel.hirschfeld@komitee.de  
www.komitee.de

Quellen: zdf-online, NZZ 17.09.04

## Kerosinsteuern vor dem internationalen Aus?

### USA wollen Besteuerung von Flugbenzin unmöglich machen

Vom 28.9.-8.10. findet in Montreal die 35. Generalversammlung der Internationalen Zivilluftfahrt-Organisation (International Civil Aviation Organisation, ICAO<sup>1</sup>) über den weltweiten Flugverkehr statt. Hier wollen die USA und andere Staaten eine Resolution einbringen, wonach Staaten weltweit keine emissionsbezogenen Abgaben einführen dürfen. Eine Besteuerung von Kerosin wäre dann weltweit unmöglich; mittelbar ist auch der Emissionshandel der EU betroffen. Die EU-Kommission wird bei dieser Konferenz die Position der EU vertreten, wobei nicht gesichert ist, dass die EU sich gegen den Vorstoß wehren wird. Das Europäische Parlament hat am 20. September einer Resolution zugestimmt (307 Ja- gegen 20 Nein-Stimmen bei 206 Enthaltungen), mit der die EU zu einer klaren Positionierung zur Kerosinsteuern aufgefordert wird. Auch zahlreiche Verbände protestierten scharf gegen die Resolution.

### Scharfe Kritik an "Verhinderungspolitik"

Die im Arbeitskreis Flugverkehr zusammengeschlossenen bundesdeutschen Umweltverbände verurteilten Mitte September den Vorstoß der von der Bush-Regierung geschmiedeten Allianz von 22 Staaten scharf, Klimaschutzmaßnahmen im Flugverkehr zu unterbinden. Dass die USA gemeinsam mit Ländern wie China, Indien und Japan den Europäern Umweltabgaben im Flugverkehr verbieten wollen, sei pure Verhinderungspolitik, kritisierte Flugverkehrsexperte Dietrich Brockhagen von Germanwatch.

### Protestbrief an deutsche Bundesregierung

In einem Brief an Bundeskanzler Schröder, Verkehrsminister Stolpe und Finanzminister Eichel fordern die Verbände die deutsche Regierung auf, sich an den Koalitionsvertrag und Bundestagsbeschlüsse

zu halten und für wirksame Klimaschutzinstrumente auf internationaler Ebene zu kämpfen. Der Flugverkehr ist der einzige Verkehrsträger, der von Energiesteuern weitgehend befreit ist. "Das Ergebnis ist ein Dumpingpreis von 30 Cent pro Liter Kerosin und damit ein enormer Wettbewerbsvorteil für den Flugverkehr", so Germanwatch. Dabei sei es ökologisch und ökonomisch sinnvoll, Abgaben auf Emissionen oder Kerosin zu erheben, zielt der BUND das Ergebnis von Studien. Der Flugverkehr sei dabei, durch seine geballte Klimaschädlichkeit alle potenziellen Erfolge des Klimaschutzprotokolls von Kioto zunichte zu machen, warnte der VCD.

Die Umweltverbände fordern von Finanzminister Eichel, seine Ankündigung umzusetzen und gemeinsam mit EU-Partnerländern sofort eine Kerosinsteuern einzuführen. Vertreter des deutschen Verkehrsministeriums haben bereits angekündigt, dabei keine pro-aktive Rolle zur Verteidigung der EU-weiten Abgabenpolitik einnehmen zu wollen. Genau diese Rolle sei aber im rot-grünen Koalitionsvertrag von 2002 und in einem Bundestagsbeschluss von 2001 vorgesehen, erklärte der Arbeitskreis.

Angesichts der Dringlichkeit des Problems fordern die Verbände ein Sechs-Punkte-Notprogramm zum Klimaschutz. (jg) ■

### • Weitere Informationen

Germanwatch, Dr. Dietrich Brockhagen, Berlin  
Tel. 030 / 288835682  
mobil: 0174 / 7293321  
eMail: brockhagen@germanwatch.org  
6-Punkte-Notprogramm und weitere Informationen:  
[www.germanwatch-ev.de/download/rio/flug10j.pdf](http://www.germanwatch-ev.de/download/rio/flug10j.pdf)

VCD, Helmar Pless, Bonn  
Tel. 0228 / 98585-20,  
eMail: helmar.pless@vcd.org

BUND, Thorben Prenzel, Berlin  
Tel. 030 / 27586-467,  
eMail: thorben.prenzel@bund.net

Michael Cramer MdEP, Europäisches Parlament, ASP 08 H 247, Rue Wiertz 69, B-1047 Brüssel  
Tel. 0032 2 / 28-45779, Fax -49779  
eMail: mcramer@europarl.eu.int

## Prioritäten der EU-Verkehrspolitik

### Fünfjahrplan im Verkehrs-Ausschuss vorgestellt

Der Generaldirektor für Verkehr der EU-Kommission François Lamoureux hat die Mitglieder des Verkehrsausschusses (TRAN) über die künftigen Prioritäten der Kommission informiert. Verkehrssicherheit sei eines der Hauptanliegen von EU-Bürgern, erklärte er bei der ersten Sitzung des TRAN-Ausschusses Ende Juli.

### Sicherheit, TEN-T, Nachhaltige Praxis, Passagierrechte, Außenpolitik

Fünf "Bereiche hoher Priorität" seien von der Kommission in den nächsten fünf Jahren vorgesehen:

- Verstärkung der Sicherheit aller Verkehrsarten, was die zukünftige Arbeit am Europäischen Satellitensystem Galileo sowie die Straßenverkehrssicherheit einschließt;
- Finanzierung und Förderung der Trans-Europäischen Netze (TEN-T), besonders der Eurovignetten-Richtlinie; der Privatsektor soll vermehrt angesprochen werden;
- Nachhaltige Entwicklung praktisch umsetzen: Gebühren für Nutzer/innen der Infrastruktur, Verlagerung des Verkehrs, Förderung sauberer Kraftfahrzeuge, mögliche Kerosinbesteuerung bei EU-Inlandsflügen;
- Stärkung der Passagierrechte;
- Erhöhen des Einflusses der EU in internationalen Organisationen wie der Internationalen Schifffahrtsorganisation (IMO) oder der Internationalen Zivilluftfahrt-Organisation (ICAO), um europäische Interessen durchzusetzen.

Lamoureux regte darüber hinaus eine Debatte über Autofahrverbote in Stadtzentren auf nationaler oder europäischer Ebene an. Außerdem versprach er den Parlamentarier/innen eine Liste mit den Staaten, die derzeit mit einer Klage vor dem Gerichtshof rechnen müssen, weil sie die EU-Vorschriften zur Verkehrspolitik noch nicht umgesetzt haben. (jg) ■

### • Weitere Informationen

Quelle: Euractiv, 29.07.2004

<sup>1</sup> Die ICAO ist eine 1944 gegründete Organisation der zivilen Luftfahrt, die die Planung des Zivilverkehrs durchführt. Schwerpunkte in der Arbeit sind nach eigenen Angaben Standardisierung, Sicherheit, Umweltschutz, Infrastrukturentwicklung und Erarbeitung von Empfehlungen und Richtlinien. Die wichtigste Aufgabe der ICAO ist die Regelung der internationalen Verkehrsrechte und der so genannten Freiheiten der Luft. Mehr: [www.icao.org](http://www.icao.org)

## Eine Milliarde Menschen ohne sauberes Trinkwasser

### Welt-Wasser-Bericht von WHO und Unicef veröffentlicht

Mehr als 2,6 Milliarden Menschen haben bis heute keine sanitären Einrichtungen oder eine Abwasserentsorgung. Mehr als eine Milliarde Menschen beziehen ihr Trinkwasser aus verschmutzten Quellen, Brunnen, Teichen oder Flüssen. Jedes Jahr sterben etwa 1,8 Millionen Menschen an Durchfallerkrankungen, die meisten davon sind Kinder unter fünf Jahren. Diese Zahlen haben das Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen (Unicef) und die Weltgesundheitsorganisation (WHO) in ihrem Weltwasserbericht bekannt gegeben. 189 Staaten hatten in den "Millenniums-Zielen" im Jahr 2000 versprochen, den Anteil der Menschen, die keinen Zugang zu sauberem Wasser und zu Abwasserentsorgung haben, bis 2015 zu halbieren. Dieses Ziel liegt offenbar in weiter Ferne. (jg) ■

### • Weitere Informationen

Weltwasserbericht (engl.):  
[www.unicef.de/fileadmin/content\\_media/presse/fotomaterial/wasser/WatSan\\_JMP\\_Report.pdf](http://www.unicef.de/fileadmin/content_media/presse/fotomaterial/wasser/WatSan_JMP_Report.pdf)

## Psychopharmaka im Trinkwasser

### Großbritannien: Medikament in Flüssen, Seen und Grundwasser

Spuren von Prozac - ein Medikament gegen Depressionen - finden sich in Großbritannien flächendeckend im Trinkwasser. Laut der britischen Umweltagentur nähmen das Mittel so viele Menschen, dass es sich in Flüssen, Seen und im Grundwasser anreichere. Die Aufsichtsbehörde für Trinkwasser schloss ein Gesundheitsrisiko aus: Das Problem sei "verwässert". Umweltschützer sehen das jedoch anders. Prozac im Tafelwasser könne möglicherweise giftig sein.

Die exakte Konzentration der Arznei im Wasser ist allerdings unbekannt. Fest steht aber, dass Ärzte das Medikament immer häufiger verschreiben: Neun Millionen Mal Anfang der Neunzigerjahre, zehn Jahre später bereits 24 Millionen Mal. (ag) ■

### • Weitere Informationen

Quelle: taz 9.8.2004

## Korallenriffe weltweit in kritischem Zustand

### Internationale Tagung: Südostasien und Karibik am stärksten betroffen

Korallenriffe sind weltweit in kritischem Zustand, so das Ergebnis des 10. International Coral Reef Symposium in Okinawa (Japan). In den vergangenen 20 Jahren sei ein gravierender Verfall der Korallenbestände zu beobachten gewesen. Bis zu 70 Prozent aller Korallenriffe seien inzwischen stark geschädigt, nur 30 Prozent hiervon hätten ein Erholungspotential. Besonders stark betroffene Gebiete liegen in Südostasien und der Karibik. Die Restaurierung der geschädigten Riffe kann Experten zufolge Jahrzehnte dauern.

### "Okinawa-Deklaration" ruft Staaten zum Handeln auf

Die insgesamt 1400 Symposiums-Teilnehmer/innen in Okinawa beschlossen daher eine Erklärung, in der sie alle Regierungen und internationalen Organisationen aufrufen, Korallenriffe umfassend zu schützen, zerstörerische Fischereimethoden einzustellen, die Einschwemmung von Sediment und Giftstoffen vom Land zu unterbinden und geschädigte Riffe zu restaurieren.

### Wichtige Rolle für Küstenschutz und genetische Ressourcen

Riffe haben im Naturhaushalt wichtige Funktionen im Küstenschutz und als genetische Ressourcen. Außerdem sind sie von großer Bedeutung für die Fischerei. Ohne rasche Hilfe könnten die bedeutenden Funktionen nicht mehr aufrecht erhalten werden, prognostizierten die Symposiums-Teilnehmer/innen.

Zunehmende Bedrohungen für Korallenriffe liegen in der globalen Erwärmung, der regionalen Verbauung der Küsten, dem Eintrag von Schadstoffen, zerstörerischen Fischereipraktiken und Tourismusaktivitäten. (du) ■

### • Weitere Informationen

Universität Duisburg-Essen, Prof. Dr. Helmut Schuhmacher, Abt. Hydrobiologie, Universitätsstr. 5, 45141 Essen  
Tel. 0201 / 183 -3777, Fax -2529  
eMail: [h.schuhmacher@uni-essen.de](mailto:h.schuhmacher@uni-essen.de)

Okinawa-Declaration:  
[www.plando.co.jp/icrs2004](http://www.plando.co.jp/icrs2004)

## Europäische Korallenriffe bedroht

### EU-Verhandlungen zeigen nur schleppende Fortschritte

Die Debatte über einen Vorschlag der Europäischen Kommission, mit dem Tiefseekorallenriffe um die Azoren, Madeira und die Kanarischen Inseln geschützt werden sollten, zieht sich hin. Bereits im Februar wurde dieser Vorschlag für den langfristigen Schutz vorgelegt, der u. a. ein Verbot der Grundschieppnetzfischerei vorsieht.<sup>1</sup> Da sich die Beratungen im Ministerrat und im Europäischen Parlament über den Vorschlag u. a. durch die Europawahlen verzögert haben, hat die Kommission nun vorläufige Maßnahmen vorgeschlagen. Sie rechnet damit, dass frühestens Ende des Jahres langfristige Vorschriften festgelegt werden können.

### Einbeziehung Spaniens und Portugals in die GFP bedroht Schutzstatus

In tiefen Gewässern um die Azoren, Madeira und die Kanaren gibt es Korallenbänke, Hydrothermalquellen und Carbonate Mounds, die einer vielfältigen Fauna und Flora Schutz und Nahrung bieten. Diese Lebensräume wurden bis vor wenigen Monaten im Rahmen der Gemeinsamen Fischereipolitik (GFP) der EU durch einzelstaatliche Verbote der Grundschieppnetzfischerei in Spanien und Portugal sowie Zugangsbeschränkungen für Schiffe aus anderen Mitgliedstaaten zu den betreffenden Gewässern geschützt. Diese Vorschriften wurden vor kurzem aber wegen der vollständigen Einbeziehung Spaniens und Portugals in die GFP geändert, wobei der Schutz der wertvollen Gebiete außer Acht gelassen wurde. Mit den nun vorgeschlagenen Maßnahmen sollen die Korallenriffe kurzfristig vor Schäden durch Schleppnetze geschützt werden, bis dauerhafte Vorschriften festgelegt werden können. (du) ■

### • Weitere Informationen

WWF Deutschland, Fischereiexperte  
Dirk Riebensahm, Rebstocker Str. 55,  
60326 Frankfurt a. M.  
Tel. 0421 / 65846-27  
eMail: [info@wwf.de](mailto:info@wwf.de)

<sup>1</sup> Pressemeldung der Kommission auf:  
<http://europa.eu.int/rapid/> Reference: IP/04/153.

## 17 Schutzgebiete in Nord- und Ostsee gefordert

### Spektakuläre Aktion lenkt Augenmerk auf Überfischung und Rohstoffabbau

Von seinem Schiff "Esperanza" aus hat die Umweltorganisation Greenpeace Mitte August das "Schutzgebiet Doggerbank" in der Nordsee symbolisch durch fünf Meter hohe Bojen markiert. Das von Greenpeace geforderte "Schutzgebiet Doggerbank" ist rund 85.000 km<sup>2</sup> groß. Mitten in diesem Gebiet liegt die eigentliche Doggerbank, eine Sandbank, die vielen kommerziell genutzten Fischarten als Laichgrund dient. Hier gibt es das ganze Jahr über günstige Strömungen, die das Wasser stetig durchmischen. Das Gebiet zählte einst zu den fischreichsten Gebieten in der Nordsee. Für Delphine, Schweinswale und Seevögel stellte die Doggerbank eine wichtige Nahrungsgrundlage dar.

### "Acht Teller tote Tiere für einen Teller Fischstäbchen"

Heute ist die Doggerbank massiv überfischt. Jeder Quadratmeter des Gebietes wird mit schweren Grundschleppnetzen bis zu sieben Mal pro Jahr durchpflügt. In der Nordsee landen jährlich 700.000 Tonnen Meerestiere als Beifang in den Netzen und werden anschließend tot oder verletzt über Bord geworfen. Die Bestände von Kabeljau, Seeszunge, Wittling und Scholle sind akut bedroht.

Greenpeace fordert, dass insgesamt 17 große Gebiete, mindestens 40 Prozent von Nord- und Ostsee, unter Schutz gestellt werden. Fischerei, Öl- und Gasförderung sowie Sand- und Kiesabbau sollen in diesen Gebieten verboten sein. (du) ■

### • Weitere Informationen

Greenpeace, Meereseexpertin Dr. Iris Menn, Große Elbstr. 39, 22767 Hamburg  
Tel. 0087 / 13244 69010  
eMail: iris.menn@greenpeace.de

Ausführliche Informationen mit Karten der Schutzgebiete:  
[www.greenpeace.de/schutzgebiete](http://www.greenpeace.de/schutzgebiete)

## Fischereipolitik: EU-Druckmittel wirken nicht

### Mitgliedstaaten setzen Maßnahmen gegen Überfischung nicht um

Die Europäische Kommission hat Ende Juli die zweite Ausgabe des so genannten Kontrollanzeigers<sup>1</sup> für die Umsetzung der Gemeinsamen Fischereipolitik (GFP) veröffentlicht. Die Durchsetzung der Vorschriften durch die Mitgliedstaaten ist mehr als unzureichend, so der Bericht.

### EU-Kommission zweifelt Korrektheit der übermittelten Daten an

Auch sieht die Kommission es als wahrscheinlich an, dass die ihr übermittelten Daten nicht der Wirklichkeit entsprechen. Durch lückenhafte Berichte, die zudem nicht zu den angegebenen Terminen eingereicht wurden, hätten die Mitgliedstaaten die Bestandsaufnahme massiv behindert. Die erhaltenen Daten spiegeln nicht unbedingt die tatsächlichen Zustände wider, denn die Kommission deckte bei eigenen Kontrollen Widersprüche auf.

Selbst aus den fehlerhaften Daten geht hervor, dass es allein im Jahr 2002 genau 6756 Fälle von angezeigten ernsten Verstößen gegen geltendes EU-Recht gegeben hat. Wie im letzten Jahr betrifft die Hälfte davon illegale Fischereitätigkeit, entweder ohne Genehmigung oder sogar in Sperrgebieten.

### Überschreitung der Quote bis zu 76 %

Die Anzahl der überschrittenen Fangquoten ging nur minimal zurück. Das Ausmaß der Überschreitung reichte dabei bis zu 76 %. Die am meisten betroffenen Mitgliedstaaten sind Belgien, Spanien und - im dritten Jahr in Folge - die Niederlande.

### Drei Viertel aller Verstoßverfahren der EU im Bereich Überfischung

61 von 81 Verstoßverfahren, die derzeit gegen die Mitgliedstaaten laufen, beziehen sich auf die Befischung von Beständen nach Ausschöpfung der zugeteilten Quoten. Betroffen sind außer Griechenland und Italien, die nur einer Quote unterliegen, alle Mitgliedstaaten: Dänemark (10), Spanien (9), Belgien, Frankreich, Großbritannien (je 7), Schweden (6), Ir-

land, Portugal (je 5), Deutschland, Finnland (je 2) und die Niederlande (1). Da die Kontrollverfahren teilweise schon einige Jahre laufen, ist es erstaunlich, dass sie offenbar keine Verhaltensänderung der Mitgliedstaaten bewirkt haben.

### Strategie: Fangdaten nicht melden, Vorschriften nicht umsetzen

Acht weitere Verfahren betreffen Verstöße bei der Meldung von Fangdaten. Vier neue Verfahren wurden angehängt, zwei davon gegen Spanien und Großbritannien wegen erster Verstöße bei der Durchsetzung von Vorschriften, die beiden anderen gegen Frankreich und Spanien wegen unzulänglicher Überwachung der Verwendung von Treibnetzen. Ob durch diese Verfahren eine bessere Umsetzung erzielt werden kann, scheint angesichts der bisher erzielten Erfolge allerdings fraglich.

### Einzig Dänemark hält sich an geltendes Recht

Dänemark ist der einzige Mitgliedstaat, der die Regeln eingehalten und die erforderlichen Fangberichte rechtzeitig eingereicht hat. Der Appell Franz Fischlers, in der EU-Kommission zuständig für Fischerei, wirkt angesichts der Sachlage hilflos: "Die Mitgliedstaaten haben sich verpflichtet, eine gerechtere, wirksamere und einheitlichere Durchsetzung der Vorschriften zu gewährleisten. Das müssen sie nun auch tun." ■

Autor: Daniel Unsöld, DNR Berlin

### • Weitere Informationen

Europäische Kommission, Generaldirektion Fischerei, Mireille Thom, Abteilung Kommunikation und Information, B-1049 Brüssel  
Fax. 0032 2 / 299 30 40  
eMail: mireille.thom@cec.eu.int

Details:  
<http://europa.eu.int/rapid>  
(MEMO/04/200)

Kontrollanzeiger ("Scoreboard"):  
[http://europa.eu.int/comm/fisheries/scoreboard/index\\_en.htm](http://europa.eu.int/comm/fisheries/scoreboard/index_en.htm)

<sup>1</sup> Die Online-Veröffentlichung des Fischerei-Kontrollanzeigers ("Scoreboard") ist Teil der Maßnahmen, mit denen dieses Ziel erreicht werden soll. Er basiert auf von den Mitgliedstaaten übermittelten Daten.

## EU-Kommission will Schellfischfang steigern

### Weitere Aufweichung der Ansätze für eine nachhaltige Fischereipolitik

Die Europäische Kommission will eine stärkere Befischung des Schellfisches. Damit entsprechende Vorschriften schneller angenommen werden können, schlägt die Kommission sogar vor, die erst im Dezember 2003 verabschiedete Verordnung des Rates über Gesamtfangmengen (TAC) für 2004 wieder zu ändern.

### Irreführende Pressemeldung der EU-Kommission

Interessant ist darüber hinaus, dass die Kommission diese Meldung in einer Pressemeldung über den verstärkten Schutz von Korallenriffen quasi "versteckt" hat. Nur bei sehr aufmerksamem Lesen wird deutlich, dass es sich bei dem zweiten Themenpunkt nicht um eine Schutzmaßnahme handelt - sondern um das genaue Gegenteil. Vermutlich wollte die EU-Kommission so vermeiden, die öffentliche Aufmerksamkeit auf sich zu lenken, die u. a. durch eine große Kampagne von Greenpeace entstanden ist.

Bereits im April waren die Abgrenzung des Kabeljau-Schutzgebiets in der Nordsee verkleinert und einige Vorschriften für Schellfisch abgeschwächt worden.<sup>1</sup> Großbritannien hatte Daten vorgelegt, nach denen die Kabeljau-Beifänge durch britische Schiffe außerhalb des Kabeljau-Schutzgebiets geringer waren als erwartet. Das war für die Kommission Grund genug eine Erhöhung der Fangquoten vorzuschlagen - obwohl von einer Bestandserholung beim Kabeljau nicht die Rede sein kann. ■

Autor: Daniel Unsöld, DNR Berlin

### • Weitere Informationen

Europäische Kommission, Generaldirektion Fischerei, Mireille Thom, Abteilung Kommunikation und Information, B-1049 Brüssel  
Fax. 0032 2 / 299 30 40  
eMail: mireille.thom@cec.eu.int

## Umweltverträge: EU oder Mitgliedstaaten zuständig?

### Neue Studie erläutert rechtliche und politische Grundlagen

Kommt der Europäischen Union im Bereich des Umweltschutzes die alleinige Kompetenz zur Aushandlung völkerrechtlicher Verträge und zur Verwirklichung internationaler Absprachen zu? Diese Frage ließ das Umweltbundesamt (UBA) mit Blick auf das Übereinkommen über den Schutz der Meeresumwelt des Nordostatlantik (Oslo-Paris-Übereinkommen, OSPAR) klären. Die Antwort des Instituts für Internationale und Europäische Umweltpolitik (Ecologic): In der Regel sind die Mitgliedstaaten bei Meeresschutzmaßnahmen außenpolitisch zuständig - neben der EU.

### Konkurrierende Zuständigkeiten bei umweltpolitischen Regelungen

Die Studie erläutert die grundsätzliche Kompetenzverteilung: Danach dürfen die Mitgliedstaaten wegen der konkurrierenden Zuständigkeiten bei umweltpolitischen Regelungen der EU - zum Beispiel bei Wasser- oder Naturschutz-Richtlinien - immer dann eigenständige Regelungen treffen, wenn sich die EU des Themas noch nicht umfassend angenommen hat. Anders verhält es sich bei Binnenmarktbezogenen umweltpolitischen Maßnahmen, etwa im Produkt- oder Anlagenrecht. Soweit die EU hier für die Mitgliedstaaten abschließende Maßnahmen getroffen hat, sind diese auch außenpolitisch daran gebunden.

### Studie zeigt Handlungsoptionen für Mitgliedstaaten auf

Für derartige Fälle zeigt die Studie - neben den politischen Einflussmöglichkeiten - weitere Handlungsoptionen der Mitgliedstaaten zur Wahrnehmung ihrer Interessen auf. Dieses Interesse kann in der Klärung der Zuständigkeit oder in der Durchsetzung umweltpolitisch strengerer Regelungen bestehen. Umweltpolitisch strengere nationale Anforderungen können aber wegen der hohen rechtlichen Anforderungen kaum realisiert werden, selbst wenn solche Beschlüsse und Empfehlungen regionaler Konventionen (wie OSPAR) vorliegen. Zudem gibt die Studie eine Handlungsanleitung für "Verhandlungen vor Ort". Hierin sind die Ergebnisse der Untersuchung zusammengefasst und für zukünftige Verhandlungssituationen aufbereitet. (du) ■

### • Weitere Informationen

Institut für Internationale und Europäische Umweltpolitik (Ecologic): EG-Kompetenzen bei völkerrechtlichen Verträgen im Umweltbereich unter besonderer Berücksichtigung des OSPAR-Übereinkommens (dt./engl.), In: UBA-Berichte 1/04, Erich Schmidt Verlag, Berlin 2004, 200 S., 34,80 Euro, ISBN 3 503 08310 3

Zusammenfassung:  
[www.umweltbundesamt.de/wasser/themen/gewchr/fue-in.htm](http://www.umweltbundesamt.de/wasser/themen/gewchr/fue-in.htm)

<sup>1</sup> Pressemeldung der EU-Kommission auf: <http://europa.eu.int/rapid/> Dok.-Nr.: IP/04/442

## Veröffentlichungen

### Abschlussdokument der Energie-Konferenz "renewables 2004"

Das offizielle Abschlussdokument der Internationalen Konferenz für Erneuerbare Energien "renewables 2004" vereint auf 48 Seiten die zentralen Abschlussdokumente der Konferenz: die politische Deklaration, das Internationale Aktionsprogramm und die Politikempfehlungen für erneuerbare Energien. Auf der Internetseite des Bundesumweltministeriums (BMU) kann das Dokument heruntergeladen oder als Papierversion bestellt werden. (jg)

BMU-Öffentlichkeitsarbeit, PF 120629, 53048 Bonn, Tel. 01888 / 305-2155, Fax -2044  
[www.bmu.de/de/1024/js/download/abschluss\\_renew](http://www.bmu.de/de/1024/js/download/abschluss_renew)

### Neuer Newsletter Flugverkehr und Umwelt

Der alternative Verkehrsclub VCD hat die erste Ausgabe eines neuen Newsletters "Flugverkehr & Umwelt" herausgegeben. Der Newsletter informiert von nun an regelmäßig über aktuelle Entwicklungen im Zusammenhang mit den Umweltfolgen des Flugverkehrs sowie über Möglichkeiten Ihrer Reduzierung. Er soll außerdem die Zusammenarbeit und den Austausch von Wissenschaft, Politik, Verwaltung, Umweltverbänden und Bürgerinitiativen zu dem Thema fördern. Mit seiner Ausrichtung auch auf die europäische und internationale Flugverkehrspolitik schließt der Newsletter eine Informationslücke. Die erste Ausgabe des Newsletters ist auf der VCD-Internetseite als PDF-Datei (336 kB) abrufbar. Der Newsletter kann dort auch abonniert werden. Ebenso ist ein Download aller Ausgaben geplant. (jg)

Newsletter "Flugverkehr & Umwelt"; Hrsg./Bezug: VCD, Eifelstr. 2, 53119 Bonn, Tel. 0228/ 98585-20, Fax -10, eMail: [helmar.pless@vcd.org](mailto:helmar.pless@vcd.org); Newsletter zum PDF-Download und Bestellseite: [www.vcd.org/flugverkehr.html](http://www.vcd.org/flugverkehr.html)

### Handbuch zur umweltfreundlichen Vergabe öffentlicher Aufträge

Ein neues Handbuch der EU-Kommission zur "grünen" öffentlichen Auftragsvergabe enthält Tipps, wie Behörden in umweltfreundliche Erzeugnisse und Dienstleis-

tungen investieren können. Sie sind immerhin für Ausgaben in Höhe von 16 Prozent des Bruttoinlandsprodukts der EU verantwortlich und können daher einen großen Beitrag zur nachhaltigen Entwicklung leisten - vom Einsatz effizienterer Energieträger bis hin zu Recyclingstrategien. Ein intelligentes grünes öffentliches Vergabewesen kann neben Verbesserungen für die Umwelt durch beispielsweise geringere Stromkosten, längere Lebensdauer, bessere Recycling- oder Wiederverwendungskosten auch Steuergelder sparen, die Industrie zur Entwicklung grüner Technologien motivieren und damit Maßstäbe setzen. (bv)

Handbuch im Internet:  
<http://europa.eu.int/comm/environment/gpp/guidelines.htm>

### Studie: EU-Ressourcenpolitik "exportiert" Umweltlasten

Eine Studie des Wuppertal Instituts hat klare Beweise dafür geliefert, dass Veränderungen im europäischen Ressourcenverbrauch die Umwelt-Lasten zunehmend in andere Weltregionen, vor allem in Entwicklungsländer, verschieben. Die EU müsse dies bei der Entwicklung der Strategie zu nachhaltigem Gebrauch von natürlichen Ressourcen bedenken. Basierend auf der detaillierten Analyse von EU-Handelsmustern wurden Geldwerte, physikalische und Umwelteinflüsse - der so genannte "ökologische Rucksack" - einbezogen. Ergebnis: Der unausgewogene ökologische Austausch der EU mit anderen Ländern einschließlich des "ökologischen Rucksacks" ist drei- bis fünfmal größer als das einfache Handelsvolumen. Das heißt, die EU profitiert vom Exportgewinn, hat aber mit den ökologischen Folgekosten und den physikalischen Auswirkungen nur noch wenig zu tun. (jg)

Studie zum Download:  
[www.wupperinst.org/globalisierung/pdf\\_global/shifting\\_burden.pdf](http://www.wupperinst.org/globalisierung/pdf_global/shifting_burden.pdf)

### Informations-CD zum WTO-Dienstleistungsabkommen GATS

Das GATS (General Agreement on Trade in Services - allgemeines Abkommen über Handel mit Dienstleistungen) ist ein Abkommen der Mitgliedstaaten der Welthandelsorganisation WTO zur Liberalisierung des Dienstleistungssektors und der öffentlichen Grundversorgung. Es führt - so

befürchten Nichtregierungsorganisationen - zur Privatisierung großer Teile der öffentlichen Grundversorgung und deutlichen Qualitätseinbußen und Verteuerungen bei Dienstleistungen in Bereichen wie öffentlicher Verkehr, Energie, Wasser, Müll, Gesundheit, Bildung und Soziales führen. Attac Österreich hat eine CD zum Thema GATS zusammengestellt, auf der Expert/innen für Umwelt-, Sozial- und Entwicklungspolitik die Grundideen des GATS und die WTO-Mechanismen kurz und prägnant erklären und dann erläutern, welche Lebensbereiche besonders vom GATS betroffen sind und wie - und was dagegen getan werden kann. (mb)

"GATS zum Aufhören", CD, 6,- Euro; Hrsg./Bezug: Attac Austria, Margaretenstr. 166, A-1050 Wien, Tel. 00431 / 54641-430, Fax -435, E-Mail: [verwaltung@attac-austria.org](mailto:verwaltung@attac-austria.org)

### Nachhaltigkeitspolitik in EU-Staaten

Das Buch beschreibt, wie in den europäischen Staaten Nachhaltige Entwicklung in politisch-gesellschaftlichen Institutionen umgesetzt wird. Die Autoren stellen die in mehreren Staaten der EU geschaffenen innovativen Gremien vor. (jg)

Edgar Göll, Sie Liong Thio: Nachhaltigkeitspolitik in EU-Staaten, Nomos Verlag, Baden-Baden 2004, 189 S., 19,- Euro, ISBN 3-8329-0636-3

■

## Ausschreibung

### Nachhaltige Energiesysteme

Die Europäische Kommission hat eine Ausschreibung mit einer Einreichungsfrist bis zum 8.12.2004 im Bereich "Nachhaltige Energiesysteme - Forschungstätigkeiten mit mittel- bis langfristigen Auswirkungen" unter dem Themenbereich "Nachhaltige Entwicklung, globale Veränderungen und Ökosysteme" des Sechsten Rahmenprogramms veröffentlicht. Diese Themenbereiche werden von dem Spezifischen Programm "Integration und Stärkung des Europäischen Forschungsraums" abgedeckt und lauten:

- Brennstoffzellen (Abschnitt 6.1.3.2.1 des Arbeitsprogramms)
- Neue Technologien für Energieträger (Abschnitt 6.1.3.2.2 des Arbeitsprogramms)
- Technologien für erneuerbare Energien (Abschnitt 6.1.3.2.3 des Arbeitsprogramms)
- Rückhaltung und Bindung von CO<sub>2</sub> (Abschnitt 6.1.3.2.4 des Arbeitsprogramms)
- Sozioökonomische Instrumente und Konzepte (Abschnitt 6.1.3.2.5 des Arbeitsprogramms)

Bezüglich der spezifischen, in diesem Bereich zu verwendenden Instrumente fordert die Ausschreibung den Einsatz der Integrierten Projekte, der Exzellenznetze (NoE), der speziellen gezielten Forschungsprojekte (STREP) und Koordinierungsmaßnahmen (CA). Die Bieter werden aufgefordert, den unten angegebenen vollständigen Ausschreibungstext zu berücksichtigen, um festzustellen, welche besonderen Instrumente für jeden Bereich gefordert sind.

Die gesamte vorläufige Mittelzuweisung bei dieser Ausschreibung beträgt 190 Millionen Euro, davon entfallen 124 Millionen Euro auf IP und NoE sowie 66 Millionen Euro auf STREPs und CAs. (db) ■

#### • Weitere Informationen

Ausschreibungstext:

[http://fp6.cordis.lu/fp6/call\\_details.cfm?CALL\\_ID=167](http://fp6.cordis.lu/fp6/call_details.cfm?CALL_ID=167)

## Wettbewerb

### Preis für Energiesparen

Unter der Schirmherrschaft des Umweltbundesamtes beginnt im Oktober mit der "Energy Trophy" ein europaweiter Energieeinsparwettbewerb. Beteiligen können sich 50 Unternehmen und Institutionen aus Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Italien, Polen und Ungarn. Gewinner dieser Auszeichnung ist der Teilnehmer, der prozentual die größte Energieeinsparung in einem Bürogebäude in einem Jahr allein durch nichtinvestive Maßnahmen, wie Licht ausschalten und Heizung herunterdrehen, erzielt. Der Gesamtsieger erhält 10.000 Euro, weitere Preise werden auf europäischer sowie auf nationaler Ebene vergeben.

Begleitet wird der Wettbewerb vom Bundesdeutschen Arbeitskreis für Umweltbewusstes Management (B.A.U.M. e.V.). Auf der Internetseite [www.energyoffice.org](http://www.energyoffice.org) findet man Informationen und Anleitungen zum Energiesparen im Büro als Poster, Checklisten, Labels für Geräte, Weiterbildungsmodule u. a. (db) ■

#### • Weitere Informationen

[www.energyoffice.org](http://www.energyoffice.org)  
[www.baumev.de](http://www.baumev.de)

## EU-einheitliches öffentliches Geoinformationssystem

### INSPIRE-Projekt soll "Europas Landkarten auf einen Klick" liefern

Zur Verbesserung der Kartografierung in Europa hat die EU-Kommission im August eine neue Richtlinie vorgeschlagen. Diese sieht den Start der Initiative INSPIRE (INfrastructure for SPatial InfoRmation in the European Union - Infrastruktur für Raumordnungsinformationen in Europa) vor. Die INSPIRE-Datenbank mit übereinstimmenden geografischen Informationen dient laut Kommission der Unterstützung der Umweltschutzpolitik, der Infrastrukturentwicklung, der Landwirtschaft und des Seeverkehrs.

### Richtlinien-Vorschlag: Harmonisierung von Datenerhebung und Aufbereitung

Mit der neuen Richtlinie sollen die EU-Mitgliedstaaten aufgefordert werden, geografische Informationen in ein der Öffentlichkeit zugängliches Netz zu stellen und schrittweise zu harmonisieren. Derzeit werden Angaben zu Flüssen, Straßennetzen und anderen geografischen Merkmalen anhand unterschiedlicher Verfahren und Spezifikationen ohne gemeinsame Koordination erhoben. Datenlücken und mangelnde Vergleichbarkeit sind die Folge.

### Erleichterte Planung von Schutzmaßnahmen

EU-Umweltkommissarin Margot Wallström erklärte zu der neuen Initiative: "Durch INSPIRE werden die geografischen Informationen in der EU harmonisiert, was sehr dabei hilft, Umweltschutzmaßnahmen besser zu planen, durchzuführen und zu überwachen." Dadurch werde man besser in der Lage sein, die biologische Vielfalt zu schützen, Umweltverschmutzung zu bekämpfen und Überschwemmungen und Brände zu verhindern. "Es besteht eindeutig Bedarf an einem gemeinsamen Konzept der EU in diesem Bereich, damit wir die vorhandenen Daten bestmöglich nutzen können", so die Kommissarin. (du) ■

#### • Weitere Informationen

Joint Research Center (JRC), Alessandro Annoni, TP 262, I-21020 Ispra  
Tel. 0039 0332 78-6166 Fax -9803  
eMail: [alessandro.annoni@jrc.it](mailto:alessandro.annoni@jrc.it)  
[www.ec-gis.org/inspire](http://www.ec-gis.org/inspire)

## Termine

Umwelt-Veranstaltungstermine von EU-weitem und internationalem Interesse bitte an [juliane.gruening@dnr.de](mailto:juliane.gruening@dnr.de) mailen.  
Weitere Termine im Internet:  
- <http://europa.eu.int/comm/environment/agenda.htm>  
- [www.bmu.de/termine](http://www.bmu.de/termine) ("Konferenzen...")  
- [www.umweltbundesamt.de/termine/termine.htm#4](http://www.umweltbundesamt.de/termine/termine.htm#4)  
- [www.dnr.de/termine](http://www.dnr.de/termine)

## Oktober

1.-3.10., Verden (bei Bremen)  
**Privatisierung und Umweltschutz**  
Focusseminar; BUND/ÖkologieGlobal,  
Melanie Diller  
Tel. 04231 / 9575-64, Fax -46  
[melanie.diller@bund.net](mailto:melanie.diller@bund.net)  
[www.oekologieglobal.de](http://www.oekologieglobal.de)

2.10., weltweit  
**Lkw-Transit durch Europa: Wer zahlt die Rechnung?**  
Europäische Verkehrsinitiative (ITE)  
Tel. 0033 476-638821, Fax -446336  
[info@ite-euro.com](mailto:info@ite-euro.com)  
[www.ite-euro.com](http://www.ite-euro.com)

5.-7.10., Hamburg  
**Warnsignal Klima: Genug Wasser für alle?**  
Max-Planck-Institut für Meteorologie  
Dr. J. Lozán  
Tel. 040 / 428386676, Fax -4304038  
[lozan@uni-hamburg.de](mailto:lozan@uni-hamburg.de)  
[www.Lozan.de](http://www.Lozan.de)

6.-8.10., Wien  
**CleanMed Europe - Für ein ökologisch nachhaltiges Gesundheitswesen**  
Internationaler Kongress; Institut für Nachhaltigkeit im Gesundheitswesen  
Tel. 0043 015037208-0, Fax -30  
[cleanmed@eta.at](mailto:cleanmed@eta.at)  
[www.cleanmed.at](http://www.cleanmed.at)

14.10., Mainz  
**EU-Wasserrahmenrichtlinie**  
Ministerium für Umwelt und Forsten Rheinland-Pfalz, Karl-Herbert Heller  
Tel. 06131 / 164-640, Fax -469  
[karl.heller@www.rlp.de](mailto:karl.heller@www.rlp.de)  
[www.muf.rlp.de](http://www.muf.rlp.de)

15.-17.10., London  
**Europäisches Sozialforum**  
Attac, Hugo Braun  
Tel. 0211 / 674980  
[braun@attac.de](mailto:braun@attac.de)  
[www.attac.de/esf2004](http://www.attac.de/esf2004)  
[www.fse-esf.org](http://www.fse-esf.org)

18.-22.10., Leipzig  
**11. Magdeburg Seminar: Wasser in Mittel- und Osteuropa**  
Umweltforschungszentrum (UFZ) Leipzig,  
Hildegard Feldmann  
Tel. 0341 / 235-2264, Fax -2782  
[feldfrau@pro.ufz.de](mailto:feldfrau@pro.ufz.de)  
[www.leipziger-kubus.de](http://www.leipziger-kubus.de)

21.-23.10., Genf  
**EnviroInfo 2004: Informatik für den Umweltschutz**  
Int. Konferenz; EnviroInfo, Philippe Minier  
Tel. 0041 22 327-4857, Fax -5070  
[enviroinfo@etat.ge.ch](mailto:enviroinfo@etat.ge.ch)  
[www.enviroinfo2004.org](http://www.enviroinfo2004.org)

21./22.10., Berlin  
**EUROFORUM-Konferenz: "Umwelthaftpflicht"**  
Konferenz; Euroforum, Simone Vaupel  
Tel. 0211 / 9686-3462, Fax -4462  
[simone.vaupel@euroforum.com](mailto:simone.vaupel@euroforum.com)  
[www.euroforum.de/p16668](http://www.euroforum.de/p16668)

22./23.10., Berlin  
**Grüne Welthandelskonferenz**  
Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen, Michael Hustedt MdB  
Tel. 030 / 2277-1666, Fax -6302  
[michael.hustedt@bundestag.de](mailto:michael.hustedt@bundestag.de)  
[www.gruene-fraktion.de/cms/termine/dok/41/41971/gruene\\_welthandelskonferenz\\_globalisieru.htm](http://www.gruene-fraktion.de/cms/termine/dok/41/41971/gruene_welthandelskonferenz_globalisieru.htm)

24.-26.10., Köln, Leipzig, Hamburg  
**Exporte gegen Armut?**  
Agrarhandelsdebatte; Attac, BUND, Greenpeace; Heinrich-Böll-Stiftung  
Tel. 030 / 285-340, Fax -34109  
[info@boell.de](mailto:info@boell.de)  
[www.boell.de](http://www.boell.de)

26./27.10., Schwedt (Brandenburg)  
**Pflege und Entwicklung von Flussauen- und Seenlandschaften in Mitteleuropa**  
Brandenburgische Akademie Criewen  
Tel. 03332 / 838-840, Fax -848  
[brandenburgische.akademie@addcom.de](mailto:brandenburgische.akademie@addcom.de)  
[www.brandenburgische-akademie.de](http://www.brandenburgische-akademie.de)

27./28.10., Wien  
**Nachhaltiger Verkehr in sensiblen Gebieten**  
Konferenz; European Federation for Transport and Environment (T&E), Markus Liechti, Brüssel  
Tel. 00322 / 502-9909, Fax -9908  
[conference@t-e.nu](mailto:conference@t-e.nu)

28./29.10., Turku (Finnland)  
**Waste free lifestyles - Müllfreie Lebensstile**  
Association of Cities and Regions for Recycling, Maria Ekblad  
Tel. 003582 / 2623292  
[maria.ekblad@turku.fi](mailto:maria.ekblad@turku.fi)  
[www.acrr.org/wastefreelifestyles.htm](http://www.acrr.org/wastefreelifestyles.htm)

## November

4.11., Frankfurt a. M.  
**Können wir uns in Zukunft Zukunft leisten? Nachhaltige Finanzierungsinstrumente in der EU**  
DNR, EU-Koordination, Nika Greger, Berlin  
Tel. 030 / 443391-86, Fax -80  
[nika.greger@dnr.de](mailto:nika.greger@dnr.de)  
[www.eu-koordination.de](http://www.eu-koordination.de)

4./5.11., Kassel  
**Positionierung der Umweltverbände zu den EU-Richtlinien Bauprodukte und Gebäudeenergieeffizienz**  
Workshop; DNR/KNU; Natalie Eckelt, Koordination Normungsarbeit der Umweltverbände (KNU)  
Tel. 030 / 27586-476, Fax -440  
[natalie.eckelt@bund.net](mailto:natalie.eckelt@bund.net)  
[www.bund.net](http://www.bund.net)

8./9.11., Wien  
**20 & 10 - Umweltbildung geht weiter**  
Tagung; Europahaus, FORUM Umweltbildung, Dagmar Ledl  
Tel. 0043 / 1402470-113, Fax -151  
[forum@umweltbildung.at](mailto:forum@umweltbildung.at)  
[www.umweltbildung.at](http://www.umweltbildung.at)

13.11., Berlin  
**Die WTO nach dem Scheitern der Verhandlungen von Cancún**  
Bildungswerk Berlin der Heinrich-Böll-Stiftung, Peter Schott  
Tel. 030 / 61128966  
[schott@bildungswerk-boell.de](mailto:schott@bildungswerk-boell.de)  
[www.bildungswerk-boell.de](http://www.bildungswerk-boell.de)

18.-20.11., Magdeburg  
**Globalisierung gestaltet Kommunen - Kommunen gestalten Globalisierung**  
 9. Bundeskonferenz; inWEnt gGmbH, Michael Marwede, Bonn  
 Tel. 0228 / 2434632  
 michael.marwede@inwent.org  
 www.service-eine-welt.de

26.-28.11., Prag  
**Natura 2000**  
 Seminar; Naturfreunde International (NFI), Andrea Lichtenecker  
 Tel. 0043 / 018923877  
 a.lichtenecker@nfi.at  
 www.nfi.at/natura

30.11.-2.12., Brüssel  
**Der Himmel hat Grenzen**  
 Luftfahrt-Konferenz; Milieudefensie, AEF/GreenSkies, Evert Hassink  
 Tel. 0031 / 0205507-391, Fax -310  
 airtravel@milieudefensie.nl  
 www.greenskies.org

## 2005

16.-22.1., Laufen (Bayern)  
**Insekten und EU-Habitat-Richtlinie, kontinentale und pannonische Region**  
 Fachtagung (engl.); Bayerische Akademie für Naturschutz und Landschaftspflege  
 Tel. 08682 / 89-630, Fax -6317  
 poststelle@anl.bayern.de  
 www.anl.bayern.de

26.-28.1., Graz (Österreich)  
**Mitteleuropäische Biomassekonferenz**  
 Österreichischer Biomasse-Verband  
 Tel. 0043 / 0153307970  
 office@biomasseverband.at  
 www.biomasseverband.at

21.-23.03., Kraków (Polen)  
**ENEX - New Energy 2005**  
 erneuerbare energien Kommunikations- und Informationsservice GmbH, Miriam Hegner  
 Tel. 07121 / 30-160, Fax -16100  
 redaktion@energie-server.de  
 www.enex-expo.com

25.-27.5., Nijmegen (Niederlande)  
**Flut: Von der Abwehr zum präventiven Management**  
 Internationales Symposium  
 www.isfd3.nl  
 (db, jg) ■

## EU-Ministerrats-Sitzungen

### Niederländische Präsidentschaft

#### Oktober

6./7. Außenpolitik\*  
 26./27. Entwicklung\*

#### November

5. Allgemeine Angelegenheiten\*  
 19./20. Verkehr/Energie\*  
 29./30. Stadtplanung/Raumplanung\*

#### Dezember

14.-16. Energie/Entwicklungspolitik  
 17. Allgemeine Angelegenheiten

\* informell

\*\* eventuell

Änderungen möglich. (mb) ■

### • Weitere Informationen

[www.europa-digital.de/aktuell/kalender](http://www.europa-digital.de/aktuell/kalender)

Niederländische Ratspräsidentschaft im Internet:  
[www.eu2004.nl](http://www.eu2004.nl)

Hintergrund-Informationen zu den umweltrelevanten Ministerrats-Sitzungen:  
 DNR, EU-Koordination, Nika Greger,  
 Prenzlauer Allee 230, 10405 Berlin  
 Tel. 030 / 443391-86  
 eMail: nika.greger@dnr.de

## Plenarwochen des Europäischen Parlaments

25.-28.10.  
 15.-18.11.  
 1./2.12.\*  
 13.-16.12.

\*in Brüssel (sonst in Strasbourg)  
 (ag) ■

### • Weitere Informationen

Terminübersicht in deutscher Sprache:  
[www.europa-digital.de/aktuell/kalender](http://www.europa-digital.de/aktuell/kalender)

Tagesordnungen und weitere Informationen zu den Plenarsitzungen:  
[http://www.db.europarl.eu.int/ep/owa/p\\_calses.plenary?ilg=DE](http://www.db.europarl.eu.int/ep/owa/p_calses.plenary?ilg=DE)

## Verweise auf frühere Ausgaben

Das EU-Rundschreiben beschränkt sich in der Regel auf aktuelle Informationen. Daher wird in einigen Artikeln auf vorangegangene Ausgaben verwiesen, z. B. "EUR 04.03" als Hinweis auf Heft 4 des EU-Rundschreibens im Jahr 2003.

Verweise auf den Deutschland-Rundbrief des DNR (siehe rechts) sind ähnlich gehalten, z. B. "DRB 05.03".

Alle älteren Ausgaben sind im Internet zugänglich: [www.dnr.de](http://www.dnr.de), "Publikationen", "EUR online", "Bisherige Ausgaben".

## Gastbeiträge willkommen

Wir freuen uns auf Ihre Gastbeiträge in Absprache mit der EUR-Redaktion. Beiträge von Gastautor/innen stimmen nicht in allen Fällen mit der Meinung der Redaktion bzw. des Herausgebers überein. Die Redaktion behält sich vor, Beiträge zu kürzen und zu überarbeiten. Für die Informationen und Beiträge zu diesem Rundschreiben dankt die Redaktion allen Beteiligten!

## EU-Rundschreiben im Internet

[www.dnr.de](http://www.dnr.de)

heißt die Internetseite des DNR. Ein Klick auf das blaue Titelblatt bringt Sie sofort zum EU-Rundschreiben. Dort finden Sie:

- die aktuelle Ausgabe mit Inhaltsverzeichnis, Editorial, Serviceteil und vier ausgewählten Beiträgen
- die bisherigen Ausgaben ab Januar 2000 als Volltext-Archiv (PDF-Dateien)

## Tagesaktuell informiert per eMail

Für Rundschreiben-Abonent/innen und Fachleute aus DNR-Mitgliedsverbänden bieten wir kostenlos aktuelle eMail-Weiterleitungen zur EU-Umweltpolitik und weiteren Themen in deutscher Sprache an. Die Themen können selbst gewählt werden. Angebot und Bestellformular im Internet: [www.dnr.de/publikationen/infoservice](http://www.dnr.de/publikationen/infoservice)

## Deutschland-Rundbrief

Informationen zur Umweltpolitik auf nationaler Ebene finden Sie im Deutschland-Rundbrief des DNR - teils auch mit EU- und internationalem Bezug, etwa bei der Umsetzung von EU-Richtlinien oder internationalen Abkommen. Wir senden Ihnen gern ein kostenloses Probeexemplar zu. Probelesen und Archiv im Internet: [www.dnr.de/drbb](http://www.dnr.de/drbb)

## Rundbrief Forum Umwelt & Entwicklung

Weitere Beiträge zur internationalen Umwelt- und Entwicklungspolitik finden Sie im Rundbrief des Forums Umwelt & Entwicklung, getragen vom DNR und dem entwicklungspolitischen Dachverband Venro. Wir senden gern ein kostenloses Probeheft. Probelesen und Archiv im Internet: [www.forumue.de/forumaktuell/rundbriefe](http://www.forumue.de/forumaktuell/rundbriefe)

# EUR-Abo

## Abonnieren Sie das EU-Rundschreiben des Deutschen Naturschutzrings

Ich bestelle das EU-Rundschreiben **ab Ausgabe:**

- als Privatperson**
- 41 EUR pro Jahr im eMail-Versand
  - 52 EUR pro Jahr für das gedruckte Heft\*
  - 57 EUR pro Jahr für das Heft\* plus eMail

- für eine Organisation**
- 82 EUR pro Jahr im eMail-Versand
  - 103 EUR pro Jahr für das gedruckte Heft\*
  - 113 EUR pro Jahr für das Heft\* plus eMail

\* zzgl. 26 EUR Zusatzporto bei Auslandsversand

- als Förderabonnement**
- 180 EUR oder mehr pro Jahr - bitte Betrag und Bezugsart angeben: (Differenzbetrag zum Abonnement als Spende absetzbar)

- Zahlung per Bankeinzug** Geldinstitut:  
Bankleitzahl:  
Kontonummer:
- gegen Rechnung** an die oben angegebene / folgende Adresse:

**Absender/in**

Vorname, Name:  
ggf. Organisation:  
ggf. Funktion:  
Straße/PF:  
PLZ, Ort:  
Tel./Fax  
eMail: